

Betrifft: Abo 82

L I E B E L E S E R D E R L A T E I N A M E R I K A N A C H R I C H T E N

Zahlt bitte jetzt euer Abo für 1982: DM 35,- für BRD/Europa
DM 60,- für Übersee

auf das Konto ELFRIEDE KOHUT (Kontoempfänger)
"Hilfe für Chile"
Stichwort: Abo 82
PSchK BlnW Nr. 380 087 - 108

Betrifft: Förderabo

1982 werden Produktion und Vertrieb der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN teurer werden.

Das Bundespostministerium hat Preiserhöhungen im Postverkehr angekündigt. Unsere Druckerei stöhnt über Preiserhöhungen beim Papier.

Wir werden dennoch den Abo-Preis der LN für 1982 nicht erhöhen. Wir wollen stattdessen versuchen, mit der Einrichtung von FÖRDERABOS über die Runden zu kommen.

Dies hat den Vorteil, daß nur diejenigen, die ein ausreichendes Einkommen und ein ganz besonderes Interesse an unserer kontinuierlichen Berichterstattung haben, Förderabos eingehen können.

Viele Förderabos ermöglichen es uns, für diejenigen den alten Abo-Preis halten zu können, die über wenig Geld verfügen: Schüler, Studenten, Arbeitslose und Rentner.

EIN FÖRDERABO SOLL DM 50,- BETRAGEN !

Bei der Bezahlung bitte das Stichwort FÖRDERABO 82 nicht vergessen !

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 99

9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) Dezember 1981 Solidaritätspreis DM 3,-

BRASILien: WAHLEN ZWECCKLOS — REGIERUNGSSIEG SICHER



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

BRASILien: Wahlsieg per Gesetz — **MEXIKO:** Linksbündnis —
CHILE: Wirtschaftsanalyse — **ARGENTINIEN:** Machtkarussell —
BOLIVIEN: Geschichte einer Radiostation — **NICARAGUA:**
Wirtschaftskrise und Disziplinierung der KP/CAUS

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4
— BRASILIEN: Lula erneut verurteilt	4
Wahlsieg per Gesetz	8
— BRD-ARGENTINIEN: ADLAF — Tagung über Argentinien	14
— CHILE: Schlecht, sehr schlecht, Herr Schlecht!	16
November-Ereignisse	19
— URUGUAY: Interview mit Mario Santos	24
— ECUADOR: Neues VW-Werk	27
— COSTA RICA: Quo Vadis	30
— GUATEMALA: Interview mit einem Führer des CUC	34
— MEXIKO: PSUM: Vereinigte Linke?	41
Streik bei VW-Mexiko	45
II. HINTERGRUND	46
— ARGENTINIEN: Die Diktatur in der Krise	46
— BOLIVIEN: Geschichte einer Radioschule	54
— BRASILIEN: Eine Krähe hackt der anderen	62
— NICARAGUA: Wirtschaftskrise	66
Disziplinierung der KP/CAUS	66
III. SOLIDARITÄT	74
— Büro des Guatemala-Komitees durchsucht	74
IV. REZENSIONEN	75
V. Zeitschriftenschau	77

Zu diesem Heft

Wir stellen die letzte Nummer dieses Jahres zusammen, die Ihr für die Feiertage zum Lesen bekommen sollt und bereiten auch schon die Jubiläumsnummer 100 vor. Während wir uns aus diesem Anlaß Gedanken machen über unsere Solidaritätsarbeit nicht nur mit den Lateinamerikanern, die in ihren Ländern verfolgt werden, sondern auch mit denen, die sich vor der Verfolgung zu uns retten konnten, werden die ausländerfeindlichen Stimmen der Regierenden bei uns immer lauter und deutlicher. Es fällt uns schwer, eine abschließende Meinung zu diesem Problem zu finden. Es ist klar, daß wir uns über die Abschiebepolitik des Berliner Senators Lummer, die sofort Nachahmer fand, empören müssen.

Zugleich stellen wir uns aber auch die Frage, ob die ausländischen Arbeiter gut beraten sind, wenn sie bei uns, fern von ihrem kulturellen Bezug, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Wir sind uns darüber im Klaren, daß die internationale Völkerwanderung des 'Faktors Arbeit' mit dem weltweit verflochtenen kapitalistischen Wirtschaftssystem zusammenhängt und nicht isoliert zu lösen ist. Trotzdem geht es im einzelnen um menschliche Schicksale, die einer unmittelbaren Lösung durch unsere Solidarität bedürfen. Hier sind besonders auch die Arbeiter hier und unsere Gewerkschaften angesprochen. Solidarität bedeutet den gemeinsamen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen bei uns und in den Ländern der Dritten Welt; ein Beispiel ist die Durchsetzung der 35 - Stunden Woche.

Wo die Arbeiter nicht profitabel genug zum Kapital gebracht werden, wandert das Kapital zu den billigen Arbeitskräften. Deshalb entschloß sich VW in Ecuador, im gesicherten Markt des Andenpaktes, ein Montagewerk zu bauen, um die Verluste seiner brasilianischen Tochter aufzufangen, worüber wir berichten. In Brasilien bereitet die Militärregierung nicht nur Wahlen vor, sondern eigens dafür, wie das schon Tradition hat, auch ein neues Wahlgesetz, das den status quo sichern soll. Ein Hintergrundbericht setzt sich mit dem Tauziehen auseinander, das der Untersuchungsbericht über ein fingiertes Attentat auslöste.

Die Berichte über Chile widersprechen der Ansicht von Staatssekretär Schlecht, der sich nach seinem Besuch dort lobend über die schlechten Zustände in Chile äußerte. Ein Hintergrundartikel analysiert die politische Krise in Argentinien und die Wirtschaftspolitik, die das Land an den Rand des Ruins führte. Das gleiche Tat auch eine Wissenschaftlertagung der ADLAF in Augsburg, jedoch wurde dort konsequente Kritik ausgespart.

Mehrere Artikel setzen sich mit der mittelamerikanischen Region auseinander. Ausführlich gehen wir auf die wirtschaftliche Lage in Nicaragua ein und versuchen, die Verurteilung kommunistischer Gewerkschafter vor dem politischen Hintergrund zu untersuchen. Im einzigen Musterland Costa Rica stehen die Zeichen vor den Wahlen ebenfalls auf Krise. Und in Mexiko hat sich vor den Wahlen '82 die älteste kommunistische Partei Lateinamerikas aufgelöst und mit einigen kleineren Parteien eine neue Sozialistische Partei gegründet.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 9 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 10.12.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über:
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

BRASILIEN

Lula erneut verurteilt

Am 19.11.81. sind der ehemalige Gewerkschafts- und jetzige Parteiführer der PT (Partido dos Trabalhadores) Luís Inácio da Silva (Lula) und zehn weitere Gewerkschaftsführer vom 2. Militärgericht in Sao Paulo erneut zu 2 - 3 1/2 jährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Sie sind der Verletzung des 'Gesetzes zur nationalen Sicherheit' angeklagt. Vorgeworfen wird ihnen Anstiftung zu dem Streik, der im Frühjahr 1980 die brasilianische Automobilindustrie 41 Tage lang lahmlegte und zwei Wochen nach Beginn vom Arbeitsministerium für illegal erklärt wurde. (S. LN 82) Es war der bislang längste und bestorganisierteste Streik in Brasilien seit dem Putsch 1964, in dem zeitweise 250 000 Metallarbeiter in den Ausstand traten.

Das erste Verfahren gegen die insgesamt 13 Gewerkschafter fand im Februar dieses Jahres statt und endete mit fast den gleichen Urteilen (S. LN 91), wurde dann aber wegen Verfahrensmängeln - in der damaligen Situation durften noch keine Pflichtverteidiger eingesetzt werden - in der Revision im September '81 überraschend für null und nichtig erklärt. Es galt seitdem als möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß der Prozeß gar nicht wieder aufgenommen oder sich zumindest doch lange hinauszögern würde, zum einen wegen einer gewissen Hinhaltenaktik der Anwälte, zum andern weil Teile des Militärs im Rahmen der 'Abertura' an allzu offener Repression nicht interessiert schienen. Umso mehr überraschte die Meldung vom 20.11. über die erneute Verurteilung der Gewerkschafter.

Zum Prozeß

Die Szenerie war eine völlig andere als im Februar: Das Verfahren war diesmal öffentlich, kein Ausschluß der Presse, keine Sicherheitsmaßnahmen und keine Auseinandersetzungen vor dem Gerichtsgebäude. Bis auf etwa 100 Gewerkschafter war niemand zum Gerichtstermin erschienen, was auch darauf hindeutet, wie wenig in der Öffentlichkeit mit einer Verurteilung gerechnet wurde; zumal wenn man bedenkt, daß Lula in der Großregion Sao Paulo (ca. 12 000 000 Einwohner) eine vergleichbare Reputation hat wie Lech Walesa in Polen. Auch erschienen diesmal im Gegensatz zum ersten Prozeß alle 13 Angeklagten samt Angehörigen, Freunden und Anwälten. Alle rechneten fest mit dem Freispruch.

Neben anderen Punkten wurde von der Verteidigung vor allem darauf abgestellt, daß die Militärgerichtsbarkeit, zuständig für 'Vergehen gegen die nationale Sicherheit', bei arbeitsrechtlichen Prozessen wie diesem nicht zuständig sei. Für Streiks sei vielmehr das Arbeitsgesetz und mithin die Bundesgerichtsbarkeit zuständig. Man habe 1980 nicht für politische, sondern für arbeitsrechtliche und Lohn-Forderungen gestreikt. Auch hätten die Angeklagten niemand zum Streik geführt, sondern in Ausübung des ihnen angetragenen Mandats z.B. Versammlungen geleitet. Schließlich machte der Anwalt Greenhalgh auf die politischen Konsequenzen aufmerksam: Die Verurteilung der Angeklagten sei es, die den Frieden stören könne - entsprechend stark werde das in- und ausländische Echo ausfallen.

In der vom Jornal do Brasil als entspannt beschriebenen Atmosphäre während des Verfahrens und entgegen allgemeiner Einschätzung wurden die Angeklagten trotz des auch in der brasilianischen Verfassung garantierten Streikrechts zu insgesamt 29 Jahren und 5 Monaten Haft verurteilt.

Die Urteile

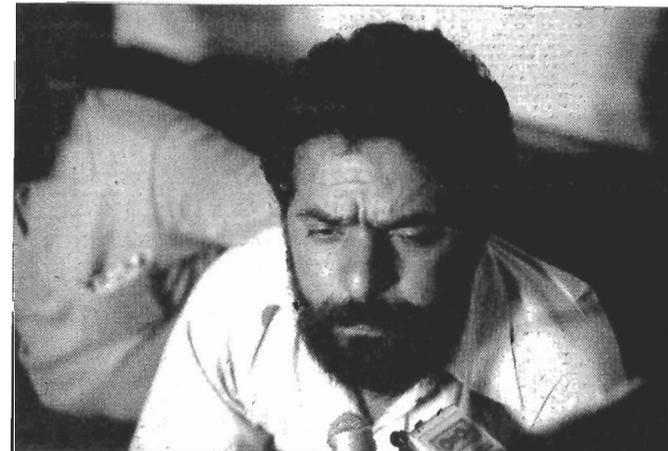
Luís Inácio da Silva (Lula)	3 Jahre, 6 Monate
Enilson Simoes de Moura (Alemão)	3 Jahre, 6 Monate
Djalma de Souza Bom	3 Jahre
Rubens Teodoro de Arruda	3 Jahre
Juraci Magalhaes	3 Jahre
José Maria de Almeida	2 Jahre, 6 Monate
Manoel Anísio Gomes	2 Jahre, 6 Monate
Gilson Luís Correa de Menezes	2 Jahre, 5 Monate
Osmar Santos de Mendonça (Osmarsinho)	2 Jahre
Nelson Compagnolo	2 Jahre
Vagner Lino Alves	2 Jahre
insgesamt:	29 Jahre, 5 Monate

José Cicotti	Freispruch
José Timoteo da Costa	Freispruch

Nach der Urteilsverkündung stellte das Gericht fest, daß die Gewerkschafter in die Berufung gehen und die Berufungsverhandlung in Freiheit abwarten können.

Ein Prozeß kommt selten allein (ZT)

Dies trifft jedoch nicht für alle Verurteilten uneingeschränkt zu. Für den renommiertesten Angeklagten, Lula, steht noch ein weiterer Prozeß aus, der in seinem repressiven Charakter den ersten an Deut-



lichkeit noch bei weitem übertrifft. Die Anklage lautet wiederum Vergehen gegen das 'Gesetz zur nationalen Sicherheit', diesmal verbunden mit dem Vorwurf der Aufwiegelung zum Mord. Mit Lula werden fünf weitere führende Mitglieder der PT angeklagt: Jaco Bitar, José Francisco, Joao Maia da Silva, Luís Damiao und Francisco Alves Mendes.

Was ist geschehen: Am 21. Juli 1980 wurde Wilson Souza Pinheiro, Gummiarbeiter und seit zwei Jahren Präsident der Landarbeitergewerkschaft in Brasileira (Gemeinde im Bundesstaat Acre), außerdem Vorsitzender der örtlichen PT, von Unbekannten im Gewerkschaftsbüro ermordet. Kurz zuvor hat der Gemeinsekretär von Xapuri (Gemeinde in der Nähe Brasileiras) erklärt, daß die Landkonflikte in Bundesstaat Acre nur durch den Tod der Gewerkschafter zu lösen seien. In dieser Haltung ist er von den örtlichen Großgrundbesitzern unterstützt worden.

Zu der Trauer- und Protestversammlung sind Lula und die andern fünf PT-Mitglieder erschienen, zusammen mit ca. 1500 Kleinbauern, Arbeitern und Vertretern der katholischen Kirche aus der Region. In allen Reden, auch in denen der Angeklagten, wurden die ansässigen Großgrundbesitzer und deren Machenschaften für den Mord verantwortlich gemacht, zusammen mit den örtlichen Behörden, die das Verbrechen nicht den üblichen Untersuchungen unterzogen hatten.

In Reaktion auf solche und andere Einschüchterung seitens der Großgrundbesitzer auf die dort lebenden Kleinbauern und Gummiarbeiter ermordete eine Gruppe dieser Leute den Verwalter einer Fazenda, Nilo Sergio de Oliveira, der im Ort als verantwortlich für den Mord an dem Gewerkschafter Wilson galt. (S. LN 93)

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft haben die angeklagten PT-Funktionäre in ihren Reden zur Rache aufgerufen und damit zum Mord an dem Verwalter aufgewiegelt. In diesem Prozeß drohen den Hauptangeklagten Lula, Jaco, und José Francisco sogar Haftstrafen zwischen 8 und 30 Jahren.

So skandalös und empörend diese Urteile und Anklagepunkte an sich schon sind, müssen sie dennoch vor dem politischen Hintergrund gesehen werden, daß Brasilien nur knapp ein Jahr vor den ersten allgemeinen Wahlen in einem Mehrparteiensystem seit dem Putsch 1964 steht. In beiden Prozessen stehen der Präsident und andere führende Mitglieder der PT vor Gericht, was bei einer entgeltigen Verurteilung dazu führt, daß sie nicht mehr kandidieren können. Lula ist dabei von besonderer Bedeutung. In einem Land wie Brasilien, wo traditionell Personen und nicht Parteien oder deren Programme gewählt werden (Klientelsysteme) - was von der PT zwar über ihre strikte Basisorientierung aufgeweicht werden soll, aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens nur bedingt erreicht werden konnte -, hat die Verhinderung der Kandidatur einer charismatischen Figur wie Lula natürlich einschneidende Wirkung. Für einen Großteil vor allem der Industriearbeiter Sao Paulos ist Lula nach wie vor der authentische Gewerkschaftsführer der Metallarbeiterstreiks von 1978, '79, '80. Außerdem hat er die Unterstützung weiter Kreise der fortschrittlichen katholischen Kirche. So hat eine Meinungsumfrage kurz vor dem Urteil ergeben, daß die PT in Sao Paulo nur knapp hinter der PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro), der größten Oppositionspartei Brasiliens, in der Wählergunst liegt. Allen Hoffnungen auf Lula würden mit der endgültigen Verurteilung ein Ende gesetzt.

Die Frage ist nun: Warum entblößen die Militärs eigentlich ihre sog. Politik der politischen Öffnung derart offensichtlich als Farce? Wären sie nicht besser bedient gewesen, die Angeklagten freizuspre-

chen und damit ihren ständig proklamierten Willen zur 'Abertura' zu demonstrieren? Schaffen sie der Opposition so nicht wahltaktisch ausschlagbare Märtyrer?

Genau diese wahltaktischen Rücksichten sind für die Regierungspartei und die Militärs jedoch inzwischen gegenstandslos geworden. Die anstehende Neufassung des Wahlgesetzes, der allerneueste Coup der Militärregierung, wird ihnen ohnehin den "Wahl"sieg 1982 garantieren. Somit können sie es sich wieder leisten der Opposition schlicht einen 'Denkzettel zu verpassen'. (Hierzu ausführlich im nächsten Artikel)

(Quellen: Jornal do Brasil, Estado de Sao Paulo, Latin American Weekly Report, Brasilien Nachrichten, Informationsschrift der amnesty international-Brasilienkoordinationsgruppe)

Und nun noch eine mögliche Form, sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Verurteilten einzusetzen, und zwar in deren Funktion als Gewerkschafter:

Schreiben Sie Briefe an die brasilianische Botschaft in Bonn, wenn gewünscht und möglich mit Durchschlag an die Brasilienkoordinationsgruppe von amnesty international. Geben Sie dabei Ihre berufliche, gewerkschaftliche, politische u.ä. Funktion an.

Machen Sie in dem Brief Ihre Besorgnis darüber deutlich, daß - insbesondere vor dem Hintergrund der Bestrebungen um eine politische Öffnung in Brasilien - ein Recht, daß vielen Ländern der Welt eine Selbstverständlichkeit ist, in Brasilien unterdrückt wird: das Streikrecht. Daß Gewerkschafter für die legitime Ausübung gewerkschaftlicher Aktivitäten gerichtlich verfolgt werden, obwohl sie Gewalt weder befürwortet, noch angewandt, ja ausdrücklich abgelehnt haben. Daß auf eine arbeitsrechtliche Angelegenheit das Gesetz zur nationalen Sicherheit angewandt wird. Insbesondere in der Bundesrepublik, die rege politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Brasilien unterhält und in der Lula und eine Delegation der PT noch in diesem Frühjahr von namhaften Politikern und Gewerkschaftsvertretern empfangen wurden, muß dieses Vorgehen auf Unverständnis und Protest stoßen.

Adresse der Botschaft:

Botschaft der Föderativen Republik Brasilien
Kennedyallee 74
5300 Bonn 2

Adresse der Brasilienkoordinationsgruppe von 'ai':

Karin Fischer
Peter Klein
Wormser Str. 39
5000 Köln 1

Wahlsieg per Gesetz

Die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes durch den Präsidenten macht den Sieg der Oppositionsparteien im November 1982 unmöglich. Unversehens ist damit vielen wieder eindeutig klar geworden, daß sich trotz begrenzter politischer Liberalisierungen grundsätzlich am diktatorischen Charakter des brasilianischen Militäregimes nichts geändert hat. Die herrschenden Eliten sichern ihre Privilegien ab und versuchen, dem Ganzen ein (schein)demokratisches Mäntelchen umzuhängen.

Mittwoch, 25. November, 11 Uhr: Im 3. Stock des Präsidentenpalastes empfängt nach 2monatiger Herzinfarktpause General Joao Figueiredo seine engsten Mitarbeiter mit den Worten: "Meine Herren, ich habe es satt, im Kongress ständig die Mehrheit zu verlieren. Wenn ich könnte würde ich diese 10 Abgeordneten verschlingen." Die Wut des Präsidenten richtete sich gegen jene 10 Abgeordneten der regierenden PDS Partei, die in wichtigen Fragen die Frevelhaftigkeit besessen hatten, die Front zu wechseln und mit der Opposition zu stimmen. So waren hintereinander zwei Regierungsvorlagen im Kongress gescheitert. Die erste bezog sich auf die Ausdehnung der sogenannten "sublegenda" auf die Gouverneurswahlen (sublegenda: ein Wahlsystem, was auf Munizipalebene erlaubt, mehrere Kandidaten derselben Partei für ein Amt aufzustellen, von denen der Bestplatzierte auch die Stimmen der Geschlagenen dieser Partei für sich verbuchen kann).

Die Regierung hoffte auf diese Weise die internen Differenzen der PDS in den einzelnen Bundesstaaten zu überwinden, indem alle für die Kandidaten der Partei abgegebenen Stimmen dem siegreichen Bewerber übertragen werden. Dagegen stimmten natürlich die Oppositionsparteien, die sich durch Aufstellung gemeinsamer Kandidaten Chancen auf einige Gouverneursposten ausgerechnet hatten, und in unheiliger Allianz auch jene Gouverneure bzw. ihre verlängerten Arme im Kongress, die ihre Nachfolger gern selber bestimmen und ihre Wahlmaschinen nicht dem (innerparteilichen) Rivalen zur Verfügung stellen wollten.

Die zweite Niederlage erlitt die Regierung bei der Abstimmung über die Reform des bankrotten Sozialversicherungswesens. Zudem war bis Mitte November die absolute Mehrheit der PDS im Kongress stark zusammengeschmolzen. Mit 212 von 420 Abgeordneten und 37 von 67 Senatoren genügte es das wenige Regierungsstimmen durch Abwesenheit ausfielen, und die Opposition war in der Mehrheit. Diese Entwicklung stellte die bislang ohne Rücksicht auf Kongressabstimmungen regierenden Militärs vor den Umstand mit Teilen der Opposition verhandeln zu müssen, um ihre Projekte durchzubringen.

Nach den Wahlen vom 15. November 1982 sollen diese Rücksichtnahmen nicht mehr nötig sein. Ein allem Anschein nach wasserdichtes Wahlgesetz - in Anlehnung an Geisels Aprilpaket von 77 auch Novemberpaket genannt - garantiert der PDS ab 82 die Kongressmehrheit, die Kontrolle über das Wahlmännergremium, das 1984 den nächsten Präsidenten wählen wird, und verhindert den bis dato für möglich und wahrscheinlich gehaltenen Wahlsieg der Opposition in einigen wichtigen Bundesstaaten.

"Es war so etwas ähmliches wie der Angriff auf Pearl Harbour" kommentierte Ulysses Guimarães Vorsitzender des PMDB, der größten Oppositionspartei, das Ereignis in einer ersten Stellungnahme.

Noch eine Stunde vor Bekanntwerden des Novemberpakets hatte Justizminister Abi Acel den bis dahin völlig ahnungslosen Oppositionspolitikern über Vorschläge für ein neues Wahlrecht geplaudert.

Einheitslisten ...

Die Regierungsvorlage umfaßt neben einer Reihe anderer Bestimmungen zwei wesentliche Paragraphen. Der erste beinhaltet die Schaffung von Einheitslisten. Jeder Wahlberechtigte hat bei den Wahlen nur eine Stimme, die er für die Liste einer Partei abgeben muß. Mit diesem Votum sind dann gleichzeitig Gouverneure, Senatoren, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Bürgermeister, Vizebürgermeister und Stadtabgeordnete bzw. Gemeinderäte der jeweiligen Partei im jeweiligen Bundesstaat gewählt. Wer sich daran nicht hält und etwa Persönlichkeitswahl oder Stimmensplitting verübt, dessen Stimme wird automatisch ungültig. Diese Bestimmung war mit der Auflage an die Parteien verbunden, in jedem Bundesland für alle Posten Kandidaten aufzustellen.



Sicherte die Mehrheit des PDS.....
General Figueiredo

Dies wurde später dahingehend abgeändert, daß die Listen nicht vollständig sein müssen, denn die Mehrheit der Oppositionsparteien besitzt nicht in allen Munizipien des Landes örtliche Vorstände. Vor allen Dingen in den ländlichen Gebieten aber kann man davon ausgehen, daß die Wähler sich an den lokalen Politikern orientieren. Dies begünstigt eindeutig die PDS, da sie als stärkste Partei über das breiteste Netz von Ortsvereinen verfügt. Denn trotz ihrer nur knappen Mehrheit im Kongreß kontrolliert sie auf lokaler Ebene ca. 3 600 der 4 000 Bürgermeister und 26 000 der insgesamt 30 000 Stadt- bzw. Gemeinderäte. In den Städten verhält es sich genau umgekehrt: hier spielen weniger lokale als vielmehr Landes- und bundespolitische Aspekte die entscheidende Rolle. Hierbei kommt der Regierung allerdings der Umstand zugute, daß die Sitzverteilung so geregelt ist, daß beispielsweise für die Wahl eines Bundesabgeordneten in den Oppositionshochburgen der großen Städte und Industriezentren sehr viel mehr Stimmen notwendig sind als in den ländlichen Regionen.

... und Koalitionsverbot

Der zweite wesentliche Paragraph bestimmt das Verbot von Koalitionen. Ein Blick auf die Parteienlandschaft verdeutlicht, was hiermit erreicht werden soll. Nach der Auflösung der beiden Parteienblöcke ARENA und MDB im Dezember 1979 gingen die ehemaligen ARENA-Abgeordneten nahezu vollständig in der PDS auf, während die Opposition sich in vier Parteiprojekte spaltete. Ein restriktives Parteiengesetz (s. LN 76) führte dazu, daß ein großer Teil der Energien in Aufbau und Konsolidierung der jeweiligen Projekte gesteckt werden mußte. Bis zum November dieses Jahres hatten nun alle Parteien ihren Konstitutionsprozeß abgeschlossen. bis auf

die PTB von Ivete Vargas, der vom Obersten Wahlgericht die Zulassung wegen Verfassungsverstößen entzogen worden war. Jede der Oppositionsparteien allein wäre jedoch in der Mehrzahl der Bundesstaaten zu schwach, um die PDS zu gefährden, und daher nur Koalitionen in der Lage gewesen, einen Sieg der Opposition zu ermöglichen. Doch gerade dies wird jetzt per Gesetz ausgeschlossen. Mehr noch: die oppositionellen Parteien müssen nicht nur gegen die PDS, sondern aufgrund der Einheitslisten auch unter- und damit gegeneinander kämpfen. Den bereits getroffenen Absprachen nach dem Motto, "Gibst Du mir 2 Bürgermeister, kriegst Du einen Bundesabgeordneten", ist jetzt der Boden entzogen.

Einheitsliste und Koalitionsverbot ergänzen sich somit hervorragend zugunsten der Regierung. Aber als sei es damit noch nicht genug, bauten Figueiredo und seine Berater zwei weitere Sicherungen ein. Nachdem der Versuch der Regierung, die "sublegenda" auf die Gouverneurswahlen auszudehnen, zunächst gescheitert war, bleibt sie auf Munizipebene weiterhin in Kraft. Im Prinzip hat jede Partei das Recht, mehrere Kandidaten für die Bürgermeister- und Stadt- bzw. Gemeinderatsposten aufzustellen, doch wird wohl nur die PDS personell in der Lage sein, dies landesweit umzusetzen. Der große Sieg der Opposition, die Ablehnung der "sublegenda" für die Gouverneurswahlen erweist sich im Nachhinein als belanglos, denn es zählen nur noch die Stimmen für die Partei insgesamt, ganz gleich, wieviele Kandidaten untereinander konkurriert hatten.

Selbst der ausgeklügeltesten Taktik der Opposition, die darin bestanden hätte, daß eine weniger aussichtsreiche Partei kurz vor der Wahl ihre Kampagne abbricht, um damit indirekt der Partei mit den besseren Chancen den Weg zu ebnen, wurde von den Palaststrategen ein Riegel vorgeschoben. Diese Taktik hätte darin bestanden, auf Bürgermeister- oder ähnliche Posten zu verzichten, gleichzeitig aber die Chance eines Bundesmandats zu wahren. Bricht nun aber eine Partei ihre Kampagne vor dem offiziellen Ende des Wahlkampfes ab, so verliert sie ALLE für sie abgegebenen Stimmen.

Euphorie in den Reihen der PDS

Die Gouverneure von Bahia, Ceará, Rio Grande do Sul und Maranhão schickten dem Präsidenten sofort nach Bekanntgabe des neuen Gesetzentwurfs Grußbotschaften, in denen sie ihm zu seinem neuen Coup gratulierten. Antonio Carlos Magalhães (Bahia) bekräftigte: "Demokratie zeigt sich durch wahre Stärke der Partei" João Castelo (Maranhão) begrüßte die Entscheidung des Präsidenten mit den Worten: "Die brasilianische Demokratie wird mit jedem Mal perfekter." Mit ähnlich kernigen Sprüchen kommentierte auch Planungsminister Delfim Neto das Paket: "Wer die Mehrheit hat, übt sie aus. Punkt!" Neben diesen spontanen Kommentaren spiegelt sich die diktatorische Gesinnung der Militärs ganz offen in einer Regierungserklärung. Darin wird das Novemberpaket in den "revolutionären Prozeß" seit dem Militärputsch 1964 gestellt: "Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß wir uns in einem revolutionären Prozeß befinden. Leider sind die ursprünglichen Ziele der Revolution von 1964 noch nicht erreicht, aber wir sind schon auf dem Weg zum Rechtsstaat im klassischen Sinn." Die Militärs bezeichnen sich selbst als die eigentlich "revolutionären" Kräfte, die Gesetze erlassen.



Einzigste Sorge: Die Dissidenten der Partei

Nicht nur vor den Aktivitäten der Oppositionsparteien und der Verurteilung durch die Öffentlichkeit muß sich die Regierung "fürchten", der ärgste Feind sitzt in den eigenen Reihen.- die Dissidenten der PDS. Gegen erneute Niederlagen bei Abstimmungen im Parlament ist die Regierung jetzt gewappnet - laut Artikel 5 der Verfassung können Stimabweichler, die sich dem Fraktionszwang widersetzen, mit Mandatsverlust bestraft werden. Eine noch bessere Möglichkeit, das Gesetz durchzudrücken, ist der "decurso de prazo" - Fristablauf - ; danach treten Gesetzesvorlagen nach einer Frist von ein bis zwei Monaten automatisch in Kraft, wenn sie in diesem Zeitraum nicht parlamentarisch behandelt worden sind. Angesichts solcher Verhältnisse steht einem "Wahl"sieg der PDS 1982 nichts mehr im Wege.

Zusammenschluß der Opposition?

Der völlig unerwartete Gesetzesstreit löste bei der Opposition Betroffenheit, Wut und Empörung aus. Die PTB drohte mit einem Streik der Oppositionsabgeordneten, um die Öffentlichkeit im In- und Ausland auf den Willkürakt aufmerksam zu machen. Die Mobilisierung der Bevölkerung wurde angekündigt. Kurz nach der Bekanntgabe des Gesetzentwurfs traf sich die Opposition erstmals. Es war jedoch schwierig Strategien zu entwickeln, da das Gesetz im Wortlaut noch nicht vorlag.

Vor allem die Wahlchancen der kleineren Oppositionsparteien PTB, PP und PT werden auf ein Minimum reduziert, während die landesweit organisierte PMDB vergleichsweise im Vorteil ist. Ein gemeinsames Vorgehen der Oppositionsparteien wurde angekündigt. Im Mittelpunkt der Diskussion steht ihr Zusammenschluß. Damit wäre zwar wieder ein Zweiparteiensystem eingeführt, aber es scheint die einzig effektive Maßnahme zu sein, will man sich nicht total zersplittern, vor allem da das neue Gesetz Koalitionen verbietet. Nach Informationen des Obersten Wahlgerichts ist eine Fusion der Parteien rechtmäßig. Die Stellungnahme der PDS zu der Fusion stimmt bedenklich: demnach ist ein Zusammenschluß zwar rechtlich möglich, technisch schwierig und in der Praxis unmöglich. Die Positionen innerhalb der PT zu dem Zusammenschluß sind unterschiedlich. Ein Sprecher in Salvador äußerte sich ablehnend, da die PT der Arbeiterklasse gegenüber Verpflichtungen habe. Der Sprecher in Brasília äußerte Bedenken, weil die Partei über keine landesweite Organisation verfügt, und der Vorsitzende nach dem neuen Wahlgesetz nicht wählbar ist. Damit meint er den Passus, nach dem abgesetzte Gewerkschafter keine Kandidatur übernehmen dürfen. Diese Maßnahme zielt mit Sicherheit auf Lula (vgl. Artikel in diesem Heft) auf Anfrage eines PMDB-Abgeordneten ließ das Oberste Wahlgericht verlauten, daß sich nur die endgültig anerkannten Parteien zusammenschließen dürfen. Bei einer sofortigen Fusion wäre somit die PT ausgeschlossen, da sie als einzige der Oppositionsparteien beim Obersten Wahlgericht noch nicht definitiv eingetragen ist.

Die brasilianische Bischofskonferenz verurteilte den Wahlgesetzentwurf des Präsidenten aufs Schärfste. Sie bezeichnete ihn als "anti-demokratisch und unannehmbar". Die Bischöfe beschlossen, in allen Diözesen des Landes Diskussionen über den Regierungsentwurf durchführen zu lassen. Sie betonten, zwar keine Partei zu bevorzugen, betrachten es aber als ihre Aufgabe aufzuklären, damit die Brasilianer "bewußt wählen" können.

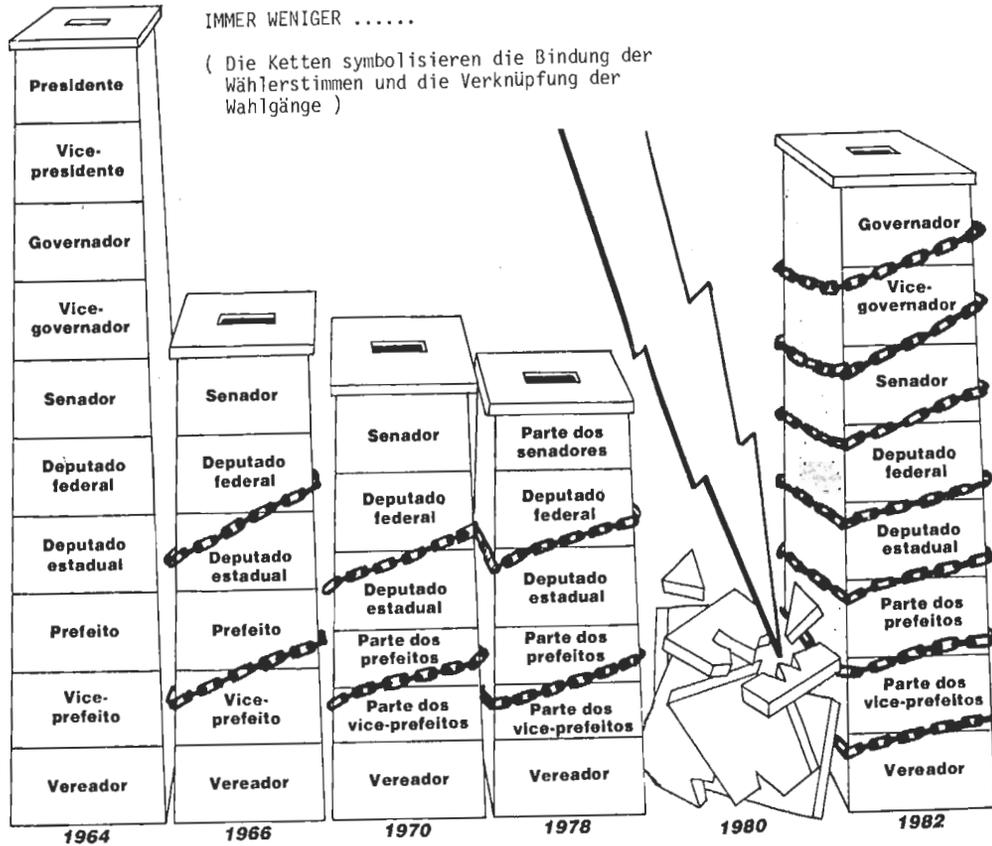
Die Anwaltskammer bezeichnete den Gesetzentwurf als das "Ende der Abertura" und forderte die ersatzlose Streichung des Wahlpakets, da es gegen das Prinzip der freien Wahl verstoße.

Das Ende der Abertura

Mit der Verabschiedung des Wahlpakets zieht die Regierung des Generals Figueiredo die Notbremse, da der "langsame und kontrollierte Prozeß der politischen Öffnung", so Figueiredos eigene Kennzeichnung seines Demokratisierungsverständnisses, wohl "außer Kontrolle" zu geraten schien. Der Entwurf ist die politische Antwort auf die schwere Wirtschaftskrise vor allem in den letzten Mona-

SEIT 1964 BESTIMMEN DIE BÜRGER
IMMER WENIGER

(Die Ketten symbolisieren die Bindung der
Wählerstimmen und die Verknüpfung der
Wahlgänge)



Aus VEJA, 2. 12. 1981

Anmerkungen:

Presidente : Präsident
Deputado Federal : Bundesabgeordneter
Deputado Estadual : Landesabgeordneter
Prefeito : Bürgermeister
Vereador : Stadt- bzw. Gemeinderat
Parte d.... : Teil der....

1970 : 177 Bürgermeister in "sicherheitsempfindlichen" Municipien und
22 Bürgermeister der Landeshauptstädte werden ernannt

1978 : Ein Drittel des Senats wird ernannt

1980 : Wahlen abgesetzt

ten. Die drastischen Maßnahmen vom Dezember 1980 (s. LN 89) mit der Beschränkung der Geldmenge, der Erhöhung der Zinsen für Kredite und der weitgehenden Abschaffung staatlicher Subventionen mit Ausnahme der exportorientierten Landwirtschaft und des Energiebereichs begannen im Laufe des Jahres 1981 zu greifen und führten zu einer schweren Rezession, die entgegen der Hoffnung von Planungsminister Delfim Neto wohl kaum als "Gesundschumpfung" bezeichnet werden kann. Im August sank die industrielle Produktion zum ersten Mal ins Minus. Sollte diese Tendenz für den Rest des Jahres anhalten, wird erstmals seit der Krise Mitte der 60er Jahre die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr sinken. Die sozialen Auswirkungen davon sind bereits ablesbar: ein massiver Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (s. LN 98). Der Zweck von Delfims Wirtschaftspaket war u.a. gewesen, die Inflationsrate merklich zu senken, was bis jetzt jedoch nicht erreicht wurde, im Gegenteil: im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Lebenshaltungskosten erheblich an, und die neuesten Daten des Zensus von 1980 zeigen eine weitere Einkommensumverteilung zugunsten der oberen Einkommensklassen an. Außerst sensibel reagierten nicht nur die bürgerlichen Medien in diesem Jahr auf den allgemeinen Verfall des Lebensstandards der Mittelklassen, welche im Kalkül der Regierung einen entscheidenden Faktor bei den Wahlen darstellen werden. Alle diese Faktoren zusammengenommen ließen die Aussichten auf einen PDS-Sieg immer weiter schwinden und die Palaststrategen einen Ausweg aus der verfahrenen Situation suchen. Den letzten Anstoß dürften dann wohl die Ergebnisse einer Geheimdienststudie über die zu erwartenden Wahlresultate gegeben haben. Aus dem Inhalt geht kurz und knapp hervor, daß die Wahlen für die Regierung zum Desaster würden, und nur vier Bundesstaaten gewonnen werden könnten. Allerdings sind Zweifel an der Gültigkeit der Untersuchung angebracht. Wahrscheinlich handelt es sich um eine strategische Studie, die die Regierung von rechts her unter Druck setzen sollte. So konnten die Generäle der harten Linie, allen voran Sicherheitschef Medeiros, die "notwendigen Unterlagen" beibringen, um der abertura den Garaus zu machen. Durch die Festschreibung der politischen Verhältnisse nach 1982 versuchen die herrschenden Cliquen ihre Privilegien zu sichern und die Kosten der Krise von sich abzuwälzen.

... immer nach den Bedürfnissen der Regierung

Wahlgesetzänderungen waren in Brasilien schon immer ein beliebter Kunstgriff der Herrschenden zur Sicherung ihrer Macht. Dies gilt in besonderem Maße für die Zeit nach dem Militärputsch von 1964. Trotz Diktatur und Terror fanden mehrmals Wahlen statt, bei denen die Wähler, einmal abgesehen von der Zwangsform des Zweiparteiensystems, immer weniger zu sagen hatten. Konnten sie vor dem Putsch alle Ämter vom Stadtrat bis zum Staatspräsidenten unabhängig voneinander durch freie Wahlen besetzen, führten Wahlrechtsänderungen nach dem Putsch dazu, daß die Opposition so viele Stimmen haben konnte, wie sie wollte, ohne daß dadurch die Regierungspartei ihre Mehrheit verlor. Als 1965 der MDB die Wahlen in Minas Gerais und Rio de Janeiro gewann, wurden die direkten Wahlen vom Vize-Gouverneur an aufwärts abgeschafft. Bundes- und Landesabgeordnete einerseits sowie Bürgermeister und ihre Vize andererseits mußten jeweils auf Einheitslisten gewählt werden. 1970 wurde die Direktwahl der Bürgermeister in 177 Municipien sogenannter sicherheitsempfindlicher Regionen aufgehoben. Die Regierung setzte dort wie auch in den 22 Hauptstädten der Einzelstaaten die Bürgermeister nach ihrem Gutdünken ein. Als 1978 die Regierungsmehrheit im Senat gefährdet war, entschloß sich der damalige Präsident, Ernesto Geisel, in seinem "Aprilkpaket", dieser Entwicklung dadurch zu begegnen, indem er ein Drittel der Senatoren ernannte. Die für 1980 Bürgermeister- und Stadtverordnetenwahlen wurden kurzerhand abgesetzt. Einen vorläufigen Schlußpunkt setzt der neue Gesetzesentwurf Figueiredos. Die darob plötzlich wieder kritisch gewordene Wochenzeitschrift "Veja" schreibt dazu: "Die Gesetze ändern sich so oft, weil sie bei jeder Wahl den spezifischen Bedürfnissen der Regierung entsprechen müssen. Man kann daher völlig legitimerweise annehmen, daß es bei der nächsten Runde ein neues Gesetzespaket gibt, wenn das aus der vergangenen Woche vielleicht schon nicht mehr nützlich ist."

Quellen: Latin America Weekly Report, Latin America Regional Report/Brazil, Frankfurter Rundschau, Veja, Estado do São Paulo

CHILE

Schlecht, sehr schlecht, Herr Schlecht!

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Otto Schlecht war im November zu Besuch in Chile. Aus der Feder eines chilenischen Mitarbeiters erhielten wir dazu folgenden Kommentar zur wirtschaftlichen Situation in Chile:

Was nicht über Chile gesagt wird (2)

"Zum jetzigen Zeitpunkt, aber aller Voraussicht nach auch in Zukunft sieht sich die wirtschaftliche Situation der Chilenen so schwierigen Momenten gegenüber wie denen, die die internationale politische Situation in der letzten Jahren verursacht hat." (El Mercurio vom 13. September 1981).

Diese Erklärungen stammen nicht von einem Sprecher oder einer Zeitung der chilenischen Opposition, sie sind vielmehr die Bilanz, die die regierungsoffizielle Zeitung nach acht Jahren Diktatur zieht. Sie stehen in grundlegendem Widerspruch zu den optimistischen Erklärungen, die Herr Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium kürzlich in Chile von sich gegeben hat: "Der Erfolg des chilenischen Wirtschaftsprozesses ist beeindruckend." (Interview mit El Mercurio vom 11. November 1981).

Die eigenen Anmerkungen des "Mercurio" entsprechen der Analyse der Parteigänger und Spitzenvertreter des Regimes über die Perspektiven der chilenischen Wirtschaft. So haben in den letzten Tagen Alvaro Bardón, Pablo Barahona und Rolf Lüders - allesamt Manager der wichtigsten Wirtschafts- und Finanzgruppen des Landes und eng mit dem Regime verbunden - für die nächsten Jahre ein Null- und Negativ-Wachstum der Wirtschaft vorausgesagt. Das ist eine Folge sowohl der enormen Abhängigkeit von der internationalen Situation wie auch der gleichsam natürlichen Grenzen, an die das Modell seit 1980 auf Grund der Bedingungen im Land selber stößt.

Um diese Einschätzungen zu unterstreichen, ist es angezeigt, einige offizielle Daten anzuführen, die für sich selbst sprechen und die enormen Schwierigkeiten verdeutlichen, denen sich das Modell Friedman gegenüber sieht:

- Während der ersten sieben Monate des Jahres 1981 hat das Defizit in der Handelsbilanz 2 Milliarden Dollar erreicht. Nach offiziellen Schätzungen wird es bis Jahresende 4 Milliarden Dollar ausmachen (Bericht der Zentralbank von Chile vom 23. September 1981).
- Die Auslandsverschuldung hat die exorbitante Summe von 15 Milliarden Dollar erreicht (Berechnungen des Wirtschaftsexperten Rolf Lüders, El Mercurio vom 23. September 1981).
- Die Ausfuhren sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 1981 um 15 Prozent zurückgegangen, während die Einfuhren um 39 Prozent stiegen, wobei die Einfuhr von dauerhaften Verbrauchsgütern besonders stark stieg. Damit entsteht ein schwerwiegendes ökonomisches Ungleichgewicht und eine ernste Bedrohung für viele chilenische

nische Unternehmen, die sich der Möglichkeit des Zusammenbruchs ausgesetzt sehen (Bericht der Zentralbank).

- Die künstliche Aufrechterhaltung eines fixen Dollarkurses (ein Dollar zu 39 Pesos) seit zwei Jahren bedeutet in der Praxis eine Subvention des Dollars, die alle Chilenen bezahlen müssen.

Da die Inflation in Chile über dem internationalen Durchschnitt liegt, bedeuten feste Wechselkurse für den Dollar in der Praxis, daß Chile für seine Exporte (Kupfer wie auch nicht-traditionelle Exportgüter) weniger an Devisen erhält. Das berührt unmittelbar die Handelsbilanz. Hinzu kommt, daß Chile nun schon im dritten Jahr mit einem Defizit in der Zahlungsbilanz abschließt (1980 mehr als 2 Milliarden Dollar). Das Rezept der "Chicago Boys" ist sehr einfach: Erhöhung des Kreditrahmens, Abdeckung des Defizits mit neuen Krediten (heutzutage zu Hochzinsen), was wiederum die Auslandsverschuldung steigert. Das zentrale Problem des Wirtschaftsmodells liegt darin, daß die Wirtschaftsgruppen und das von ihnen kontrollierte Land mehr Schulden machen als produzieren, was in einen Teufelskreis umschlägt.

Das Modell ist völlig desinteressiert an der Entwicklung der Industrie, am Aufbau der Produktion oder an produktiven Investitionen. Seine Rechnungslegung ist ausschließlich monetaristisch. Eben deshalb widersetzt es sich einem Ende der "protektionistischen" Politik zugunsten des Dollars. Würde der Dollarkurs dem realen internationalen Kurs angepaßt, so würde die Inflation spürbar steigen, mit ihr aber auch der soziale Konflikt und das Mißtrauen der internationalen Kreditgeber und all derer, die weltweit daran interessiert sind, daß das von neuen internationalen Konservatismus inspirierte Modell triumphiert, "was es auch kosten mag". Deshalb hielt sich der Papst des Modells, Milton Friedman, auch gerade jetzt in Chile auf. Seine Verlautbarungen sind jedoch bei weitem nicht so abenteuerlich wie die des Herrn Schlecht. Vorsichtig hat er gesagt: "Da Statistiken allgemein konfus zu lesen sind, war ich bei meinem Aufenthalt in Chile vor allem daran interessiert, ob mein Eindruck von der Wirklichkeit des Landes der äußerst günstigen Einschätzung entspricht, die ich aus den Statistiken gewonnen habe." (El Mercurio, 12. November 1981). Immerhin verschaffen die chilenischen Statistiken dem Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften "Konfusions".

Ein weiteres Negativ-Symptom des Modells ist der Zusammenbruch des seit 1880 existierenden traditionellen Zuckerunternehmens CRAV, das zusammen mit anderen Unternehmen eine der wichtigsten Wirtschaftsgruppen (Ross) bildete. (Vgl. LN Nr. 95, S. 30f.). Der Zusammenbruch erfolgte einen Monat, nachdem ein Staatskredit in Höhe von 200 Millionen Dollar zugesprochen worden war, was im Übrigen ganz den Ankündigungen der Ökonomen und Autoritäten des Regimes widersprach, wonach der Staat in die Ökonomie nicht "einzugreifen" habe und alles dem freien Spiel des Marktes und der Privatinitiative zu überlassen sei.

Von noch größerer Tragweite ist die augenblickliche Intervention der Diktatur bei vier Banker und vier Finanzierungsgesellschaften, wobei die Hauptverantwortlichen der betroffenen Unternehmen (Sahl und Tassara) sogar in Haft genommen wurden. Auslöser der Intervention (eines Staates, der nicht "intervenierte") war die Verschuldung der Finanzierungsgesellschaften, die den Forderungen der Gläubiger nicht mehr entsprechen konnten. Auf eine Milliarde Dollar waren diese unbezahlten und unbezahlbaren Schulden angelaufen.

Um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, mußte die Diktatur zur Rettung des Systems eingreifen. Da bekannt ist, daß die großen

Wirtschaftsgruppen, vor allem aber die Finanzierungsgesellschaften alle aufs engste miteinander verflochten sind, bedeutete die Pleite der acht Unternehmen zugleich Pleitegefahr für andere Banken und Gesellschaften, mit denen sie in Verbindung standen. Der chilenische Staat deckte das Defizit, um das System zu retten und jegliches Mißtrauen beim internationalen Finanzkapital zu vermeiden.

Die andere Seite der Medaille

Bis hierher haben wir Herrn Schlecht und einige reaktionäre Journalisten (wie Jochem Waldmann, der unlängst eine Sendung über Chile im "Weltspiegel" der ARD geliefert hat) ausschließlich auf der Grundlage offizieller Angaben und Statistiken widerlegt. Wir haben aber bislang noch nichts ausgesagt über die sozialen, menschlichen und politischen Folgen des chilenischen Wirtschaftsmodells.

Die Einzelnen scheinen ohne Bedeutung. Die Einzelnen werden geboren und sterben. Das Einzige, was überlebt, sind Geschäfte und Gewinne. Schließlich sterben auf der Welt 500 Millionen Menschen an Hunger. Schließlich gibt es in Chile 20 Prozent Arbeitslose, was ebenso wie die Elendslöhne nichts bedeutet. Für die Leute, die in Personen nur reine Produktionsfaktoren sehen, bedeuten niedrige Löhne und hohe Arbeitslosigkeit in Gegenteil sogar positive Daten für die Wirtschaft, weil die Produktionskosten sinken und der Zins für die steigt, die ihre Profite auf der Grundlage des Hungers und des Elends von Millionen steigern.

Ebenfalls ist für diese Leute bedeutungslos, daß unser Land mit seiner langen demokratischen Tradition mehr als acht Jahre nach dem Putsch immer noch der Willkür einer terroristischen Diktatur ausgesetzt ist. Auch dies scheint positiv zu sein. Solange die Militärs die Unzufriedenheit des Volkes niederhalten können, umso besser für die Wirtschaftsgruppen und für den Handelsaustausch und für die internationalen Kapitalgeber. Dank dieses Systems können deutsche und andere Unternehmen unsere Produkte (Kupfer, Holz, Früchte, ganze Inseln etc.) billigst einkaufen.

Am allerwenigsten bekümmern die ständigen Verletzungen der Menschenrechte. In Chile wird täglich gemordet, eingesperrt, gefoltert, ausgewiesen, werden Menschen verbannt, die sich gegen das Regime stellen. Und die Opfer sind nicht nur Mitglieder der Linken, sondern ebenso Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten. Vor allem aber Menschen aus dem Volk, Arbeiter, Frauen, Kinder, Greise, Jugendliche ihre Zukunft, Gewerkschafter. Und wie die Zeitung El Mercurio in ihrem Leitartikel selbst gesagt hat, wird ihre Situation sogar noch "schwieriger" werden. Um nur ein Beispiel des Staatsterrorismus zu geben: Sicherheitsagenten haben eben vier Menschen in Santiago umgebracht. Drei von ihnen wurden nach ihrer Verhaftung in einem Auto eingeschlossen, dann wurde das Fahrzeug gesprengt, damit die Leichen so verbrannt, daß sie kaum identifiziert werden konnten. Elend und politischer Mord sind das tägliche Brot für das chilenische Volk.

Andererseits gibt uns das Erwachen der Kämpfe unseres Volkes die Hoffnung, daß die Tage des Leidens abgeklirrt werden. Streiks im Kupfer- und Kohlebergbau, in den Häfen und in anderen Industrien zeigen, daß das Volk unter der Tyrannei nicht Ruhe gibt. Neue Zeichen der Solidarität wurden gesetzt; neue Konzepte von Gewerkschaften, von Parteien, von Demokratie, von Gesellschaft werden im chilenischen Volk entwickelt. Nicht nur die Tyrannei des Marktes, auch die alten politischen Schemata werden bekämpft.

November-Ereignisse

Im November kam es in Santiago zu drei bewaffneten Zusammenstößen, mit Toten auf Seiten des Widerstands und der Repressionskräfte. Die politische Einschätzung dieser Ereignisse fällt uns schwer.

In unseren Informationen sind wir auf die Berichterstattung durch die offiziellen Medien angewiesen; danach hat sich folgendes zugezogen:

Am 6. November wird ein Attentat gegen den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Bórquez durchgeführt, er wird dabei an der linken Schulter verletzt. Bórquez wird auf dem Weg zum Gerichtshof in seinem Auto von einem vorbeifahrenden (geraubten) Taxi aus beschossen; der Anschlag erfolgt in der Nähe seiner Wohnung in einem Wohnviertel am frühen Nachmittag; die vier Attentäter entkommen.

Ziel des Anschlag dürfte Bórquez deswegen sein, weil er die Willfährigkeit und Komplizenschaft der chilenischen Justiz gegenüber allen Rechtsbrüchern der Diktatur repräsentiert.

Am 10. November morgens gegen 5.30 h kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen "Sicherheitskräften" und, laut offizieller Version, vier Mitgliedern des MIR. Diese hätten in einem Taxi in der Nähe des Hauses des chilenischen Außenministers gewartet; eine zufällig vorbeikommende Sicherheitspatrouille sei auf das Taxi aufmerksam geworden und, als sie sich dem Fahrzeug näherte, von dort aus beschossen worden. Bei dem anschließenden Schußwechsel sei das Taxi in Brand geraten und die drei Insassen bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Ein vierter Mann neben dem Taxi sei getötet worden und später als Mitglied des MIR identifiziert. In einem Stadtplan in seiner Tasche sei die Residenz des Außenministers markiert gewesen.

Am 18.11. werden vor dem Haus des Brigadegenerals Sinclair drei Kriminalpolizisten erschossen, die den General auf seinen Fahrten begleiten; Sinclair ist Chef des Generalstabs im Präsidialamt. Obwohl das Viertel wenige Minuten später von der Polizei abgeriegelt wird und Hubschrauber die Suche nach den Attentätern aufnehmen, bleibt die Suche erfolglos.

Einen Tag später, so der großbürgerliche Mercurio, habe das Nationale Kommando der Miliz des Volkswiderstands die Verantwortung für den Tod der drei übernommen als "Antwort" auf den Tod der vier Milizangehörigen am 10.11.

Im Zusammenhang mit der bewaffneten Gruppe im Süden Chiles in Neltume (vgl. LN 97) meldet die christdemokratisch orientierte Wochenzeitung HOY inzwischen den Tod eines achten Kämpfers, ein namentlich genannter belgischer Arzt wird als weiteres Mitglied gesucht, ebenso wie eine Frau, von der nur ein Vorname angegeben wird.

Es fällt auf, daß seitens der Regierung für alle in Frage kommenden Aktionen die Verwendung der Maschinenpistole AXA (UdSSR) behauptet wird; das mag zutreffen, hat aber zweifellos auch eine propagandistische Funktion, nämlich die "Kommunistenfurcht" wachzuhalten.

Weiter fällt uns auf, daß im Zusammenhang mit der bewaffneten Gruppe in Neltume die ersten sieben Toten von der Diktatur sofort namentlich bekanntgegeben wurden; der MIR hat in einer eigenen Erklärung die Gefallenen mit denselben Namen identifiziert. Keine Seite spricht von Gefangenen (denen man mit Folter die Namen der Toten entrissen haben könnte); die Vorstellung, daß ein Widerstandskämpfer im Untergrund den Ausweis mit echtem Namen in der Tasche hätte, ist natürlich absurd. Alle sind aus dem Exil heimlich nach Chile zurückgekehrt. Und nur mit Infiltration zu erklären wäre es, wenn die Information über den belgischen Arzt stimmt.

Die Selbsteinschätzung des bewaffneten Kampfes durch die bewaffnete Linke wird deutlich aus dem Schlußwort von Guillermo Rodriguez (siehe KASTEN); zu einer eigenen Einschätzung in der Redaktion der LN fehlen uns umfassendere Informationen aus Chile selbst. Wie reagiert die Bevölkerung auf diese Aktionen? Stellungnahmen von oppositionellen Chilenen, die sich in diesen Tagen hier aufhielten, vermitteln ein widersprüchliches Bild; andererseits sind ihr Wahrnehmungsbereich und ihre Aussagen zu subjektiv, als daß sich daraus verallgemeinernde Schlüsse ableiten ließen. Als ein Element der Unsicherheit wird dabei zuweilen angeführt, daß in der Bevölkerung nicht immer klar sei, wer wirklich die Urheber eines solchen Anschlags seien; in mehreren Fällen hat sich nachträglich herausgestellt, daß es sich um von rechten Kommandos inszenierte Anschläge gehandelt hat. Solche Unsicherheit erhält neue Nahrung im Zusammenhang mit dem Zusammenstoß vom 10. November (s.u.).

Mit diesen zugegeben vagen Sätzen wollen wir dem wenig über Chile informierten Leser nur folgendes vermitteln: acht Jahre nach dem Putsch und nach ebenso langer Repression ist die politische Lage in Chile keineswegs so, daß bewaffnete Aktionen sofort auf einhellige Zustimmung stoßen (ebenso wenig freilich, soweit wir sehen, auf spontane Verurteilung).

Seit der Generalsekretär der chilenischen KP, Corvalán, im September 80 den bewaffneten Kampf ausdrücklich als Mittel des Widerstands gegen die Diktatur rechtfertigte, hat sich eine deutliche Annäherung zwischen der KP und dem MIR vollzogen. Sie findet u.a. ihren Ausdruck in einem gemeinsamen Kommuniqué zweier Regionalkomitees vom Juni 81. Dieser gemeinsamen Erklärung kommt insofern politische Bedeutung zu, als beide Parteien die Pole auf dem Spektrum der chilenischen Linken bezeichnen. Während der Allende-Regierung blieb der MIR außerhalb der linken Regierungskoalition. Der ideologische Kampf vor allem zwischen KP und MIR war heftig und dauerte bis lange in die Zeit nach dem Putsch: "Revisionismus" bzw. "Abenteurertum" waren die gegenseitigen Vorwürfe. Wir zitieren im Auszug:

Kommuniqué des MIR und der KP Chiles

Gemeinsame Erklärung der Regionalkomitees in der 8. Region vom Juni 81

Die KP und der MIR -Region Concepción und Arauco - sind zusammengekommen und geben ihre Entscheidung bekannt, gemeinsam zu arbeiten, um offensiv die zahllosen Kämpfe anzuführen, die das Volk der Diktatur liefert. Wenn wir die verschiedenen Kampf- und Organisationsformen koordinieren - die legalen und halblegalen und die im Untergrund, die gewaltsamen und nicht-gewaltsamen - werden wir die Krise herbeiführen können, die den Sturz der Diktatur ermöglicht. Die Diktatur wird von den Massen gestürzt werden durch eine Erhebung des ganzen Volkes, als Ergebnis eines mühevollen und heroischen Kampfes eines Volksheeres, dessen Aufbau und Entwicklung zum Triumph und zur Festigung einer demokratischen und revolutionären Regierung des Volkes führen werden. Diese Regierung wird es der Arbeiterklasse und dem Volk ermöglichen, zum Aufbau des Sozialismus in Chile voranzuschreiten.

Die wachsenden Übereinstimmungen auf der Ebene der Massen, in der gegen die Diktatur gerichteten Agitation und Propaganda und in der Notwendigkeit, den Gebrauch der organisierten Gewalt durch das Volk zu legitimieren, haben die regionalen Leitungen beider Parteien dazu gebracht, ihre Aufgaben im Kampf um politische und gesellschaftliche Rechte zu koordinieren: an der Front der Gewerkschaften, der Landarbeiter, der Slumbewohner, der Jugend usw.

Im Hinblick auf den Zusammenstoß am 10.11. gibt es inzwischen begründete Zweifel an der offiziellen Version. Informationen, die uns kurz vor Redaktionsschluß erreichten, begründen sie, ergeben aber noch kein Bild dessen, was sich tatsächlich abgespielt hat.

Die Nachrichtenagentur des Widerstands (Agencia Informativa de la Resistencia) erklärt: Die vier Toten gehörten dem Widerstand an. Sie planten kein Attentat auf den Außenminister. Sie wurden vor dem 10.11. festgenommen und gefoltert. Der bewaffnete Zusammenstoß wurde fingiert, um die Leichen der vier zu beseitigen bzw. um eine "Erklärung" für den Tod der vier zu liefern. Ergänzend dazu, was sich aus einem Interview der Wochenzeitung HOY mit dem Rechtsanwalt Hector Contreras ergibt (nr.228); der Anwalt hatte im Auftrag des Solidaritäts-Vikariats das Verschwinden von Juan Ramón Soto zu klären versucht. Soto ist inzwischen als einer der verkolten Leichname identifiziert worden. Soto hat 15 Stunden vor dem angeblichen Zusammenstoß das Haus verlassen; daß er über Nacht fortblieb, war absolut ungewöhnlich. Die Zweifel des Rechtsanwalts an der offiziellen Version stützen sich auf den Zustand, in dem sich die drei verbrannten Leichen im Gerichtsmedizinischen Institut befanden: ohne Arme, ohne Beine, vom Kopf nur noch die Kiefer, und nur anhand des Gebisses war die Identifizierung eines der Toten möglich. Für das Fehlen der Leichenteile gibt es keine offizielle Erklärung.

Schlußworte von Guillermo Rodriguez vor dem Kriegsgericht

Am 9. Oktober wurde Guillermo Rodriguez, Mitglied des MIR (Bewegung revolutionäre Linke), als Urheber des Todes eines CNI-Agenten von einem Kriegsgericht in Santiago zu lebenslanger Haft verurteilt. Daß der Fall nicht nur vor ein Militärtribunal, sondern eben ein KRIEGSgericht kam, wurde mit einem "Anti-Terror"-Dekret begründet, das dann Anwendung findet, wenn die Opfer Angehörige der Streitkräfte oder der Polizei sind (Der Geheimdienstagent wurde diesen Gruppen zugeordnet).

Als wir über den Prozeß berichteten (vgl. LN 97, S. 32), war das Urteil noch nicht bekannt. Allerdings konnte man aufgrund des Interviews mit dem Gerichtsvorsitzenden hoffen, daß es nicht zu einer Todesstrafe kommen würde.

Es gelang Rodriguez, seine Schlußrede aus dem Gefängnis zu schmuggeln; aus dem ca 3 1/2 Seiten langen Text zitieren wir die folgenden Abschnitte:

Für den Widerstand ist klar, daß die Diktatur sich nur an der Macht erhält, weil sie sich auf die Waffen und die Streitkräfte stützt, und deshalb kämpfen wir dafür, eine Streitkraft des Volkes aufzubauen, die gesellschaftlich, politisch und militärisch ist; denn wir wissen, daß wir nur dann die Diktatur stürzen werden, wenn wir ein Widerstandsheer aufbauen, das den Streitkräften überlegen ist. Deshalb haben wir entschieden, die revolutionäre Guerilla zu entwickeln, weil sie es uns erlaubt, an allen Fronten zu kämpfen, legal und im Untergrund, propagandistisch und bewaffnet, denn im revolutionären Krieg werden wir in kleinen Gefechten unsere eigenen militärischen Kräfte entwickeln, auf allen Seiten kämpfend; wir werden in kleinen Einheiten kämpfen und daraus viele entwickeln, indem wir das Volk einen und es organisieren, damit es heute für seine Rechte kämpfe, sich aber gleichzeitig für die Entscheidungsschlachten befähigt.

Ich bekenne, ein Milizionär und absolut überzeugt zu sein, daß nur der Krieg des Volkes uns befreien wird. Dem habe ich mich während der kurzen Zeit gewidmet, die ich in Chile frei war. Dabei habe ich die Volksmilizen aufgebaut, die nichts anderes sind als Gruppen von Arbeitern, Studenten, Landarbeitern, jung und alt, Männer und Frauen, die zu den Waffen greifen, um das Recht auf Widerstand durchzusetzen(...)

Denn es ist klar, daß sich in Chile der Volkskrieg in den ersten Phasen entwickelt, obwohl die offizielle Propaganda Chile als eine "Oase der Ordnung, des Friedens und der Ruhe darstellt; mehr als 150 bewaffnete Aktionen der Milizen in Santiago und dem ganzen Land im Jahre 1980, das zeigen die Überfälle auf Kasernen in Santiago und die heroische Guerilla in Neltume, Keim des Widerstandsheeres(...)

Man klagt mich der Brandsabotage in mehr als 30 Fällen an, und ich gestehe, daß diese Aktionen vom Volkswiderstand durchgeführt wurden in der Kampagne "Wenn es keine Wohnungen für die Armen gibt, wird es auch keine Wohnungen und Vergnügungszentren für die Reichen geben". In dieser Kampagne teilte ich die Bewunderung des Volkes für die kühnen Milizen, die Orte in Asche legten, die niemals ein Arbeiter

betrat, Restaurants wie "Camino Real", Symbol der Herrschenden, das drive-in "Las Brujas, Bowling-Center" (Rodriguez nennt weiter drei offizielle Einrichtungen).

Man klagt mich an, an der Besetzung von Radio Portales teilgenommen zu haben, und ich gestehe mit Stolz, daß der Widerstand meine Stimme und die meiner Genossin Arcadia Flores Perez, genannt Marcela-Victoria, ausgewählt hat, um eine Botschaft ans Volk zu verbreiten. Marcela-Victoria wurde von der "Brigade zur Untersuchung von Überfällen" am 16. August 1981 ermordet. Diese Botschaft wurde mittels einer bewaffneten Aktion am 29. April 1981 ausgestrahlt angesichts der Tatsache, daß es unmöglich ist, sie über die Medien zu verbreiten; denn hier in Chile existiert keine Meinungsfreiheit, geschweige denn Freiheit der Medien.

Man klagt mich an, an der Verteilung von Lebensmitteln mit den Milizen in der Siedlung "La Victoria" im Jahre 1980 teilgenommen zu haben; ich gestehe, daß es angesichts des Hungers und des Elends der Slumbewohner legitim ist, die großen Unternehmen zu enteignen und die Lebensmittel zu verteilen, der Unternehmen, die mit dem Lebensnotwendigen ihr Geschäft machen.

Man klagt mich an, an der Enteignung von Banken teilgenommen zu haben, und ich gestehe, daß der Widerstand diese Aktionen durchführt, um die Milizen und den gesamten Kampf mit mehr Kraft durchzuführen. Ich möchte nur auf den Unterschied verweisen, mit dem die chilenische Justiz so nachsichtig gegenüber denen verfährt, die mit weißen Handschuhen rauben (Rodriguez verweist auf eine Reihe von Wirtschaftsverbrechen).

Die Hauptanklage und der Anlaß für diesen Kriegsgerichtsprozeß sind die Hinrichtung eines CNI-Agenten durch den Widerstand und ein Attentat gegen eine Agentin des Geheimdienstes. Unabhängig davon, daß ich, wie mein Anwalt ausgeführt hat, nur einen Befehl an eine Milizgruppe weitergeleitet habe, möchte ich darauf hinweisen, daß diese Situation eine Folge der Methoden der Diktatur ist. Seit 1973 wurden Tausende von Chilenen ermordet, sind verschwunden, wurden hingerichtet, gefoltert und geschändet von den Sicherheitsdiensten. (...) Der Volkswiderstand hat beschlossen... Volksjustiz zu üben gegen alle, die verantwortlich sind für Foltern, Massaker, Morde und Verschleppung, und das ist der Fall von Tapia Barraza und der Majorin Olderock. (...)

SELBSTVERSTÄNDNIS DER DIKTATUR

In diesem Land bewegt sich kein Blatt, wenn ich es nicht bewege.

No se mueve ninguna hoja de este país si yo no la estoy moviendo.

Pinochet, zitiert nach HOY, 220, S. 7

URUGUAY

Interview mit Mario Santos

Anfang Dezember hatten die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Gelegenheit, ein Interview mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten Uruguays, Mario Santos, zu führen:

LN: Vor einem Jahr haben wir uns alle über die überraschende Abstimmungsniederlage der Diktatur bei ihrem betrügerischen "Plebiszit" gefreut. (Vgl. LN 88) Was hat sich seither in Uruguay geändert?

M.S.: Wir können die politische Situation in Uruguay in zwei Phasen einteilen: vor dem Plebiszit und nach dem Plebiszit. Dieses Plebiszit hat nicht nur eine Niederlage für die Diktatur bedeutet, sondern auch den Beweis erbracht, daß die demokratischen Traditionen in Uruguay noch sehr stark sind, daß das Volk seine Freiheit verlangt. Tatsächlich hat das Volk bei jenem Plebiszit gesagt: Schluß mit dieser Diktatur! Und nach dem Plebiszit wurden die Militärs in Uruguay gezwungen, in einigen Punkten nachzugeben. Es sind seither z.B. wieder einige Presseorgane in Uruguay erschienen, die unterschiedliche politische Meinungen zum Ausdruck bringen. Außerdem können sich wenigstens einige wenige Politiker, deren Tätigkeit vorher verboten war, wieder legal betätigen.

LN: Welche Parteien können sich überhaupt legal in Uruguay betätigen?

M.S.: Im Moment nur drei: die Nationale Partei, die Colorado-Partei und eine kleine christliche Partei, eine ehemalige Fraktion der Christlich-Demokratischen Partei. Aber alle anderen Parteien, die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und auch andere bleiben verboten. Und es gibt sogar einige Politiker der Colorado-Partei und der Nationalen Partei, denen die politische Betätigung verboten ist. Trotz alledem ist nach dem Plebiszit eine neue politische Situation entstanden. Das spiegelt sich z.B. in der Mobilisierung der Arbeiter wider; es gibt in diesem Bereich eine große Unruhe, denn die Arbeiter und auch die Mittelschichten haben einen großen Teil ihres Reallohnes verloren in der Zeit der Diktatur. Und sie verlangen eine Verbesserung ihrer Situation - Die ökonomische Situation hat sich verschlechtert. Am 1. September ist eine neue Regierung gebildet worden, natürlich immer noch im Rahmen der Diktatur: Präsident wurde der General Gregorio Alvarez; er wurde von den Militärs ausgewählt, das Volk und die politischen Parteien haben nichts damit zu tun - und sie wollen auch nichts damit zu tun haben. (Vgl. LN 96) Aber der politische Prozeß ist trotzdem voller Widersprüche. Gleichzeitig gibt es nämlich einen gewissen Kontakt, zwischen der Regierung und den politischen Parteien, die nicht verboten sind. Trotzdem existiert die Repression immer noch. Neulich erst sind etwa 150 Leute festgenommen worden und verschwand. Wir haben Gründe für die Annahme, daß diese Menschen in den Kasernen gefoltert werden.

Das sind die Umstände, unter denen wir den ersten Jahrestag des "Plebiszits" am 30. November begehen. Einige Tage später haben wir übrigens einen weiteren Anlaß zur Mobilisierung für das ganze Volk: das ist der Geburtstag von General Liber Seregni. General Seregni ist Vorsitzender unserer nationalen Oppositionsfront, der Frente Amplio. Er bedeutet uns - und wenn ich "uns" sage, meine ich alle demokratischen Kräfte - sehr viel, er ist schon über fünf Jahre ohne legalen Prozeß inhaftiert, und unser Volk verlangt seine Freiheit.

LN: Gibt es konkrete Vorwürfe gegen ihn, oder ist er nur deshalb inhaftiert, weil



General LIBER SEREGNI

M.S.: Es gibt keinen realen Grund, der seine Inhaftierung rechtfertigen würde. Juristen und internationale Persönlichkeiten von Rang haben die Willkürlichkeit seines Falles schon mehrfach bekundet. Es handelt sich um nichts anderes als um eine Art politischer Rache gegen General Seregni und gegen die demokratischen Kräfte Uruguays. Seregni unliegt der Militärgerichtsbarkeit, ohne Verteidiger, aber trotzdem ist es den Militärs bisher noch nicht gelungen, eine endgültige Verurteilung gegen ihn auszusprechen.

LN: Gehört General Seregni - außer der Tatsache, daß er der Vorsitzende des Frente Amplio ist - einer der bestehenden politischen Organisationen an?

M.S.: General Seregni gehört zu keiner politischen Partei. Er ist eine Persönlichkeit mit einem sehr großen Prestige im Land. Alle demokratischen Kräfte - also z.B. die Christlich-Demokratische Partei, die Sozialisten und die Kommunisten - haben ihn als ihren gemeinsamen Kandidaten ausgewählt. Bei den letzten freien allgemeinen Wahlen in Uruguay 1971 hat er mehr als 20% der Stimmen bekommen. Das Parlament ist bei uns seit 1973 suspendiert. Die Diktatur hat sich ein

sogenanntes parlamentarisches Organ geschaffen, den "Staatsrat". Aber diese Leute repräsentieren absolut niemanden - und sie erkennen es sogar selbst an!

Internationale Persönlichkeiten der verschiedensten politischen Strömungen verlangen auch die Freiheit für General Seregni, z.B. der verstorbene Präsident von Ecuador, Jaime Roldós, der Präsident von Panama, die Konferenz demokratischer Parteien in Lateinamerika, in der 42 Parteien zusammengeschlossen sind, haben es ebenso verlangt wie die Sozialistische Internationale und deren Vorsitzender Willy Brandt. Hier in Europa gibt es eine breite Übereinstimmung in dieser Hinsicht zwischen den sozialistischen Parteien, christdemokratischen, liberalen und kommunistischen Parteien. Wir können nur nachdrücklich betonen, daß General Seregni heutzutage der wichtigste politische Gefangene Lateinamerikas ist. Das zieht eine große und wichtige Solidarität an.

LN: Kann sich die Diktatur das eigentlich leisten: angesichts eines so starken politischen Drucks von außen den General Seregni weiterhin in Haft zu halten? Ist sie nicht z.B. ökonomisch zu stark abhängig von Europa?

M.S.: Die Diktatur ist, das muß man sagen, sehr abhängig von der internationalen Ökonomie, besonders von der der USA. Sie sind übrigens auch Anhänger der sog. Chicagoer Schule, wie Chile und andere Länder in Lateinamerika auch. Politisch muß man sich fragen, ob es ein gutes Geschäft für die Diktatur ist, den General Seregni in Haft zu halten. Aber es gibt auch andere Faktoren; z.B. können die faschistischen Offiziere nicht vergessen und es ihm auch nicht verzeihen, daß er als General an der Seite des Volkes war. In diesem Fall sind Haß und Rache auch Kräfte, die eine Rolle spielen. Wir sind jedoch sicher, daß die internationale Solidarität eine noch stärkere Rolle spielt.

LN: Gibt es irgendein Anzeichen, daß die Reagan-Administration in dem Fall - so oder so - etwas unternommen hat?

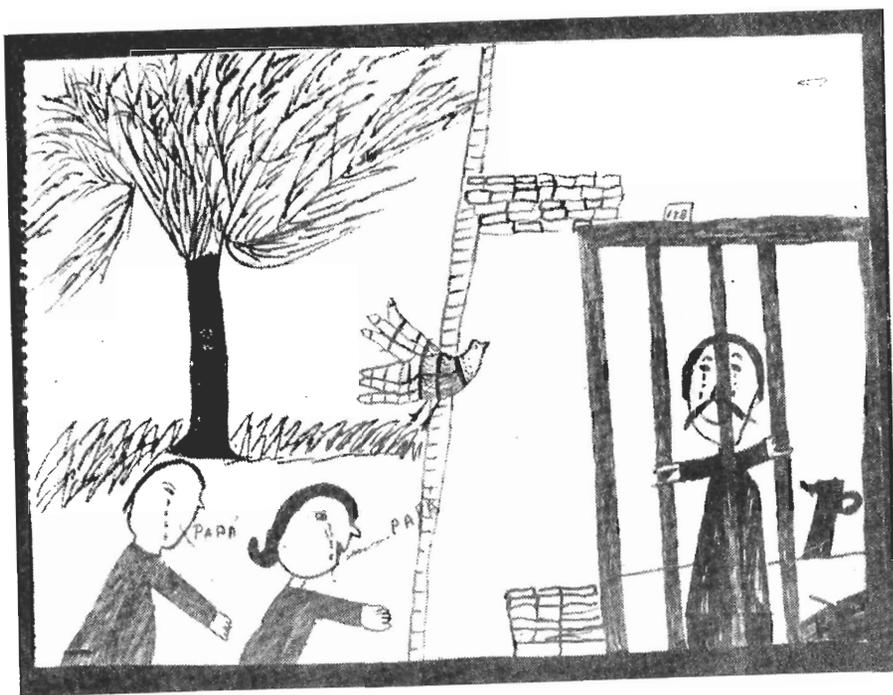
M.S.: Ich glaube, daß die jetzige US-Administration deutlich gesagt hat, daß sie einen ganz anderen Standpunkt zur Frage der Menschenrechte hat, wie die Administration vorher. Seit dem Moment, wo Reagan in Washington die Macht übernommen hat, hat die Diktatur in Uruguay wieder neue Waffen bekommen, finanzielle

Unterstützung und politische Unterstützung - auch von einigen internationalen Organisationen. Bis heute ist es uns absolut unbekannt, daß diese Administration etwas unternommen hätte zugunsten der Freiheit oder zugunsten des Rechts irgendwo in Lateinamerika.

LN: Zwei Fragen zum Schluß: wieviele Uruguayer leben heute im politischen Exil, und wie könnte die Kampagne zur Freilassung von General Liber Seregni - außer dem, was wir mit diesem Interview machen, nämlich zu informieren - von uns am besten unterstützt werden?

M.S.: Zur ersten Frage: ich würde sagen, es ist ein bißchen schwierig, zwischen den politischen und den ökonomischen Ursachen für das Exil zu trennen. Aber wir können bestätigen, daß im Moment etwa 600 000 Uruguayer erzwungenermaßen außerhalb des Landes leben. Dabei darf man nicht vergessen, daß unsere Gesamtbevölkerung nicht einmal drei Millionen beträgt. Das hat natürlich auch dazu beigetragen, daß die internationale Solidarität sehr stark sein konnte.

Zur zweiten Frage: das ist eine sehr wichtige Frage, denn angesichts einer solchen harten Diktatur fragen sich viele oft, ob die internationale Solidarität überhaupt Wirkung hat. Wir können hier ganz entschieden sagen: die internationale Solidarität wirkt in vielfacher Hinsicht, z.B. konnte sie in Uruguay verhindern, daß die politischen Gefangenen ermordet wurden. Sie hat auch nicht wenige politische Gefangene freibekommen. Davon gibt es übrigens eine Menge hier in den verschiedenen europäischen Ländern. Es ist der internationalen Solidarität auch gelungen, daß sich das Regime in Uruguay bisher nicht als demokratisch vor der internationalen Öffentlichkeit präsentieren konnte. Wir vertrauen daher sehr auf diese Solidarität und hoffen, mit ihrer Hilfe bald wieder unseren Freund, den General Seregni umarmen zu können.



ECUADOR

Neues VW-Werk

"WO MAN VOLKSWAGEN BAUT, GEHT ES DEN MENSCHEN BESSER"
(Aus der VW-Werbung Nr.7 "Pro Dritte Welt")

"VW will in Ecuador Autos montieren". Mit dieser Zeile betitelt die Süddeutsche Zeitung am 21. November einen kurzen Bericht über die beabsichtigte Montage von jährlich 3000 Passat in der Andenstadt Riobamba. Wenige Tage vorher hatte die ecuatorianische Regierung durch ihren Industrieminister einen entsprechenden Vertrag mit der Volkswagen AG in Quito unterzeichnet. Nach Brasilien, Mexiko und Argentinien wird Ecuador nun das 4. lateinamerikanische Land, in dem der deutsche Auto-Multi seine geschäftlichen Aktivitäten entfaltet.

Liest man die Pressemitteilung des Volkswagen-Konzerns vollständig, ergibt sich das folgende Bild:

Bereits am 18. Dezember 1978 war ein grundlegender Vertrag mit der ecuatorianischen Regierung über die alleinige Lizenz für VW abgeschlossen worden. Inzwischen ist die Fabrik in Riobamba fertiggestellt. Ab Mitte 1982 sollen dort mit 300 Mitarbeitern aus brasilianischen VW-Komponenten jährlich rund 3000 Fahrzeuge des Typs Passat gebaut werden. Eigentümer der Montagefabrik ist die bereits im Sommer 1979 gegründete Gesellschaft "Ecualemana de Automotores S.A." mit Sitz in Quito. Anteilhaber der Gesellschaft sind die VW-AG mit 26%, die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) mit 25%, die Firma Cordinauto mit 25%, Cofiec Ecuador mit 10% und private ecuatorianische Anleger mit zusammen 14%. Die Firma Ecualemana wird mit einem Anfangskapital von 4,8 Millionen US-Dollar ausgestattet.

Bei angenommenen 200 Produktionstagen im Jahr wird die Fabrik in Riobamba täglich ca. 15 Fahrzeuge montieren. Vergleicht man diese Zahl mit den ca. 1200 täglich produzierten Fahrzeugen des brasilianischen Werks (vor der momentanen Krise waren es noch 2200) oder gar mit den ca. 9000 Fahrzeugen des Wolfsburger Werks, wird die geringe aktuelle Bedeutung des ecuatorianischen Projekts für den Multi VW deutlich. Tatsächlich zögerte VW auch Monate, den konkreten Produktionsvertrag mit der ecuatorianischen Regierung zu unterzeichnen.

Die Gründe, die den VW-Konzern nach langem Zögern doch noch zur Unterschrift bewegen, sind leicht zu finden:

1. Die finanziellen Risiken von VW sind äußerst gering. Sein Anteil am Anfangskapital der Gesellschaft Ecualemana liegt bei nur 1,2 Mio. \$ (das sind z.B. bloß 3% des für 1980 ausgewiesenen Gewinns der mexikanischen VW-Tochter!). Zusammen mit der bundeseigenen DEG, die sich selbst beschreibt als ein "Instrument moderner Unternehmenspolitik, um die Marktposition der Muttergesellschaft in der BRD zu festigen", liegt der deutsche Kapitalanteil an der Gesellschaft bei 51%, was eine den VW-Konzerninteressen willfährige

Unternehmenspolitik der Gesellschaft in Zukunft sicherstellen sollte. Zudem sind die Fabrikgebäude und die notwendige Infrastruktur bereits auf Kosten der ecuatorianischen Regierung fertiggestellt.

2. Ecuador ist Mitglied des Andenpaktes, der im September 1977 ein Programm für den Aufbau einer eigenen Fahrzeugindustrie beschlossen hat. Demnach sollen die einzelnen Mitgliedsländer arbeitsteilig Fabrikationsstätten für Fahrzeuge unterschiedlichen Hubraums aufbauen. Ecuador erhielt die Kategorie A 2 für Fahrzeuge mit einem Hubraum von 1050 bis 1500 cm³. Mit dem Vertrag von 1978 hat sich also VW das alleinige Recht bzw. das Monopol für die Produktion von Fahrzeugen dieser Hubraum-Klasse für den gesamten Andenpakt gesichert. Der VW-Konzern geht selbst davon aus, das mittelfristig 90% der Produktion außerhalb Ecuadors abgesetzt werden wird.
3. Die Lieferung brasilianischer VW-Komponenten an das ecuatorianische Montagewerk ist eine willkommene, wenn auch geringe Hilfe für das in Schwierigkeiten geratene VW-Werk in Brasilien. VW do Brasil, bereits 1953 als Tochterunternehmen des Wolfsburger Konzerns gegründet und in wenigen Jahren zum größten privatwirtschaftlichen Unternehmen in Lateinamerika aufgestiegen, sieht sich seit 1980 einer wachsenden Absatzkrise gegenüber. Trotz Drosselung der täglichen Produktion von 2200 auf 1200 Fahrzeuge und der Entlassung von 8000 der 46000 Beschäftigten, hat sich rund um das Hauptwerk São Bernardo ein Wagenberg von ca. 50000 unverkauften Autos angestaut.

Das Zögern des VW-Konzerns erklärt sich aus Unsicherheiten, die den Integrationsprozeß des Andenpaktes betreffen. In den letzten 2 Jahren wurde nämlich immer deutlicher, daß die geplante wirtschaftliche Integration des Andenpaktes kaum Fortschritte machte, und daß die beschlossene Arbeitsteilung immer wieder - bestimmt vom nationalen Eigeninteresse der Mitgliedsländer - ignoriert wurde. So wird z.B. in Kolumbien ein Wagen mit einem Hubraum gebaut, der nach dem Programm des Andenpaktes für die arbeitsteilige Fahrzeugproduktion ausschließlich in Ecuador produziert werden sollte. Ob die VW-Produktion in Ecuador tatsächlich die Monopolstellung für den gesamten Andenpakt mit sich bringt, bleibt also unsicher.

Für VW bedeutet das begrenzte Engagement ohne Risiko in Ecuador demnach nur eine Absicherung des Monopols für den unwahrscheinlichen Fall, daß die wirtschaftliche Integration der Andenpakt-Staaten doch noch Gestalt annehmen sollte

Die Konsequenzen für Ecuador selbst sind da schon gravierender. Riobamba, eine Stadt mit 180000 Einwohner, ist das Zentrum der Anden-Provinz Chimborazo. Die Provinz Chimborazo zählt zu den rückständigsten Teilen des Landes. Dies vor allem deshalb, weil die Beziehungen zwischen den Bewohnern der Umlandes und dem Zentrum Riobamba auch heute noch unverändert dem kolonialen Muster folgen. Ganz deutlich wird das an den Markttagen, wenn die Indios vom Umland nach Riobamba kommen, um die Produkte ihrer kargen Landwirtschaft zu verkaufen. Schon am Rande der Stadt werden sie von Mestizen-Intermediarios, Zwischenhändlern, abgefangen, die ihnen - häufig unter Drohungen - die Produkte zu niedrigen Preisen abkaufen, um sie dann mit einem deutlichen Aufschlag auf dem Markt weiterzuverkaufen. Außerhalb Ecuadors ist Riobamba vor allem durch seinen Bischof Proaño bekannt geworden, der sich seit Jahren hartnäckig für die Verbesserung der Lebenssituation der Indio-Campesinos einsetzt.

"Ich weiß, daß man sich auf die Deutschen verlassen kann. Sie werden der gesamten Region ein neues Gesicht geben", ließ der Bürgermeister von Riobamba im Juni 1980 den Berliner Tagesspiegel wissen. An diesem Optimismus darf man in jedem Fall berechtigten Zweifel hegen. Und das allemal, wenn es um mögliche Vorteile für die zukünftigen VW-Beschäftigten geht. Kardinal Arns, der Erzbischof von São Paulo, beschrieb Ende des letzten Jahres die Erfahrungen der brasilianischen VW-Arbeiter so: "Heute haben die Deutschen keinen guten Namen mehr ..., besonders, weil die deutschen Firmen in den letzten Streiks und auch schon früher viel leichter zur Polizei als zum Dialog übergegangen sind."

Eine vertrauliche Studie, die letztes Jahr in Quito bekannt wurde, geht davon aus, daß der ausländische Geschäftsführer der gemischten Gesellschaft Ecuailemana jährlich 134 000 \$ verdienen wird, und daß der erste Ecuadorianer in der Hierarchie, ein Abteilungsleiter, 12 790 \$ jährlich erhalten soll. Demgegenüber wird das Jahresgehalt eines Arbeiters bei 2 240 \$, das eines Lehrlings bei 920 \$ liegen. Das Gehalt eines Arbeiters wird demnach ziemlich genau dem gesetzlichen Mindestlohn von 4 000 Sucre entsprechen. "Aus diesem beredten Beispiel kann man schließen, wer die Nutznießer der Übereinkunft sein werden", bemerkt dazu ein ecuatorianischer Kommentator sarkastisch (El Universo, 14.2.80).

Vollends ins Zwielicht geriet das ganze Unternehmen in ecuatorianischen Augen schließlich, als bekannt wurde, daß der in Ecuador produzierte Passat 9 025 \$ kosten soll, während der importierte Passat Anfang 1980 einschließlich der Zollabgabe und sonstiger Kosten 4 739 \$ kostete.

Durch solche Enthüllungen arg in die Enge getrieben, verteidigte der damalige Vizepräsident Osvaldo Hurtado (nach dem Unfalltod seines Vorgängers Jaime Roldós im Mai dieses Jahres inzwischen Präsident des Landes) den Vertrag mit VW mit dem Argument, daß die übernommenen Verpflichtungen im Rahmen des Andenpakts zur Durchführung des Projektes zwingen.

Nach allem findet man heute noch kaum einen Ecuadorianer, der den Optimismus des Bürgermeisters von Riobamba teilen möchte. Bisher ist nur eines sicher: auch wenn das Projekt scheitern sollte, VW wird das Scheitern als einziger Beteiligter ohne Verluste überstehen.

DEUTSCHER UNTERNEHMER HEBT POSITIVE RESULTATE DES WIRTSCHAFTSMODELLS HERVOR
Der Präsident des Automobilunternehmens VOLKSWAGEN Brasilien, Wolfgang Sauer, stellte gestern fest: "Die chilenische Wirtschaft ist ein Beispiel für Lateinamerika und wir alle beobachten die Resultate."

Der Unternehmensmanager, der für 24 Stunden das Land besuchte, um gestern Nachmittag den Messestand seines Unternehmens auf der FISA zu eröffnen, hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten der Republik (Pinochet, Anm. d.O.) im Regierungspalast La Moneda, wobei er von einer Gruppe von Managern der einheimischen Firma begleitet wurde.

Sauer sagte, daß es für ihn "eine große Ehre war, mit dem Präsidenten der Republik Chile zu sprechen, und besonders ihm zu dem wirtschaftlichen wie auch sozialen Erfolg Chiles zu beglückwünschen."

Dabei unterstrich der Manager, daß sein Unternehmen zur Zeit die Möglichkeit untersucht, seine Präsenz in Chile auszuweiten, insbesondere hinsichtlich der technischen Beratung und der Garantie, daß seine Kunden das bekommen, was sie suchen.

Schließlich übergab er am Nachmittag der Gattin des Präsidenten für die Arbeit der CEMA ein Kraftfahrzeug und kehrte heute nach Brasilien zurück.

(aus: El Mercurio, Santiago de Chile, 30.10.1971)

COSTA RICA

Costa Rica—Quo Vadis?

Wir berichteten in den Lateinamerika Nachrichten 93 über Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise in Costa Rica und den daraus resultierenden Konflikten. In den letzten fünf Monaten hat sich die krisenhafte Entwicklung erheblich beschleunigt und verschärft. Der folgende Bericht will versuchen, diese Entwicklung nachzuzeichnen und zu analysieren und eine Einschätzung der möglichen mittelfristigen Weiterentwicklung zu geben.

»La Crisis«

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in einer der maßgeblichen Zeitungen Costa Ricas dieser Begriff auftaucht, (schein)analysiert oder spekulativ verwendet wird.

Das 1948 etablierte politische, wirtschaftliche und soziale System ist heute - nach 30 Jahren - an seine Grenzen gestoßen. Die Krise, welche damals den Bürgerkrieg auslöste, wurde nicht gelöst und manifestiert sich seit Ende der 70er Jahre in einer Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen.

In den letzten 30 Jahren erfuhr das Land ein rasches industrielles Wachstum, das auf der Entwicklung neuer produktiver Sektoren und auf eine Modernisierung der traditionellen Produktion zurückzuführen ist. Diese industrielle Entwicklung wurde besonders durch die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration gefördert. Hinzu kam die Einführung neuer Agrarprodukte wie Milch, Fleisch und Zucker. Man schuf neue Staatsfunktionen wie z.B. die Produktion von Elektrizität, den Ausbau von Straßen und des Gesundheitssystems.

Parallel dazu erhöhte sich in den traditionellen Sektoren wie Kaffee- und Bananenbau durch eine zunehmende Verwissenschaftlichung der Anbaumethoden die Arbeitsproduktivität um ein Vielfaches. Was sind nun die Gründe dafür, daß dieses Modell nicht mehr funktionieren soll?

Die industrielle Produktion ist auf Importe, vor allem Maschinen, Ausrüstungsgegenstände und Erdöl angewiesen. Der Auslandsmarkt für die industrielle Produktion ist aber stark eingeschränkt, so daß die Exporte dieses Sektors bei weitem nicht die Importe decken.

Die nationale Währung erlebte in diesem Jahr eine Abwertung um 130%, die Inflationsrate beträgt gegenwärtig ca. 40%.

Die Arbeitslosigkeit wird Ende 1981 bei 16% liegen, d.h. bei einer wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von 750 000 werden 57 000 arbeitslos sein; die Zahl der Unterbeschäftigten liegt nach offiziellen Angaben bei 200 000.

Seit Juli dieses Jahres läßt sich die Regierung von den New Yorker Investmentbanken Lehman Brothers und Kuhn Loeb beraten, um Ordnung in das Chaos zu bringen.

Um mit der wachsenden Verschuldung fertig zu werden, hat die Regierung eine starke Drosselung der Importe verfügt. Entsprechend den Rezepten des Internationalen Währungsfonds nahm sie drastische Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor vor und strich die Subventionen für Grundnahrungsmittel (vgl. zum IWF in Costa Rica LN 93). Diese Maßnahmen stoßen auf wachsenden Widerstand einer sich gegen diese Politik formierende Bewegung.

Die innenpolitische Situation

Der Plan, aus dem sehr heterogenen Bündnis der jetzigen Regierungskoalition eine permanente Partei des bürgerlichen Lagers zu schmieden, scheiterte kurz vor den im Februar anstehenden Wahlen infolge der wachsenden Kritik an der eigenwilligen Politik des jetzigen Präsidenten Carazo. Die Regierungskoalition ist gespalten und aufgerieben, dem oppositionellen Bündnis UNIDAD mit dem Kandidaten Rafael Calderón werden keinerlei Siegeschancen eingeräumt.

Die wirtschaftlich mächtigen Kreise sehen sich gezwungen, nach neuen Verbündeten zu suchen, um die Wirtschaftspolitik des Landes auf den gewünschten neoliberalen Kurs festzulegen.

Dieser Verbündete wird in zunehmendem Maße in der fälschlicherweise als sozialdemokratisch bezeichneten Partido de Liberación Nacional (PLN) gesehen.

Dies zeigte sich beispielsweise schon im Januar dieses Jahres, als der Veteran und maßgebliche Gründer der PLN, José Figueres, die Bildung einer Notstandsregierung zur Lösung der Krise vorschlug. Damit artikulierte er vor allem die Interessen des Unternehmerflügels der Partei, stieß aber auch auf Opposition vor allem aus den Kreisen der Jugendorganisation seiner Partei und der Gewerkschaften. Die ultrarechten Kreise scharen sich um den Ex-Präsidenten Mario Echandi, wobei es Bestrebungen gibt, sich auf einen Kandidaten von rechts (Echandi oder Calderón) zu einigen, um sich die als sehr gering eingeschätzten Wahlchancen zu erhalten.

Wichtigster Verbündeter dieser Kreise ist die auflagenstärkste Zeitung des Landes, "La Nación", deren Redakteure sich in antikommunistischer Hetze gegen Gewerkschaften, Nicaragua oder Kuba, täglich zu überbieten versuchen.

Ob die Wahlen im Februar stattfinden werden, oder ob es der quer durch alle bürgerlichen Parteien gehenden Formierung der Rechten gelingt, über einen "kalten Staatsstreich" die Macht zu übernehmen, ist eine in zunehmendem Maße diskutierte Frage der gegenwärtigen politischen Diskussionen. Dabei sieht es im Moment so aus, daß man zunächst den sicheren Wahlsieg des PLN-Kandidaten Luis Alberto Monge abwartet, da man sich über den Ausgang eines Staatsstreichs egal welcher Art nicht 100% sicher ist.

Monge machte schon vorab erhebliche Zugeständnisse an das ausländische Kapital und ist auch bereit, eine vom IWF diktierte und als notwendig angesehene Austeritätspolitik durchzuführen.

Beispielsweise zeichnen sich Äußerungen Monges, verschleiert durch den Slogan "Zurück zur Erde" dadurch aus, daß er den im Lande operierenden multinationalen Konzernen während eines USA-Aufenthaltes im Sommer dieses Jahres erhebliche Vergünstigungen in Aussicht stellte. Dahinter steht der Plan, über die Steigerung der traditionellen Agrarexporte der Krise beizugehen.

Angesichts der Tatsache, daß man in San José in diesem Sommer kaum Zucker kaufen konnte und man jetzt eine Schiffsladung Zucker aus den USA geordert hat, obwohl Zucker in Mengen produziert wird, angesichts der Tatsache, daß es dem Land an Grundnahrungsmitteln wie Bohnen mangelt, obwohl das Land sich hervorragend zum Anbau von Bohnen eignet; angesichts einer seit Jahren zunehmenden Landkonzentration zugunsten einiger Viehzüchter die Fleisch für McDonalds produzieren; angesichts der zunehmenden Verarmung auf dem Lande, zeigt sich die Verlogenheit des "Zurück zur Erde", wenn man die Vorstellungen und Pläne der PLN genauer unter die Lupe nimmt.

Sozialdemokratische Elemente wie sie theoretisch formuliert werden, finden sich bei näherem Hinsehen in der Praxis der PLN kaum. Deutlicher wird dieses vielleicht angesichts der Überlegungen der PLN aus der Sozialistischen Internationale wegen ihrer guerrillafreundlichen Mittelamerikapolitik auszutreten.

Was die Perspektiven für die weitere innenpolitische Entwicklung um so düsterer erscheinen läßt, ist die momentane aber auch traditionelle Schwäche der Linken.

Ein Hoffnungsschimmer zeichnet sich durch ein Abkommen der beiden größten Gewerkschaftsverbände, der kommunistisch orientierten CUT (Confederación Unitaria de los Trabajadores - Einheitsverband der Arbeiter) und der PLN-nahen FDT (Frente Democrático de los Trabajadores - Demokratische Arbeiterfront) gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen und gegen den IWF ab. Dies ist deshalb bedeutsam, weil es erstmals Anzeichen dafür gibt, daß beide Verbände angesichts der gesellschaftlichen Realität bereit zu sein scheinen, ihre bisher unversöhnlichen ideologischen Positionen aufzugeben. (La Libertad, San José, 9.-15.10.81)

Destabilisierung von innen und außen

Nach zwei Bombenanschlägen im Frühjahr dieses Jahres gegen die honduranische Botschaft und gegen US-Botschaftsangehörige, nach einer Schießerei zwischen mutmaßlichen "Terroristen" und Polizei (bei der ein Taxifahrer und drei Polizisten getötet wurden), nach der kaltblütigen Ermordung der wahrscheinlich an dieser Schießerei beteiligten jungen Frau in ihrer Zelle bekam die Rechte starken Auftrieb. Diese "neue Qualität" der innenpolitischen Auseinandersetzungen löste heftige Reaktionen in allen Parteien aus. Der Kandidat der PLN (Partei der nationalen Befreiung) schlug die Aufstellung einer speziellen Anti-Guerrilla-Truppe und eine Revision des Gerichtswesens vor. Ferner dienten die Anschläge als willkommener Vorwand zur Ausweisung von 25 Ausländern, überwiegend Linke aus El Salvador und Nicaragua.

Die eiserne Lady Ronald Reagans, UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick - redete dann am 11. August in Lima Klartext, indem sie "die Destabilisierung" Costa Ricas als "sehr fortgeschritten" bezeichnete und US-amerikanische Waffenlieferungen und die Entsendung von Militärberatern vorschlug. (El Día, 12.8.1981)

Nach heftigen Protesten der Regierung Costa Ricas gegen diese Art der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, sah der örtliche US-Botschafter Francis McNeal sich gezwungen, die Äußerungen von Kirkpatrick zu entschärfen, indem er von "Mißinterpretationen" und Mißverständnissen sprach. (El Día 26.8.1981)

Eine kritische Situation, die weiter am "demokartischen System" rüttelte, ergab sich am 29. Oktober durch eine dreiste Flugzeugentführung. Auf einem Inlandflug von der Kleinstadt Quepos an der Pazifikküste nach San José brachten 6 schwerbewaffnete Ex-Somozisten die kleine Maschine in ihre Gewalt und nahmen die 19 Passagiere und die drei Besatzungsmitglieder als Geiseln. Die Forderung der Entführer lautete: Freilassung von sieben wegen eines Überfalls auf den linken Sender Radio Noticias del Continente inhaftierte Gesinnungsgenossen und Flug in ein Land ihrer Wahl. Die Regierung fügte sich den Forderungen, die Geiseln wurden im Austausch gegen die Gefangenen freigelassen, die Maschine wurde weiter nach El Salvador entführt. Dort landete man in der Nähe von San Miguel. Das seither laufende Auslieferungsverfahren hat keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Die sonst belebten Straßen der Hauptstadt waren in den ca. 30 Stunden der Entführung wie leergefegt, es kam zu Hamsterkäufen, Präsident Carazo bewegte sich nur unter starkem Polizeischutz, was einige Hinweise auf die tiefsitzenden Ängste und Verunsicherung gibt.

Die Entführung warf auch ein Licht auf die fast unbeschränkten Machenschaften von Ex-Somozisten, Exilkubanern und Exiliranern in Costa Rica. Die sind wesentlich an den umfangreichen Dollarspekulationsgeschäften beteiligt sind.

Wie eine Bombe schlugen dann die Enthüllungen des deutschen Journalisten Günter Neuberger ein, der auf den Umgang mit dem CIA spezialisiert ist. Er legte eine Liste von 36 CIA-Agenten vor, die unter dem Deckmantel des Diplomatenstatus von der US-Botschaft in San José aus operieren; sie sind Mitglieder einer auf 200 Agenten geschätzten Truppe, die mit subversiven Mitteln jeder Art gegen Befreiungsbewegungen und linke Kräfte in der Karibik und Mittelamerika kämpfen. (La Libertad, 13.-19.11.)

Auf dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Wirtschaftskrise und den sich immer stärker abzeichnenden Rissen im politischen System des Landes, könnte jeder dieser geschilderten Fälle der Destabilisierung Auslöser für einen Staatsstreich sein. Seit Mitte August wird in der Presse in aller Offenheit über die Vor- und Nachteile und die möglichen Auswirkungen eines Staatsstreichs spekuliert.

Zunächst aber werden die Wahlen erwartet, die im kommenden Februar anstehen. Möglicherweise werden sie zu einer "Regierung der nationalen Einheit" - unter Ausschluß des Linksbündnisses "Pueblo Unido" - führen, die das gegen die Interessen der Mehrheit gerichtete Austeritätsprogramm nach dem Rezept des IWF durchführen kann. Die Durchsetzungsfähigkeit wird dabei entscheidend davon abhängig sein, inwieweit es den linken Kräften des Landes gelingt, zu einer Einheit zu finden.

Quellen: La Nación (San José), La Libertad (San José), Aportes (San José), El Día (Mexico), Latin American Regional Report (London), El Parcial (Hamburg), Infopress Centroamericano (Guatemala)

GUATEMALA

Interview mit einem Führer des Komitees für die Einheit der Bauern (CUC)

M. ist ein Führer der CUC und verantwortlich für die Organisationsarbeit in einem wirtschaftlich sehr wichtigen Gebiet des Landes.

M.: Ich bin in einem Dorf im Quiché geboren. Ich ging nur zwei Jahre in die Schule. Nur zwei Jahre, nur das erste und zweite Schuljahr. Meine Eltern wollten mich weiter unterstützen und wollten, daß ich weiter lernen sollte, aber ich hatte keine Lust ... ich blickte mehr in die Zukunft. Mein Vater war schon ziemlich alt, ich war der einzige, der noch bei ihnen war und da war auch noch meine Mutter. Ich dachte, wenn mein Vater mal krank wird, wenn er eines Tages stirbt, wenn ich mich dann noch nicht daran gewöhnt hätte, Geld zu verdienen, wer sollte dann meine Mutter unterstützen? So entschied ich mich also mit zehn Jahren, allein hier in die Stadt zu gehen und zu gucken, was man da arbeiten könnte. Ich war zehn Jahre, als ich in die Hauptstadt kam. Jetzt bin ich 27 Jahre alt. Nun war ich also in der Hauptstadt. Erstmals fand ich hier gar nichts, was ich hätte tun können. Dann fing ich an, Stiefel zu putzen, wie die anderen Stiefelputzer. Ich war noch sehr jung, ich bekam nicht viel zu tun. Aber ich hatte immerhin noch so um die fünf Quetzales. Damit machte ich etwas anderes. Ich begann, Kleider zu verkaufen. Das habe ich fünf Jahre lang gemacht.

Frage: In einem Laden?

M.: Nein, nein, auf der Straße.

Frage: Und wie kommt man an die Kleider?

M.: Ich kaufte sie in einem Laden, gleich dutzendweise, um sie dann einzeln zu verkaufen. So lebte ich also fünf Jahre. Nach fünf Jahren fiel ich in die Hände der Zollpolizei (Guardia de hacienda, die offiziell hauptsächlich auf dem Land gegen Schmuggel eingesetzt wird, aber heutzutage sich besonders als mordende Paramilitärs hervortut. Anm. des Übersetzers) Sie kontrollierten mich in der Hauptstadt und verlangten meine Verkaufslizenz. Da ich noch minderjährig war, hatte ich überhaupt keine Papiere und keine Verkaufslizenz. So ein junger Kerl, wie ich war, aber das kümmerte sie nicht. Sie nahmen mir alles ab. Ich war 15 Jahre alt. Ich mußte nach Hause zurückkehren, ohne Geld, ohne irgendetwas.

Frage: Wieviel hattest du verdient?

M.: Ich hatte etwa so 3 bis 4 Quetzales in der Woche.

Frage: Wo wohntest du in der Hauptstadt?

M.: Zusammen mit anderen Freunden hatten wir ein Haus gemietet.

Frage: Waren das alles Kinder?

M.: Nein, die anderen waren schon Erwachsene, so 30 bis 40 Jahre alt. So war es also. Seit diesem Zeitpunkt, als sie mir die Kleider abnahmen, entwickelte ich einen gewissen Haß auf alle staatliche Autorität. Denn ich hatte ihnen doch erklärt, daß ich arm war, sie gebeten, mir meine Sachen nicht wegzunehmen, ihnen erklärt, daß ich versuchte, mich allein durchzuschlagen, ehrlich zu arbeiten. Sie aber, sie wollten mir nicht verzeihen, daß ich ohne Lizenz war

und außerdem noch minderjährig. Seit diesem Zeitpunkt also hatte ich einen Groll. Ich konnte einfach nicht vergessen. Ich konnte es nicht vergessen und der Groll wuchs in meinem Herzen. Immer, wenn ich welche von denen sah, haßte ich sie. Zu der Zeit gab es noch keine Organisation.

Dann als ich 20 Jahre alt war, 20 oder 21, als meine erste Tochter geboren wurde, da kamen also Verwandte zu Besuch. Wir machten ein kleines Fest. Mein Schwiegervater war auch gekommen. Er erzählte mir, daß es jetzt eine Organisation der Armen gäbe, die gegen die Reichen kämpfe. Was er da sagte, gab mir viel zu denken. Ich sagte zu meiner Frau: Ich werde versuchen, diese Leute irgendwo zu treffen, um zu erfahren, was die eigentlich wollen, was die vorhaben zu machen. Und so stellte ich Nachforschungen an und bald stellte ich fest, daß es Freunde aus dem gleichen Dorf waren, die sich da zusammengetan hatten.

Frage: Und deine Frau, was sagte sie dazu?

M.: Sie sagte, klar, geh, wenn du meinst, geh! ich ging also.

D.h. ich ging nicht fort, sondern ich stellte meine Nachforschungen an.

Frage: Wußte sie, daß ihr Vater was zu tun hatte mit dieser Organisation?

M.: Nein, das wußte sie nicht. Ich traf also einen compañero und den sprach ich an. Ich hatte vermutet, einfach aus der Art und Weise wie er sprach, daß er in irgendeiner Organisation war. Ich sagte zu ihm: Hör mal, warum lädst du mich nicht mal ein und nimmst mich mit? In Ordnung, sagte er, heute Abend kannst du zu uns kommen. Wir sind acht, die sich treffen, acht compañeros. Es kamen dann noch zwei compañeros aus meinem Dorf, die zu uns sprachen. Sie sprachen über die Realität in dieser Region, daß immer mehr Leute wegziehen. Seit der Zeit also hatte ich ein starkes Interesse. Mir gefiel, was gesagt wurde, und ich fing an, mir darüber klar zu werden, daß ich mich irgendwo engagieren mußte, um etwas zu tun. Und so pasierte es dann. Ich engagierte mich in der Organisation und langsam wurden wir mehr.

Ich entwickelte eigene Aktivitäten. Ich ging von Haus zu Haus, zu Leuten, die nicht Mitglieder unserer Organisation waren und erzählte ihnen von unserer Organisation, sagte ihnen, daß es notwendig sei zu kämpfen, sich zu organisieren, um gegen die Reichen zu kämpfen. Ich ging von Haus zu Haus. Jeden Abend zog ich los. Um bei den Bauern ein politisches Bewußtsein zu entwickeln. Ich sprach von der Situation. Auf uns hörten sie sogar noch etwas mehr als auf andere, denn mein Schwiegervater gehörte - so kann man sagen - zu den reichen Leuten des Dorfes. Er hatte einiges Land und beschäftigte täglich so um die 30 Leute, die auf seinem Land arbeiteten. Er hat meiner Frau auch ein Stückchen Land geschenkt, so etwa 130 m² und ich hatte auch ein Stückchen Land. Wir hatten auch Lohnarbeiter, die für uns auf dem Land arbeiteten. Die Leute also fragten sich, was das bedeutet: Obgleich sie Lohnarbeiter beschäftigten, sind sie gegen diejenigen, die sich Lohnarbeiter halten können. Aber die Leute, die bei uns arbeiteten, begannen uns zu verstehen. Wir sagten ihnen: Das, was wir hier haben, ist garnichts im Vergleich zu den großen Reichen. Wir sind nicht reich. Wir gehören auch zu eurer Klasse. Wir sind auch arme Leute. Die Leute dachten nach und wurden sich ihrer Lage immer bewußter. Die Leute, die nichts hatten, oder die zum Beispiel vier bis fünf cuerdas (entspricht ungefähr 100 bis 125 m²) hatten, die waren es, die sich nach und nach uns anschlossen, sich dem Kampf anschlossen. Und langsam eine ziemlich große Organisation aufbauten.

Frage: Wie heißt Dein Dorf?

M.: Chajual im Quiché. Wir dehnten den Kampf über die ganze Region des Quiché aus. Zu dieser Zeit gab es schon eine Repression, aber

es war mehr eine psychische Repression. Du leidest, aber Du leidest psychisch. Zu diesem Zeitpunkt war noch keiner unserer compañeros gefallen. (Anm.: In anderen Gebieten hatte es schon Massaker gegeben, so 1978 in Panzos.)

Aber so um die Zeit des 1.1.1980 änderte sich das. (Anm.: Militärübergriff in Uspantán)

Da trafen wir mit Genossen zusammen, um Vorbereitungen zu treffen. Sie sollten in die Hauptstadt gehen und dort aktiv werden. Drei meiner Kampfgenossen sind in die Hauptstadt gegangen und nahmen teil an der Botschaftsbesetzung. (vgl. LN Nr.)

Frage: Warst Du auch dabei?

M.: Nein, ich nicht.

Frage: Alle, die in der Botschaft waren, wurden getötet, nicht wahr?

M.: Ja, alle. Meine engsten Arbeitskollegen, die mit mir zusammen an der Organisation des Kampfes in der Region Quiché gearbeitet hatten, sie fielen dort. Seit dem Zeitpunkt des Massakers in der Botschaft begann eine verschärfte und brutale Repression.

Frage: Waren alle, mit denen Du zusammen gearbeitet hast, Quichés?

M.: Ja, die meisten waren Quichés. Es waren aber auch compañeros aus Nebaj, aus San Miguel Uspantán und vom Chajual. Mit diesen compañeros trafen wir uns einmal in der Woche in Santa Cruz de Quiché. Aber die, mit denen ich täglich zusammenarbeitete, waren die drei, die in der Botschaft fielen. Nach diesem Ereignis begann die brutale Repression im Quiché. Jetzt begannen sie, die compañeros umzubringen, die lokalen Führer. Die Repression nahm immer mehr zu. Die Armee ging immer offensiver vor. Sie besetzten Dörfer, in denen unsere Organisation stark war. Das Dorf, über das sie als erstes herfielen, war Estancia. Es liegt etwa 6 km westlich von Santa Cruz de Quiché. Dort wurde die Repression sehr verschärft. Der Angriff des Feindes war eine Offensive, die sich gegen die Guerrilla richtete. Aber dort gab es gar keine Guerrilla, sondern CUC. Zwischen CUC und Guerrilla gibt es entscheidende Unterschiede. Ein CUC-Mitglied hat keine Waffen. CUC-Mitglieder sind nicht militärisch ausgebildet. Politische Ausbildung klar, aber militärisches Training, Waffen, nein. Der Feind griff uns mit einer Anti-Guerrilla-Offensive an. Es starben viele compañeros.



Einen der Angriffe, an den ich mich erinnere, will ich erzählen: Es war, glaube ich, am 13. Juli des vorigen Jahres. Die Armee fiel in das Dorf ein und massakrierte einige campesinos. Nachdem sie die

Leute umgebracht hatten, überschütteten sie ihre Gesichter mit Benzin und zündeten sie an. Damit man sie nicht identifizieren konnte. Am folgenden Tag gab die Armee über Radio und Fernsehen ein Komunique heraus, in dem es hieß, es hätte in diesem Dorf einen bewaffneten Zusammenstoß gegeben. Aber um das zu verstehen, ist es nötig, die Ereignisse von Anfang an zu schildern. Es war so: Mitglieder der Armee bemalten eines Nachts die Häuserwände mit Parolen, wie "Viva el EGP" (ejército guerrillero para los pobres-Guerrillaorganisation, die besonders im Quiché operiert, Anm. des Übersetzers) Diese Aktion wurde von der Armee selbst ausgeführt, und zwar eine Woche vor dem Überfall auf das Dorf. Diese Aktion sollte dazu dienen, das Gemetzel in La Estancia zu rechtfertigen.

Daraufhin trafen wir uns, die Organisierten des Dorfes. Wir waren etwa 300 Leute und wir entschlossen uns hinzugehen und die Herausgabe der Leichen unserer compañeros zu verlangen. Wir waren aber vorbereitet, uns zu verteidigen, falls es Schwierigkeiten geben würde: Wir hatten Molotowcocktails dabei, kleine Waffen. Außerdem hatten wir auch Verteidigungsmaßnahmen geplant, um das Volk während des Begräbnisses zu schützen. In dieser selben Nacht ergriffen wir auch Sicherheitsmaßnahmen. Wir, d.h. einige compañeros und ich, hielten die Nacht durch Wache in einer Kirche, der kleinen Kirche des Dorfes.

Am nächsten Tag, so gegen 8.00 Uhr morgens, gingen wir in das Haus eines compañeros, um zu frühstücken. Etwa gegen 8.30 tauchte ein Hubschrauber der Armee auf. Wir waren gerade in dem Haus. Aus jedem Fenster des Helikopters ragte ein Maschinengewehr raus. Es befanden sich etwa 150 compañeros in dem Haus. Einige waren im patio (Hof innerhalb des Hauses), einige standen unter Bäumen, andere waren in der Küche. Der Helikopter kam immer tiefer bis er ganz nah war. Die Fenster wurden geöffnet, und da sahen wir die Gewehrläufe der Maschinengewehre, sahen, wie sie ihre Ziele suchten, wie sie auf die Leute zielten. Sie zielten auf uns. Es brach Panik unter den Leuten aus. Viele rannten ins Haus, viele fingen an zu beten, andere schrien, andere weinten. In dieser Zeit wurde ich im Quiché von den compañeros schon als so was wie ein dirigente (Organisationsführer) angesehen. Sie respektierten das, was ich sagte. Ich sagte also zu den compañeros: Compañeros, hier sind wir total angeschissen. Wir können nicht alle in das Haus. Wir können uns unter den Bäumen nicht verstecken. Wir müssen jetzt zur Kirche gehen. Sollen sie uns doch auf dem Weg zur Kirche massakrieren. Damit erreichen wir wenigstens, daß die Regierung auf internationaler Ebene ihr Prestige verliert. Wenn wir uns hier unter den Bäumen verstecken oder im Haus, dann können sie uns bombardieren es anschließend damit rechtfertigen, daß sie Guerilleros bekämpft hätten, die sich dort im Haus aufgehalten hätten. Gehen wir compañeros. Laßt uns in einer langen Reihe gehen.

Wir machten uns auf den Weg zur Kirche, die etwa einen Kilometer entfernt ist. Als wir vor der Kirche ankamen, landete der Helikopter und die caibiles (Anti-Guerilla-Truppe) stiegen aus. Die Leute stoben auseinander. Sie rannten in die Maisfelder. Als das Militär sah, daß die Leute flüchteten, rissen sie ihre Maschinengewehre hoch, packten die Patronengurte hinein und zielten auf die Leute. Als ich das sah, ging ich schnell auf sie zu. Das war nicht, weil ich keine Angst hatte, ich hatte einfach die Kontrolle über mich verloren. Was ich dachte? Ich dachte, wenn sie uns umbringen wollen, dann sollen sie mich zuerst umbringen. Wenn sie auf mich zuerst schießen, dann weiß ich, daß ich ein paar andere rette. Ich rannte auf sie zu. Und dann war ich plötzlich mitten unter ihnen. Ich fühlte wie die Läufe ihrer galiles (israelische Maschinenpistole) auf mich gerichtet waren. Eine hinten, die anderen steckten sie mir in die Seite. Sie verlangten meine Papiere, meinen genauen Namen, fragten was ich



Hubschraubereinsatz gegen eine Genossenschaftsversammlung im guatemaltekischen Grenzgebiet.

nier zu tun hätte. Ich sagte, ich wäre hier, um die abzuholen, die getötet worden seien. Sie packten mich und hielten mich fest. Sie sagten, sie seien eine Delegation der Armee aus der Hauptstadt und sie kämen, um aufzuklären, was hier geschehen sei. "Wir wollen mit euch zusammenarbeiten". Ich rief nun die Compañeros, etwa zehn erschienen und stellten sich zu mir. Die anderen tauchten nach und nach aus dem Gebüsch auf. Die Offiziere sagten zu mir: "Du scheinst ja keine Angst zu haben. Dann sprich Du im Namen der Gemeinde. Wie stellt ihr euch eine Zusammenarbeit mit uns vor? Was verlangt ihr bei der Zusammenarbeit mit uns?"

Ich sagte: "Also, der erste Schritt der Zusammenarbeit muß sein, daß man über Radio und Fernsehen klarstellt, daß es keine Konfrontation zwischen Armee und Guerilla gewesen war, sondern - so muß es gesagt werden - ein Massenmord, den die Armee hier veranstaltet hat. Es waren arbeitende Bauern. Wir kannten sie, es waren unsere Freunde. Wir wissen was sie gemacht haben."

Darauf antwortete der Offizier: " Können sie mir bestätigen, daß es keine Guerilleros gewesen waren, können sie mir zeigen, wo sie getötet worden sind?"

"Ja", sagte ich. " Die Armee behauptet in ihrem Kommuniqué, daß sich alles in den Bergen ereignet hätte. Aber hier gibt es keine Berge. Die Berge waren nichts weiter als die Häuser der companeros. Denn dort sind sie umgebracht worden. Wenn Sie das überprüfen wollen, damit sie nicht denken, wir belügen Sie, lassen Sie uns zusammen hingehen."

"Gut, also gehen wir!", sagten sie. Sie stiegen in den Hubschrauber ein und nahmen mich mit. Die gesamten umstehenden companeros erschrakten. Zwei companeros stiegen mit mir in den Hubschrauber. Sie brachten uns also dorthin und wir zeigten ihnen, was die Armee angerichtet hatte. Die Türen der Häuser hatten sie eingeschlagen, das Hanfwerkzeug und die Einrichtungen der companeros hatten sie zerschlagen. Die Betten zerstört. Die Kleider verstreut im Hof. Alles total kaputt. Das zeigten wir den Offizieren der Armee. Im Korridor des Hauses waren Blutflecke. Nachdem sie das alles gesehen hatten, warnten sie uns.

Frage: Kannst Du erklären, warum die Offiziere das Angebot für eine solche Art Zusammenarbeit machten?

M.: Sieh mal, hier in Guatemala ist das so: Immer nach einem Massaker erscheint die Armee und versucht, alles zu verschleiern, was gewesen ist. Sie setzen ein anderes Gesicht auf und stellen alles ganz anders hin. Nach ihren Anschlägen tun sie so, als hätten sie überhaupt nichts gemacht. Auf solche Massaker folgen immer wohl-tätige Aktionen. Sie verschenken Nahrungsmittel, Medikamente u.s.w.. Nach jenem Ereignis im Dorf ergriffen die companeros Sicherheitsmaß-

nahmen für meine Person. Die Organisation drang darauf, daß ich die Gegend verließ, denn ihrer Meinung nach wurde ich jetzt von der Armee gesucht. Einige Tage hielt ich dort noch aus. Ich wohnte im Haus meines Schwiegervaters. Dann ging ich in einen anderen Ort, in ein anderes Departement.

Mein Schwiegervater benachrichtigte mich darüber, daß die Armee mich im Quiché überall suchte. Da sie mich aber nicht zu Gesicht bekamen, hielten sie sich in der Nähe des Hauses auf und beobachteten es. Insbesondere nachts stellten sie sich da auf und warteten darauf, ob ich auftauchen würde. Aber ich tauchte nicht auf, da ich ja da garnicht mehr wohnte. Am 14. Oktober stürmten sie das Haus. Sie töteten alle, die sich im Haus befanden. Sie töteten meinen Schwiegervater, meine Schwiegermutter, alle, alle. Einer meiner Schwager überlebte. Sie haben ihn dann hier im Hospital Roosevelt entführt. Er hatte das Massaker überlebt und die Feuerwehr von Quiché brachte ihn sofort in die Hauptstadt ins Hospital Roosevelt. Und in der selben Nacht holte ihn die Geheimpolizei da heraus. Sie folterten ihn noch sechs Tage. Dann tauchte seine Leiche bei San Cristobal auf. So haben sie also meine Familie umgebracht. Der Rest meiner Familie wurde ab dem Zeitpunkt verfolgt. Seit dieser Zeit gab es immer mehr Massaker.



Nach dem Massaker in einem weiteren Dorf blieben zwei Kinder zurück. Ein Kind von drei Monaten und ein dreijähriges. Einer der Soldaten sagte, als er die weinenden Kinder sah, zu einem Offizier: " was sollen wir mit diesen Kindern tun?" Es war kein Erwachsener mehr in dem Haus, sie waren alle umgebracht worden. Der Offizier antwortete: "Die muß man töten, die werden sonst genauso werden wie ihre Eltern." Frage: Wer hat dir das erzählt?

M.: Erzählt hat mir das eine Frau, die sie nicht umgebracht haben. Sie ließen sie leben. Sie war erst vor drei Tagen niedergekommen. Als die Soldaten in ihr Zimmer traten, hielt sie ihnen das kleine Geschöpf entgegen und rief, wenn ihr wollt dann bringt mich um, mit meinem Kind. Irgendwie, vielleicht ...irgendwie trauten sie sich wohl nicht. Sie sagte, ich bin erst vor drei Tagen niedergekommen. Das Geschöpf ist grade erst geboren. Aber wenn ihr wollt, bringt mich um, bringt mich doch um. Denn sie suchten nach ihrem Mann. Diese Frau hat mir das erzählt. Sie haben die Kinder getötet. Erschossen mit dem Maschinengewehr.

Das ist ein Ausschnitt davon, was in meinem Dorf passiert ist. In anderen Ortschaften passiert das gleiche. Sie gehen in die Häuser,

massakrieren die Menschen, verbrennen die Häuser oder sie verbrennen den Mais. Sie schütten Benzin über den Mais. Sie tun das, damit die Bauern keine Nahrungsmittel mehr haben. Die Furcht ist sehr groß bei den Menschen. Viele im Quiché sind einfach verschwunden. Menschen, die mit nichts was zu tun hatten.

Ich habe einen Freund hier in der Hauptstadt. Der ist Kaufmann. Er fuhr vorige Woche nach Hause. Er hatte 2.000 Quetzales bei sich. Die Polizei hielt den Bus an und untersuchte alle Mitreisenden. Den Mann holten sie raus und erschossen ihn mit dem Maschinengewehr, aus dem einfachen Grunde, weil er ein Bündel mit Geldscheinen bei sich trug. 2.000 Quetzales. Sie meinten, es sei möglich, daß das Geld für die Guerilla bestimmt sei. Deshalb erschossen sie ihn.
Frage: Vor dem Bus?

M.: Vor dem Bus! Das war in Los Encuenteros. Der Mann war nicht organisiert. Ein Neutraler könnte man sagen. Er arbeitete weder mit dem Feind zusammen, noch mit uns. Wir waren sehr gute Freunde. Er hieß Martin Vincente. Wir hörten das, als sein Kadaver auftauchte. Einer, der mit ihm zusammen gefahren war, hat uns das alles erzählt. Einfach nur aufgrund der Tatsache, daß er Geld bei sich trug., brachten sie ihn um.. Holten ihn einfach aus dem Bus und erschossen ihn.. Das ist die Repression. Aber das hat auch zur Folge, daß sich das Volk immer mehr erhebt. Z.B. in meinem Dorf: die Informanten der Armee sind ja oft die Leute aus dem Dorf selbst. Sie beobachteten und geben die Informationen an die Armee weiter. Ohne diese Informationen würde bei der Armee viel weniger laufen. Aber die Leute werden vom Volk gerichtet. Es gibt immer weniger. Wen man erkennt, der wird von den compañeros gerichtet. Die, die das Haus denunziert hatten, in dem dann später die Kinder getötet wurden, die sind mittlerweile hingerichtet worden von den Compañeros.

Frage: Was machen denn die Leute, wenn jemand aus dem Bus geholt wird und umgebracht wird, so wie der Händler?

M.: Sie kriegen es mit und es tut ihnen leid. Was sollen sie tun. Was das Volk jetzt verlangt, das sind Waffen. Wenn man mit den Leuten politisch diskutiert über die Situation der Ausbeutung, dann hört man immer wieder, daß sie nicht einmal ihre Grundbedürfnisse decken können. Es ist ganz offensichtlich, wie arm wir sind. Wir sind uns bewußt, daß wir ausgebeutet werden von den Reichen. Wir fragen uns, wie wir das weiter aushalten sollen. Die Compañeros in anderen Organisationen denken immer mehr darüber nach, wie sie es schaffen können, das Volk in absehbarer Zeit zu bewaffnen. Denn wir wissen, hier in Guatemala werden wir siegen. Wir werden siegen auf dem Wege des bewaffneten Kampfes. Menschen, die dazu bereit sind, haben wir genug. Ich kann dir sagen, in den Bergen sind Jungen vom 11,12,13 Jahren, Kinder. Sie haben zu den Waffen gegriffen. Sie haben ihre Entscheidung gefällt und haben eine große Bereitschaft zu kämpfen. Das ist unser großer Vorteil.

Frage: Wie steht es mit der Unterstützung aus dem Ausland? Gibt es Verbindungen zu Nicaragua oder Kuba? Unterstützen sie euch?

M.: Das wissen die compañeros, die zuständig sind für die Außenbeziehungen besser. Aus dem wenigen, was ich weiß, kann ich sagen, ja, es gibt Unterstützung. Solidarische Unterstützung von anderen Ländern. Von Kuba, Nicaragua, ich glaube auch von Vietnam. Aber ich weiß wenig darüber. Aber ich glaube auch, in der letzten Zeit hat die Unterstützung etwas nachgelassen. Seit dem Regierungsantritt von Reagan. Er hat den Ländern gedroht, wenn sie weiter den Kampf in Guatemala unterstützen, dann wird er geeignete Maßnahmen dagegen ergreifen. (Anm. des Übersetzers: Zum Zeitpunkt hat der neue amerikanische Botschafter erklärt, es würde eine Verstärkung der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Regierung stattfinden.)

MEXICO

PSUM: Vereinigte Linke?

Nun "stehen" sie, die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Juli '82. Wir berichteten bereits über den Kandidaten der Regierungspartei PRI, Miguel de la Madrid (LN 97). Sechs Parteien stehen nunmehr zur Wahl, ein Rekord in der über 50-jährigen Geschichte der PRI, die sich in diesem Spektrum als gemäßigt fortschrittliche Kraft der Mitte darstellen kann.

Die »Reforma Política«

In den letzten zwei Jahrzehnten hat der Vertrauensschwund der mexikanischen Öffentlichkeit in das politische System des Landes ein für die PRI besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Die Wahlhaltungen hatten in den 70-er Jahren die 50%-Marke erreicht. Unter Präsident Luis Echeverría (70 - 76) wurde deshalb die "Politische Reform" eingeleitet, die nach seinen Worten "versucht, eine größere Anzahl von Bürgern und sozialen Kräften in den institutionellen politischen Prozeß zu integrieren." Der derzeitige Präsident López Portillo hat dieses Projekt fortgeführt, das darin besteht, einerseits die politischen Freiheiten zu erweitern und so eine höhere Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen, und andererseits in der Wiedererlangung einer öffentlichen Unterstützung zur Legitimation der politischen Aktivitäten, sowie der Erneuerung der Formen der politischen Kontrolle insbesondere gegenüber der Arbeiterschaft. Die "Politische Reform" ist jedoch auch eine Antwort des Staates auf den politischen Druck der mexikanischen Arbeiterschaft, sie ist ein Erfolg der Klassenkämpfe der letzten Jahre. Diese Dialektik der sozialen Bewegungen sowie der notorische Mißbrauch der politischen Mandate in diesem Lande erklären zum Teil das gesplante Verhältnis der Bevölkerung und insbesondere der Linken zum Parlamentarismus.

Zu den Wahlen im kommenden Jahr stellen sich außer der PRI:

- Partido de Acción Nacional (PAN), konservativ, nach beachtlichen Wahlerfolgen (1973: 15%) derzeit in der Krise, mit ihrem Kandidaten Pablo Emilio Madero.
- Partido Demócrata Mexicano (PDM), eine mittlerweile verkümmerte reaktionäre Bewegung, die aus den "Sinarquistas" (einer christlichen, antireformistischen Bewegung der 30-er Jahre) hervorgegangen ist und bestenfalls der PAN einige Stimmen abnehmen dürfte. Ihr Mann: Ignacio Gonzales Gollanz.
- Partido Socialista de los Trabajadores (PST), eine "linke" Splitterpartei, offensichtlich von PRI finanziert, die sich bereits in regionalen Konflikten als Spalter hervorgetan hat, mit Cándido Díaz Cerecedo.

- Unión Obrera, Campesina y Popular unter der Führung der trotzkistischen Partido Revolucionario de los Trabajadores (PRT), mit der Kandidatur von Rosario Ibarra de la Piedra (bisher bekannt durch ihre Arbeit im 'Nationalen Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und Exilierten' - vgl. LN 79).
- Partido Socialista Unificado de México (PSUM), Mexikos neueste Partei, entstanden aus dem Zusammenschluß der marxistischen Parteien mit der Kandidatur des ehemaligen Führers der Partido Comunista Mexicano (PCM), Arnoldo Martínez Verdugo.

Das derzeit geltende Wahlgesetz schreibt vor, daß die kandidierenden Parteien sich mindestens ein Jahr vor der Wahl registrieren lassen müssen. Zu den kommenden Wahlen dürften somit keine weiteren Parteien zugelassen werden. Die PSUM übernimmt die Registrierung der PCM.

Die PJM—eine PCM im neuen Gewande?

Am 7.11. löste sich die PCM auf, um mit vier anderen marxistischen Gruppen in der PSUM aufzugehen. Diese Gruppen bzw. Parteien sind zum Teil frühere Abspaltungen der PCM, und mit der 'Reinigung' hat sich die "eurokommunistische Tendenz der PCM" durchgesetzt" (Die Neue, 17.10.81). Arturo Cantú schrieb am 20.8. in der mexikanischen Tageszeitung "unomásuno": "Die PCM, die Jahre lang in der Bedeutungslosigkeit und Unfähigkeit versunken war, scheint nun endlich mit ihrem alten Gewand auch ihr straktes, absonderliches und phantomhaftes abgeworfen zu haben. Mit seinem Verschwinden scheint die PCM geboren." Die "Linkskoalition" ist in Mexiko kein absolutes Novum. Frühere Bestrebungen wurden nicht in die Tat umgesetzt, es waren meist kurzfristige Zweckbündnisse, aber sie haben Erfahrungen hinterlassen. Diese Bestrebungen mildern das allgemeine Phänomen der Abspaltung der Linken, der nach dem ersten außerordentlichen Kongreß der PCM 1940 in Erscheinung trat. Seitdem provoziert der straffe Führungsstil dieser Partei den Ausschluß einer großen Anzahl von Funktionären, die kurz- bzw. mittelfristig nach ihrem Ausschluß Bewegungen gründeten, die zum Teil in einem vehementen Gegensatz zu der alten PCM standen.

Die Tendenz zur sozialistischen Einigung machte sich zuerst bei den Wahlen von 1952 bemerkbar, als eine breite Oppositionskoalition zur Debatte stand: neben der "Federación de Partidos del Pueblo Mexicano", "Partido de la Revolución Mexicana" und "Partido Constitucionalista" waren drei marxistische Gruppen dabei: "Partido Comunista Mexicano", "Partido Popular" (deren Abspaltung, die PPM mehr Teil des PSUM ist) und "Partido Obrero Campesino Mexicano" (deren Nachfolger MAUS ebenfalls im PSUM ist). Die Allianz wurde damals nicht verwirklicht, aber die Anfänge waren gemacht.

1958 wurde ein zweiter Versuch gemacht, der sich jedoch darauf reduzierte, daß die POCM die Kandidatur der PCM unterstützte. 1961 wurde der "Movimiento de Liberación Nacional" konstituiert, eine außerparteiliche Bewegung, die zwar als linkes Diskussionsforum fungierte und in gewisser Weise 1964 am Entstehen des "Frente Electoral del Pueblo" beteiligt war, in der aber nie die organisatorische Einheit der linken Gruppen zur Diskussion stand.

1970 kandidierte kein Linker bei den Wahlen. Die Krise von 1968 und die Inhaftierung vieler Funktionäre waren ein Hindernis unter

Anderen. 1976 kandidierte Valentin Campa, getragen von der PCM, dem "Movimiento de Organización Socialista", "Partido Socialista Revolucionario" und der trotzkistischen "Liga Socialista". Es war die "Kleine Linkskoalition", der Anfang des breiten Zusammenschlusses, der sich für die Bundeswahlen 1979 konstituieren sollte.

PCM, PPM, MAUS und PSR bildeten bei diesen Wahlen die "Linkskoalition". Die relativ starke trotzkistische "Partido Revolucionario de los Trabajadores" liebäugelte ebenfalls mit dem Bündnis, blieb ihm jedoch fern.

Im August sickerte die Nachricht durch, daß die "Linkskoalition" sich mit der (nach der PCM) zweitgrößten Partei, "Partido Mexicano de los Trabajadores" zusammenschließen würde, der "wahrscheinlich wichtigsten Entwicklung innerhalb der von Präsident Lopez Portillo 1976 eingeleiteten Politischen Reform" (LAWR 81 - 34).

Ein im August veröffentlichter Programmentwurf sollte die Gemeinsamkeiten umreißen. "Dieses Dokument, eher eine Sammlung von Grundsätzen als ein Regierungsplan, fordert 'Soziale Gerechtigkeit', 'Land und Freiheit für die Bauern', 'Demokratisierung' und 'Verteidigung der Nationalen Souveränität' - alles Schlagworte, die genauso zum Vokabular der PRI gehören, ganz zu schweigen von den mexikanischen Bankiers und Geschäftsleuten. (...) Solche moralischen Ermahnungen werden kaum die zutiefst zynische mexikanische Wählerschaft ansprechen." (LARR 81 - 08)

Die "Linkskoalition" umwarb die PMT, indem sie ihrem Führer Heberto Castillo die Präsidentschaftskandidatur anbot. Am 20. Oktober äußerte Castillo noch gegenüber der Zeitschrift "El Día", daß die Fusion eine Tatsache sei, daß es kein Zurück mehr gebe. Wie aus heiterem Himmel zog sich die PMT dann am 23. Oktober "angesichts der Unmöglichkeit, die Differenzen von zwei unterschiedlichen linken Projekten zu überwinden", aus den Gesprächen zurück. Castillo monierte die zu starke marxistische Ausrichtung: "Wir strebten eine andere Partei an - weder eine PCM noch eine PMT -, die diejenigen anziehen sollte, die bisher nicht politisch aktiv sind: die Marginalisierten, die Unwissenden, die Mehrheiten."

Neben den Differenzen über Namen und Symbole (angesichts des lädierten Images der PCM sprach sich Castillo gegen die Verwendung von Hammer & Sichel und gegen die Verwendung der Wörter "sozialistisch" oder "kommunistisch" im Namen der Partei aus) gab es Dissens über die Struktur: PMT trat für eine Leitung, bestehend aus einem Generalsekretär und 40 Mitgliedern, während die anderen Gruppen auf 6 Generalsekretäre und 54 Mitgliedern bestanden. In der Strukturdebatte wurde so die Ernsthaftigkeit fraglich, mit der sich die einzelnen Gruppen dieser Fusion unterwerfen.

Nach dem Ausstieg der PMT konnte die alte "Linkskoalition", bereichert durch eine kleine Gruppe namhafter Gewerkschafter und Intellektueller, "Movimiento de Acción Popular" nunmehr mit den alten Symbolen die neue Partei gründen.

Fünf Mäuse ergeben noch keine Katze

Nichts weist darauf hin, daß der Zusammenschluß mehr als nur eine größere Partei ergeben hat, die jedoch gleichermaßen isoliert von den relevanten Kräften - den Arbeitern und Bauern - bleibt, auf die sich Sozialisten eigentlich beziehen.

Vertreter der Stadtteilbewegungen in Mexiko stehen der neuen Partei zunächst abwartend gegenüber. Einerseits befürworten sie den Zusammenschluß und betrachten ihn als Ausdruck des Willens der Linken, "die ihnen im Klassenkampf zustehende Rolle einzunehmen". Es muß eine Einheit geben, "aber nicht des Überbaus, sondern der Basis". Sie können aus Erfahrung nur davor warnen, daß sich die Aktivitäten der Gruppen im Wahlkampf erschöpfen, daß sie ihre Wahlversprechungen auch einhalten mögen, denn viele linke Gruppen würden "das Volk betrügen".

Quellen:

- Octavio Rodríguez Araujo, La Reforma Política y los Partidos en México. Mexico (Siglo XXI Editores) 1979.
- Proceso, Unomásuno, El Día



Streik bei VW-Mexiko

12-tägiger Streik beim mexikanischen VW-Werk in Puebla

Volkswagen ist der größte westdeutsche multinationale Konzern. An seinem Aktienkapital ist sowohl der Bund beteiligt als auch das Land Niedersachsen. Im Aufsichtsrat von VW sitzen zwar die Spitzenfunktionäre der IG Metall, aber nichtsdestotrotz hat das Unternehmen eine Vorliebe für Zwangsniederlassungen in Ländern, deren Regierungen mit brutaler Repression antworten, wenn Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Rechte fordern. (Brasilien, Süd-afrika)

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Berichte der mexikanischen Wochenzeitschrift *ForEsto*, die folgendes Bild vom Streik der mehr als 10 000 Arbeiter bei VW Puebla ergeben:

Am 10. Oktober dieses Jahres wählten die Mitglieder der "Unabhängigen Gewerkschaft der Arbeiter von Volkswagen SITPV (Sindicato Independiente de Trabajadores de la Volkswagen) erneut Alfredo Hernández Loaiza an die Spitze des Exekutivkomitees ihrer Gewerkschaft.

Gar nicht einverstanden mit dieser Wiederwahl war Juan Ortega Arenas, Boß des formal vom mexikanischen Staat unabhängigen Gewerkschaftsbundes UOI (Unidad Obrera Independiente=Unabhängige Arbeitereinheit), dem die Betriebsgewerkschaft von VW seit längerer Zeit angehörte.

Ortega Arenas ist nicht sehr beliebt bei den VW-Arbeitern, denn sie haben viel an ihm zu kritisieren: z.B. daß er Eigentümer eines Bauunternehmens ist, das Aufträge zum Bau von Wohnungen für VW-Arbeiter in schlechter Qualität aber für viel Geld ausführt; daß er den ungerechtfertigten Entlassungen hunderter Arbeiter aus anderen Firmen zugestimmt hat, usw.

Ex-KP Mitglied Ortega Arenas ist eine typische Figur aus der mexikanischen Gewerkschaftsbürokratie. Trotz seiner wohlwollenden Rücksichtnahme auf die Interessen von Firmen wie VW führt er ständig mit dem Munde radikale Attacken: gegen den Kapitalismus, gegen den Staat, gegen den Imperialismus und gegen die Bonzen. Die Arbeiter von VW nennen ihn selbst "El Pontífice charro" - den Bonzenpapst.

Um das von den Arbeitern gewählte Gewerkschafts-Komitee zu Fall zu bringen wurde eine Reihe von Repressalien entfaltet, die am 22. Oktober ihren Höhepunkt erreichten: eine etwa 400 Mann starke Bande von bewaffneten Schlägern betrat das Werksgelände und versuchte die Belegschaft einzuschüchtern. Die Arbeiter wurden beleidigt, mit Maschinenpistolen bedroht und geschlagen. Der ebenfalls bewaffnete Werksschutz unterstützte die Provokation indem er einerseits den Schlägern ungehinderten Zutritt erlaubte, andererseits durch Schließen der Werkstore die Arbeiter daran hinderte das Gelände zu verlassen. Es scheint offensichtlich, daß die Aktion vorher zwischen Ortega Arenas und dem Unternehmen abgesprochen worden ist.

Am 2. November traten die Arbeiter aus Protest in den Streik. Während des Streiks konnte die Schlägerbande, die vorher die Provokation durchgeführt hatte, von der Polizei völlig unbehelligt eine Versammlung in der Stadt abhalten, auf der offen zur Gewalt gegen die Streikenden aufgefordert wurde. Doch aufgrund ihrer Geschlossenheit und der Solidarität anderer Gewerkschaften konnten sich die Streikenden schließlich durchsetzen.

Am 10. November veranstaltete die SITPV gemeinsam mit anderen Gewerkschaften eine Demonstration in der Hauptstadt, an der sich 50 000 Menschen beteiligten. Auf diesen massiven Protest hin entsandte zwei Tage später das "Sekretariat der Arbeit" 23 Inspektoren zur Überwachung einer neuen Gewerkschaftswahl nach Puebla. Die neue Wahl bestätigte ganz klar das zuerst gewählte Komitee und dessen Vorsitzenden. Damit war der Streik gewonnen. Zwischen dem neu wiedergewählten Generalsekretär der inzwischen aus der UOI ausgetretenen VW-Gewerkschaft und der Unternehmensleitung wurden folgende Abmachungen zur Beendigung des Streiks ausgehandelt: Niemand wird entlassen. Die Firma bezahlt 50% der durch den Streik ausgefallenen Löhne. Die Belegschaft gleicht den entstandenen Produktionsausfall durch Mehrarbeit bis zum Ende des Jahres aus (Überstunden, Sonderschichten, Doppelschichten).

Die besondere Bedeutung des Streiks liegt in seinem Charakter als politischer Streik zur Durchsetzung immergewerkschaftlicher Demokratie - gegen die Vorherrschaft völlig korrupter Gewerkschaftsbürokraten, deren Funktion darin besteht mit Hilfe scheinradikaler Propaganda in Wirklichkeit die Demobilisierung und Desorganisation der mexikanischen Arbeiterklasse zu betreiben.

ARGENTINIEN

Die Diktatur in der Krise

Wenn diese Ausgabe der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN unsere Leser erreicht, wird das politische Schicksal des derzeitigen argentinischen Diktators höchstwahrscheinlich entschieden sein: es ist zu erwarten, daß er das Ende des ersten Jahres seiner Amtszeit als Präsident Argentiniens nicht erleben wird. Das Scheitern seiner Wirtschaftspolitik, wachsende Unzufriedenheit innerhalb des Militärs mit seinem politischen Kurs und die immer schärfere Kritik der politischen Opposition und neuerdings auch des konservativen argentinischen Klerus haben zu einer Situation geführt, in der man mit seiner baldigen Ablösung durch einen anderen General rechnen muß.

Der Marsch für Frieden, Brot und Arbeit

Am 7. November fand in Buenos Aires eine große Demonstration der Gewerkschaften statt - der MARSCH FÜR FRIEDEN, BROT UND ARBEIT, zu dem die illegale peronistische Dachgewerkschaft CGT aufgerufen hatte. Die Demonstration richtete sich gegen die nun schon fast sechs Jahre währende Suspendierung der verfassungsmäßigen Rechte, gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die wachsende Arbeitslosigkeit, sowie gegen die Praxis des Verschwindenlassens politischer Oppositioneller. Die Teilnehmer forderten die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung und bezogen ihren Willen, für Frieden, Brot und Arbeit zu kämpfen.

Die Demonstration wurde von einigen Parteien, vor allem von der "Multipartidaria", der Koalition von fünf Parteien - der auch die Peronisten angeschlossen sind -, und den beiden Menschenrechtsorganisationen "Ständige Versammlung für die Menschenrechte" und "Dienst für Gerechtigkeit und Frieden" des Friedensnobelpreisträgers Perez Esquivel unterstützt. Der Vorsitzende der argentinischen Bischofskonferenz, Kardinal Primatesta, erklärte, der Marsch sei vollkommen berechtigt und habe einen pazifistischen Charakter.

Die Unterstützung der Kirche für die Ziele der Demonstration kam auch darin zum Ausdruck, daß sie mit einer Messe in der Kirche von San Cayetano begann. San Cayetano ist der Schutzheilige der Arbeit, und an jedem siebten des Monats pilgern viele Menschen zu dieser Kirche, um um Arbeit zu beten. An diese Tradition knüpfte die Demonstration der CGT an.

Nach dem Gottesdienst, an dem auch General Liendo, der argentinische Innenminister, als geladener Gast teilnahm, machten sich die Teilnehmer auf den Weg ins Stadtzentrum. Die Angaben über die Zahl der Demonstranten schwanken zwischen 10 000 (so die Polizei) und 50 000 (so die CGT und die mexikanische Zeitung El Día). Während der Demonstration wurde immer wieder der Slogan gerufen: "Se va a acabar, se va a acabar la dictadura militar" (Sie wird aufhören, sie wird aufhören die Militärdiktatur) und "Freiheit! Freiheit!"

Für die CGT ist die Demonstration ein wichtiger Erfolg, weil sie trotz des am Tag zuvor ausgesprochenen Verbots durchgeführt werden konnte und viele Menschen teilnahmen. Dagegen konnten die Aktionen, zu denen die peronistische Partei und die Gewerkschaften zum 17. Oktober - dem peronistischen Jahrestag - aufgerufen hatten nach einem Verbot durch die Behörden praktisch nicht durchgeführt werden. Die Tatsache, daß die Kirche an der Demonstration durch die Messe am Anfang indirekt be-

teiligt war, mag dazu beigetragen haben, daß Polizei und Militär nicht eingriffen.

Kritik der Bischofskonferenz

Die Unterstützung der Ziele des MARSCHES FÜR FRIEDEN, BROT UND ARBEIT ist nur eines der Anzeichen dafür, daß die sehr konservative argentinische Bischofskonferenz, die das Militär offen unterstützt, in den letzten Monaten verstärkt Kritik an dem politischen und wirtschaftlichen Kurs des Regimes übt. Schon im Mai hatte sie ein Dokument veröffentlicht, das sich kritisch mit der wirtschaftlichen Situation des Landes auseinandersetzt. Am 14. November stellten die Bischöfe nach ihrer Vollversammlung ein neues Dokument vor, das "Nationaler Wiederaufbau und moralische Ordnung" heißt und die Kritik vom Mai wiederholt und verstärkt.

Das Dokument benennt zunächst die drängendsten wirtschaftlichen Probleme (Inflation, Rückgang der industriellen Produktion, zu niedrige Löhne, unerschwingliche Preise, Spekulation u.ä.) und erklärt, diese Probleme seien zwar Menschenwerk, hätten ihre wahre Ursache aber in der Sünde; eine wirkliche Lösung sei deshalb nur durch eine "moralische Umkehr" zu erreichen. Darauf folgt dann die Aufforderung an die Regierung: "Es ist dringend notwendig über Maßnahmen zu entscheiden, die den quälenden Umständen, die wir genannt haben, ein Ende bereiten. Dazu muß jeder entsprechend seinen Pflichten und Fähigkeiten beitragen, besonders aber die Behörden ..." Zustimmend zitiert das Dokument die Enzyklika "Laborem Exercens" von Papst Johannes Paul II, in der die Arbeitslosigkeit als ein "soziales Unglück" bezeichnet wird. "Wir müssen darauf hinweisen, daß jede wirtschaftliche Lösung, wenn sie - wenn auch nur vorübergehend - den Menschen als Zentrum und Ziel allen wirtschaftlichen Handelns zur Seite schiebt, keine christliche und menschliche Lösung ist ..." Zum Schluß benennen die Bischöfe "auch auf die Gefahr hin, uns zu wiederholen, die angsterfüllte Situation der Angehörigen der Verschwundenen, ... das Problem derjenigen, die weiterhin ohne Prozeß inhaftiert sind, oder sich nach Verbüßung ihrer Haftstrafe auf unbegrenzte Zeit in Beugehaft befinden, ... den Schmerz der Opfer des Terrorismus und der Subversion" (letzteres darf natürlich um der Ausgewogenheit willen nicht fehlen!) . Und weiter: "Die Kirche drückt durch ihre Hirten noch einmal ihre besondere Solidarität mit denen aus, die unter Angst oder Unsicherheit leiden, die keine Arbeit haben und mit all jenen, die die gegenwärtige Krise unter besonders harten Bedingungen ertragen müssen." (Clarín, 9.-15.11.) Die Kommentatoren der argentinischen Zeitungen bezeichnen diese Erklärung der Bischofskonferenz als eine offene Kritik an der Politik der Militärregierung, die besonders auffällt, weil sie in einem Augenblick starker innenpolitischer Spannung veröffentlicht wurde.

Violas politische Herzkrankheit

Diese politischen Spannungen wurden verstärkt durch die Einlieferung von Präsident Viola in ein Krankenhaus am 9. November wegen eines Herzleidens. Seither reißen die Spekulationen nicht ab, ob Viola überhaupt wieder in die Casa Rosada, das Regierungspalast in Buenos Aires zurückkehren wird - weniger, weil man um seine Gesundheit fürchtet, sondern weil das Gerücht geht, seine Krankheit habe politische Ursachen. Die Wirtschaftspolitik unter seinem Wirtschaftsminister Sigaut, der den Kurs seines Vorgängers Martínez de Hoz nur halberzig zu korrigieren versuchte, indem er den von Bankrotten bedrohten nationalen Unternehmen Kredite zur Abzahlung ihrer überfälligen Schulden versprach (vgl. LN 96), ist gescheitert: die nationale Industrie hat wieder einmal einen Rekord an Konkursen zu verzeichnen, die Inflation ist in diesem Jahr wieder auf über 100% gestiegen, die Schulden Argentiniens im Ausland sind nicht durch Devisenreserven gedeckt, die Reallöhne sind erneut gesunken und mit ihnen die Kaufkraft, usw. Ein Teil des Militärs ist mit Violas zaghaften Versuchen, zu einem "politischen Dialog" mit den Parteien zu kommen, nicht einverstanden - er geht ihnen bereits zu weit. Dies zeigte sich, als Ex-Innenminister General Harguindeguy erklärte, daß auch 1984 der Nachfolger Violas auf jeden Fall vom Militär bestimmt würde. Gleichzeitig aber haben sich die oppositionellen Parteien einen etwas breiteren politischen Spielraum erkämpft und kritisieren die Politik des Militärregimes immer offener. Damit

hatte Viola praktisch alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen gegen sich: die Unternehmerverbände, Teile des Militärs, Teile der Landwirtschaft, die politischen Parteien und die Gewerkschaften sowieso. Unter diesen Bedingungen nimmt es nicht wunder, daß sich bereits seit einigen Wochen ein möglicher Nachfolger gemeldet hat.

Als Nachfolger von General Viola hat sich General Leopoldo Fortunato Galtieri, der derzeitige Oberkommandierende des argentinischen Heeres, aufgebaut. Außer der Tatsache, daß er als Chef der wichtigsten Waffengattung traditionsgemäß als Militärpräsident in Frage kommt (Viola und Viola waren vor ihrer Präsidentschaft ebenfalls Heeresoberbefehlshaber), verfügt Galtieri auch über die publizitätsträchtige Unterstützung der US-Regierung. Als Galtieri aus Anlaß der Tagung der lateinamerikanischen Streitkräfte in Fort McNair in den USA war, verstieg sich der Sicherheitsberater Reagans, Richard Allen, zu der Behauptung, Galtieri sei eine "majestätische (!) Persönlichkeit"; Kriegsminister Weinberger sekundierte mit der Meinung, Galtieri sei ein "General, der beeindruckt".

General Galtieri, der als einer der "Falken" innerhalb der argentinischen Streitkräfte gilt, veranlaßte mit seinen ausweichenden Erklärungen über seine Ambitionen selbst ausgesprochen militärfreundliche Zeitungen zu ironischen Kommentaren. Als er der Presse erklärte, "Gott" und "die Argentinier" und "die, die darüber zu entscheiden haben" würden die Nachfolge Violas bestimmen, kommentierte LA NACION: "General Galtieri hat zwei neue Elemente in die Bestimmung des Nachfolgers von Viola eingeführt. Das eine ist Gott - ein omnipräsentes Element -, das andere sind die Argentinier, die bisher im Prozeß der Wahl des neuen Amtsträgers keineswegs alle anwesend und beteiligt waren, in diesem Prozeß, der bisher - wie man die ganze Zeit sagte - ausschließlich der Militärjunta vorbehalten war." (La Nación, 28.10.) Unterdessen sind Gott und die Argentinier aus dem Spiel: die Junta entscheidet doch wieder allein.

Nachdem Viola nach einer Verschlimmerung seines gesundheitlichen Zustandes seine Amtsgeschäfte vorübergehend dem Innenminister General Liendo übergeben hatte, trat die Junta zusammen, um über die politischen Alternativen zu entscheiden. Bis spätestens 17. Dezember wird die Entscheidung über die drei zur Debatte stehenden Möglichkeiten gefallen sein: 1) Viola wird gesund und übernimmt wieder die Amtsgeschäfte (unwahrscheinlich); 2) es stellt sich schnell heraus, daß er auf absehbare Zeit nicht ins Amt zurückkehren kann; dann übernimmt Galtieri so schnell wie möglich die Präsidentschaft, ohne aber seinen Posten als Oberkommandierender des Heeres vorher abzugeben, wie es seine beiden Vorgänger getan haben; 3) Viola tritt "aus Gesundheitsgründen" zurück; dann bestimmt die Junta nach dem 17. Dezember in einer "regulären" (d.h. innerhalb des politischen Prozesses der Militärs regulären Prozeß) Wahl den Nachfolger. Der 17. Dezember ist deshalb ein wichtiges Datum, weil dann der Nachfolger Galtieris im Amt des Oberkommandierenden des Heeres seinen Platz in der Junta der Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen einnehmen wird. Dann ist der Nachfolger Galtieris im Amt des Oberkommandierenden des Heeres seinen Platz in der Junta der Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen einnehmen wird. Dann ist die Junta vollständig neu besetzt, da die Luftwaffe und die Marine bereits turnusmäßig neue Oberbefehlshaber haben, die dann Mitglieder der Junta sind.

Wenn also Viola vorzeitig abgelöst wird, ist Galtieri mit großer Sicherheit sein Nachfolger. Da er zu den "harten" Militärs gerechnet wird, ist eine Verschärfung der Repression und eine Verengung des derzeitigen politischen Spielraums zu befürchten. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gilt er als Anhänger des neoliberalen Kurses, wie ihn der frühere Wirtschaftsminister Martínez de Hoz verfolgte; Beobachter erwarten, daß unter einem Präsidenten Galtieri die halberzogenen Versuche des derzeitigen Wirtschaftsministers Sigaut zur Rettung der nationalen Industrie vor dem totalen Bankrott aufhören werden.

Außenpolitisch wird Galtieri sicher die Politik der USA in Mittelamerika rückhaltlos unterstützen. Auf der Novembersitzung der lateinamerikanischen Streitkräfte in Fort McNair erklärte er: "Argentinien und die USA werden in diesem ideologischen Krieg, der in der ganzen Welt entfesselt wird, gemeinsam marschieren." (El Día, 9.11.1981) Aber offensichtlich geht es nicht nur um einen ideologischen Krieg, sondern um einen ganz realen Krieg in Mittelamerika. Die argentinischen Militärs, die bereits "Berater" in El Salvador stationiert haben, boten dem Regime

wiederholt Waffenhilfe an. Auf der genannten Konferenz der lateinamerikanischen Streitkräfte wurde die Möglichkeit beraten, den revolutionären Prozeß in El Salvador durch die Intervention einer Truppe - bestehend aus Angehörigen der Streitkräfte von Honduras, Guatemala, Chile und Argentinien - zu beenden. (El Día, 9.11.)

QUELLEN: El Clarín (Buenos Aires), El Día (Mexico), Latin America Weekly Report, Latin America Regional Report / Southern Cone (London), La Nación (Buenos Aires)

1976 - 1981: Folgen der Neoliberalen

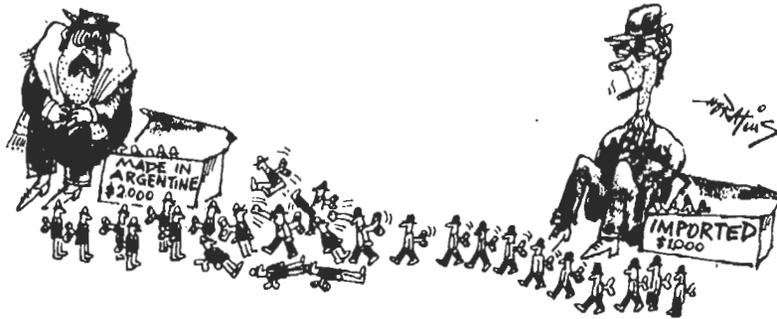
Das argentinische Militärregime hat mit seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik das Land in eine schwere Krise gestürzt. Man muß sich fragen, welche dauerhaften wirtschaftlichen Tendenzen in den vergangenen fünf Jahren initiiert wurden, wer von der Wirtschaftspolitik profitiert und wer die Leidtragenden sind. Außerdem stellt sich die Frage, welche alternativen Projekte von oppositionellen gesellschaftlichen Gruppen angeboten werden. Im folgenden Artikel wollen wir diesen Fragen versuchen nachzugehen.

Die Hauptleidtragenden der argentinischen Wirtschaftspolitik unter der Militärdiktatur sind die Lohnabhängigen. Ein Indiz dafür ist, daß der Anteil der abhängigen Einkommen am gesamten Nationaleinkommen (Lohnquote) nach dem Militärputsch drastisch abnahm: 1975 hatte die Lohnquote mit 49,3% einen Höchststand erreicht; sie sank dann auf 30,8% (1977) und stieg bis 1980 wieder leicht an auf 34% - ohne allerdings je wieder den Stand von vor dem Putsch wieder zu erreichen.

Das bedeutet, daß in dieser Zeit ein Einkommensumverteilungsprozeß zugunsten der Kapitalbesitzer stattgefunden hat. Dieser Unverteilungsprozeß der Einkommen führte bei den Kapitalbesitzern zu einer Ansammlung von Geldvermögen, das aber nur zu einem geringen Teil in produktiven Investitionen angelegt wurde. Die Gelder flossen offensichtlich in Spekulationsgeschäfte, insbesondere in Finanzierungs- und Kreditgesellschaften. Diese These wird durch die Entwicklung der sektoralen Verteilung des Bruttosozialprodukts gestützt: Der Anteil der Industrie sank von 28% (1976) auf 25,4% (1980), während im gleichen Zeitraum der Anteil des Finanzsektors von 6,7% auf 8,8% anstieg. Das Spekulationskapital wurde dazu verwendet, Finanzierungsgesellschaften zu gründen, die Privatkunden Kredite zu sehr hohen Zinsen gaben (diese hohen Zinsen waren natürlich insofern nötig, als die Inflationsrate ständig über 100% betrug). Ein großer Teil der Kredite ging an Industrieunternehmen, von denen allerdings viele im Lauf der letzten Jahre bankrott machten, bzw. ihre Verbindlichkeiten infolge des schlechten Geschäfts nicht einlösen konnten. Dies führte dazu, daß die "Financieras" reihenweise ebenfalls bankrott machten, da sie zuviele Schuldner hatten, die zahlungsunfähig waren. Die Spekulation zahlte sich nur für einige wenige internationale Großbanken aus, die nicht auf die falschen Kunden gesetzt hatten.

Die genannte Abnahme des Anteils der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt ist eine Folge der Öffnung des nationalen Marktes für ausländische Waren. Die Branchen, die vom Import billiger Waren in ihrer Existenz gefährdet wurden, sind Nahrungsmittel-, Textil- und Bekleidungsindustrie, Leder-, Schuh- und Holzindustrie, also ein großer Teil der traditionellen verarbeitenden Industrie Argentiniens im Bereich der nicht dauerhaften Massenkonsumgütern. Der Anteil der

nicht dauerhaften Konsumgüter am Gesamtimport ist dementsprechend in den letzten Jahren gestiegen: 1970: 5,4 %, 1976: 2,0 %, 1978: 7,4 %, 1979 11,2 %, erstes Halbjahr 1980: 15,9 %.



Verteidiger des Wirtschaftsmodells behaupten nun, dies sei nur "ein Verlust der zuvor künstlich aufgeblähten Konsumgüterindustrien ... zugunsten von Kapitalgüter- und Zwischenproduktindustrien" (v. Hagen, Referat auf der Argentinien-Tagung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika-Forschung - ADLAF). Ganz eindeutig scheint dieser Trend aber doch nicht zu sein: zwar weisen die Industrien, die Investitionsgüter herstellen, hohe Investitionsraten auf, aber kein Wachstum in der Produktion dieser Güter, wie folgende Tabelle zeigt:

INDEX DER INDUSTRIEPRODUKTION

	1974	1976	1977	1978	1979	1980
Verarbeitende Industrie	112,4	100	103,2	97,1	113,6	114,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	106,3	100	95,3	92,6	98,6	103,8
Dauerhafte Konsumgüter	112,9	100	105,2	93,5	120,4	127,7
Zwischenprodukte	112,8	100	104,4	97,5	118,6	113,4

(Quelle: FIEL, zit. nach von Hagen)

Die von den Apologeten der neoliberalen Wirtschaftspolitik angeführten Erfolgsmeldungen über das Wachstum der Möbel-, Metall und Transportindustrie lassen sich - zumindest was die Transportindustrie angeht - für 1981 nicht mehr bestätigen. Die Autokonzerne haben die größten Probleme, ihre Autos zu verkaufen (vgl. LN 98) und die Produktion von Traktoren ist unter den Stand von 1960 abgesunken. Gerade die Automobilhersteller bekommen immer stärker die Folge einer Politik zu spüren, die den privaten Konsum dadurch beschneidet, daß sie die Lohnerhöhungen fast immer knapp unter der Inflationsrate hält. Eine weitere interessante Frage in diesem Zusammenhang wäre die, ob die vielgepriesenen Wachstumsbranchen nicht zumindest zu einem großen Teil im Besitz ausländischer Konzerne sind; die Frage ist leider im Augenblick aus den uns vorliegenden Informationen nicht zu

klären. Für die Autoindustrie trifft diese Behauptung zu; ein Indiz für die Richtigkeit der These ist weiterhin, daß ein großer Teil der Direktinvestitionen in den Bereich der verarbeitenden Industrie geflossen ist.

Die Neoliberalen sind der Ansicht, daß die Krise, die die argentinische Wirtschaft in den letzten Jahren durchmacht, nicht weiter schlimm ist, da sie lediglich die Begleiterscheinung einer Politik darstellt, deren Ziel ein Wert an sich ist, für den auch schwere Opfer in Kauf genommen werden müssen; dieses Ziel ist das Zurück zur "freien Marktwirtschaft": "Der mikroökonomische Kern der Politik der Militärregierung besteht letztlich genau in dem Versuch der Reprivatisierung des ökonomischen Risikos: einem Versuch der Wiedereinführung des Prinzips, daß jeder das Risiko seiner ökonomischen Handlungen selbst trägt und daß das Risiko-Ertrags-Verhältnis die Aktivitäten der Individuen lenkt ... Daß die Aufhebung der Risikozuweisung den Widerstand der zuvor Subventionierten hervorrufen würde, ist ebenso klar und trivial wie die Erwartung, daß die erforderliche Umstellung zu konjunkturellen Einbrüchen und Krisen führen würde. Das Wesentliche an der Wirtschaftspolitik seit 1976 ist der konsequente Versuch die Privatwirtschaft zu Akzeptierung des eigenen Risikos ihres Wirtschaftens zu zwingen, dessen Kollektivierung und die damit verbundene Subventionsstruktur aufzuheben." (von Hagen) Und damit die "Privatwirtschaft" ihr Risiko akzeptiert, muß die Regierung dann wenigstens dafür sorgen, daß man beim Wirtschaften nicht gestört wird, z.B. durch unbotmäßige Gewerkschaften: "Eine Politik, die die Privaten zur Übernahme von Risiken zwingen will, muß das politische Risiko der Investoren minimieren und ihre Ertragserwartungen stabilisieren." (von Hagen)

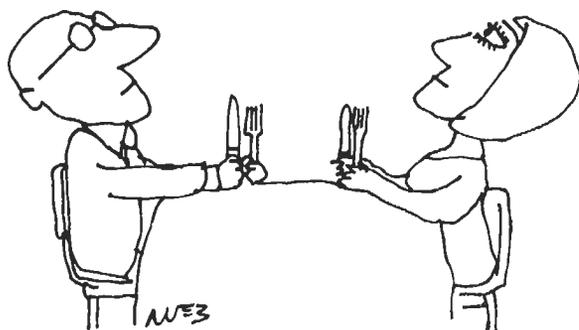
Auswirkungen auf die Lohnabhängigen

Die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur hat es bisher nicht erreicht, die argentinische Wirtschaft durchgreifend zu "modernisieren". Dafür hat sie aber ein anderes Ziel unlegbar erreicht: die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten. Neben dem Sinken der durchschnittlichen Reallöhne nach 1976 verschlechterte auch die wachsende Zahl der Arbeitslosen die Situation der Lohnabhängigen (vgl. LN 98). Diese wachsende Arbeitslosenziffer ist nicht nur die Folge der Entlassungen infolge von Firmenzusammenbrüchen oder Verminderung der Produktion, sondern auch die Folge von Rationalisierung und Mehrarbeit der verbliebenen Arbeiter: zwischen 1976 und 1980 sank die Zahl der in der Industrie Beschäftigten um 23 %. Gleichzeitig stieg die Zahl der in der Industrie geleisteten Arbeitsstunden um 4,8 % an. Bei einigen Branchen zeigt sich dies besonders kraß:

	Veränderung in der Zahl der Beschäftigten 1976 - 1980	Veränderung in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Arbeiter 1976 - 1980
Elektroindustrie	- 21,3 %	+ -1,3 %
Keramik und Porzellan	- 17,4 %	+ 11,3 %
Gummierzeugnisse	- 11,8 %	+ 11,2 %

(zitiert nach von Hagen)

Da parallel dazu auch die Produktivität in einigen Industriezweigen angestiegen ist, heißt das, daß weniger Arbeiter heute mehr Arbeitsstunden verrichten und mehr produzieren, sich also die Ausbeutung verschärft hat.



Zwischen den verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen ist eine Differenzierung der Lohnskala zu beobachten. Die höheren Lohngruppen haben höhere Lohnzuwächse zu verzeichnen, und die Verbesserung der Löhne betraf vor allem qualifizierte Arbeiter und höhere Verwaltungsangestellte. Dieser Prozeß wird noch dadurch verstärkt, daß die Arbeiter in Unternehmen mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten und Produktivitätsfortschritten eher Realloohnerhöhungen erhielten als andere Arbeiter. Daraus läßt sich nun umgekehrt schließen, daß sich die Situation der unqualifizierten Arbeiter noch stärker verschlechtert hat, als es in den Zahlen über den Reallohnverfall ablesbar ist: die Vorteile der qualifizierten Arbeiter gleichen zumindest einen Teil des Reallohnverlust der anderen Arbeiter in der Gesamtstatistik aus.

Probleme der Gewerkschaftsbewegung

Was haben die Gewerkschaften diesem Angriff auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen entgegenzusetzen?

Die Gewerkschaften sind durch staatskommissarische Aufsicht (Intervention), restriktive Regelungen des Gewerkschaftsgesetzes von 1979 und durch das Verbot ihrer nationalen Dachgewerkschaft CGT sehr stark eingeschränkt. Die Koordination von Aktionen gegen die Wirtschaftspolitik der Militärregierung ist bis heute nur in Einzelfällen gelungen, wozu auch die ideologische Zerstrittenheit der argentinischen Gewerkschaftsbewegung beiträgt, deren beiden wichtigsten Flügel - die peronistische CGT und die regierungsfreundlicheren Gewerkschaftszentralen CNT und "Kommission der 20", die sich beide in der "Intersectorial" zusammengeschlossen haben - zwar derzeit über eine gemeinsame Vertretung beim Internationalen Bund freier Gewerkschaften (IBFG) und der Internationalen Arbeits-

organisation (ILO) verhandeln, aber sonst praktisch nicht zusammenarbeiten.

Die vielen Streiks auf Fabrikebene erfolgen ohne Koordination und werden von gewerkschaftlichen Basisgruppen geführt, die sich nicht ohne weiteres dem Führungsanspruch der Gewerkschaftshierarchie unterwerfen. Nach Ansicht des argentinischen Journalisten Bernetti (in einem Artikel in *Le Monde Diplomatique en Español*, November 1981) stellen diese Basisgruppen eine Kraft dar, die innerhalb der peronistischen Arbeiterbewegung ein Projekt der Selbstbestimmung verfolgt und ansatzweise in der täglichen gewerkschaftlichen Praxis im Betrieb auch durchsetzt. Infolge der fast vollständig fehlenden Information über derartige Vorgänge ist es uns nur möglich, diese Meinung zu referieren, ohne sie auf ihre Richtigkeit überprüfen zu können-

Danach läßt sich von hier aus feststellen, daß die argentinische Arbeiterbewegung derzeit eine Art von Zweifelsbewegung charakterisiert: einerseits die Gewerkschaftshierarchie, an der vor allem die alten Führungskader beteiligt sind, die versuchen, durch Druck oder durch Verhandlungen, bzw. durch eine Kombination von beidem, dem Regime einen größeren Spielraum gewerkschaftlichen Handelns abzugewinnen. Auf der anderen Seite gibt es die Basisorganisationen unter der Führung von Gewerkschaftern, die sich nicht mehr ohne weiteres in die alten Konfliktlinien der peronistisch orientierten Gewerkschaften einfügen; sie orientieren ihre Aktionen an der Verbesserung der unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Diese Gruppen scheinen politisch der linksperonistischen Strömung der "Intransigencia" nahestehen, die dem Regime am unversöhnlichsten gegenübersteht.

Die Opposition der Parteien

In der politischen Landschaft Argentiniens haben allerdings im Verlauf des Jahres 1981 die Gewerkschaften weniger die Initiative innegehabt als die Parteien. Mit dem Scheitern der Wirtschaftspolitik Sigauts, die das Regime einen großen Teil der Unterstützung aus Unternehmerkreisen kostete, haben die bürgerlichen Oppositionsparteien die Initiative ergriffen und mit der Gründung der "Multipartidaria" eine Koalition geschaffen, die als nicht zu übersehender politischer Faktor für die Militärs einen möglichen Dialogpartner darstellt. Langfristig dürfte das Militär ein Interesse daran haben, die politische Verantwortung für die wirtschaftliche Situation nicht länger allein tragen zu müssen und deshalb eine Beteiligung der Parteien an der Macht anstreben. Vorbedingung dafür wäre allerdings die Versicherung der "Multipartidaria", daß die Verbrechen des Militärs gegen die Menschenrechte nicht untersucht und verfolgt werden. Dies zeigt auch der gerade bekannt gewordene Entwurf für ein Parteienstatut, das die zukünftige Wiedenzulassung von Parteien regeln soll. Der Entwurf des Statuts sieht vor, daß folgende Parteien verboten bleiben: Parteien, die eine Untersuchung des "schmutzigen Krieges" gegen die Guerrilla fordern, die den "Klassenkampf und das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln" befürworten, die "die Menschenrechte und ihre Garantien verfremden (!)", die "die staatlichen Institutionen zu parteilichen Zwecken ausnutzen wollen", die internationalen Parteizusammenschlüssen angehören. Ziel des Statuts sei die Schaffung eines Parteiensystems, dem nur wenige aber große Parteien angehören. (*Clarín*, 2.-8.11.1981)

In den ersten Reaktionen haben die Parteien, die der Multipartidaria angehören, diesen Entwurf abgelehnt, aber sie werden über ihn verhandeln. Der "politische Dialog" zwischen Militär und den Parteien ist allerdings jetzt erst einmal auf Eis gelegt bis das Schicksal Violas geklärt ist, damit seinem möglichen Nachfolger keine Entscheidungen vorweggenommen werden.

Quellen: *Clarín* (Buenos Aires), *Día a Día* (Madrid), Unterlagen der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika-Forschung (ADLAF) am 30.10.-1.11.81 über Argentinien

BOLIVIEN

Die Geschichte einer Radioschule

Was eine Radioschule ist, weiß hierzulande wahrscheinlich kaum jemand. Das ist auch nicht verwunderlich. Denn während wir hier dabei sind uns durch den Mediendschungel zu schlagen, kämpfen die Menschen in Bolivien u.a. auch um ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit. Ein Recht, das seit dem García Meza-Putsch im Juli 1980 von den Militärs vollkommen außer Kraft gesetzt wurde.

In einem Land wie Bolivien, in dem fast zwei Drittel der Bevölkerung Analphabeten sind, hat die Medienlandschaft ihr eigenes Gesicht. Dabei geht es bestimmt nicht darum, die Morgenzeitung auch in der tiefsten Provinz rechtzeitig auf dem Frühstückstisch zu haben. Die einzige -permanente- Kommunikationsmöglichkeit zwischen Stadt und Land funktioniert via Äther. Eine Campesino-Familie mag noch so arm sein, ein Transistorradio besitzt sie fast immer. Daraus erklärt sich von selbst die enorme politische Rolle, die dem Medium Radio zukommt.

Wir wissen, daß die Propaganda die primitivste Form der militärischen Unterdrücker ist, ihre Herrschaft verbal zu legitimieren. Momentan geschieht dies über die "nationale Kette", in der selbstverständlich nur der Zensor das Sagen hat. Sämtliche regierungsunabhängigen Radios sind geschlossen. Der darin enthaltene politische Sprengstoff zeigte sich auch beim jüngsten Bergarbeiterstreik in Huanuni, in dem die Kumpels die Rückgabe ihrer Sender verlangten. Neben ihren gewerkschaftlichen Sendern gibt es noch diejenigen, die im "Radioschulen-Verband" (ERBOL) zusammengeschlossen sind und u.a. auch von Misereor als entwicklungspolitische Projekte gefördert werden. Eine dieser Radioschulen ist Pio XII, die im traurig-berühmten Llallagua/Siglo XX-Bergbauzentrum arbeitet. Ursprünglich von der Kirche als Gegengewicht zum (wie auch immer gearteten) Kommunismus konzipiert, erfuhr gerade Pio XII eine interessante Wandlung.

Ein Mitarbeiter unserer Redaktion sprach wenige Monate nach dem García Meza-Putsch mit dem heutigen Verantwortlichen Leiter von Pio XII. Auf diesem Gespräch beruht die folgende Selbstdarstellung über die Geschichte des Senders. Wir gingen dabei ebenfalls nach dem Prinzip vor, nach dem Pio XII arbeitet. Auf der Tür zum Aufnahmestudio haftet ein Aufkleber, den selbst die Militärs nicht abkriegen konnten. Seine Worte symbolisieren in Kurzform, worauf die Arbeit des Senders beruht: "Es ist verboten im Namen des Volkes zu sprechen. Das Volk hat das Wort".

Der christliche Sender

"Dieser Sender wurde am 1. Mai 1959 gegründet. Er gehört dem katholischen Orden der Oblaten. Als sie hier anfangen zu arbeiten, erhofften sie, auf diese Weise besonders viele Menschen zu erreichen. Die erste Priorität des Senders war damals die Verbreitung der christlichen Botschaft unter den Bergleuten, die bereits damals ihre eigenen Sender hatten.

Der erste Sender, der hier existierte, war "Radio Llallagua", früher die "Stimme des Goldes" (La voz del Oro) genannt. Dann war da noch Radio "29. Dezember", der den Bergarbeitern von Catavi gehörte, und Radio "Stimme des Bergmanns" (La voz del minero) - Eigentum der Bergarbeiter von Siglo XX. Diese beiden Sender sahen ihr vorrangiges Ziel natürlich in der gewerkschaftlichen Arbeit, die oft nach den parteipolitischen Interessen der Gewerkschaftsführer ausgerichtet war. Viele Bergarbeiter, die der Kirche nahestanden, wünschten sich einen Sender mit christlicher Ausrichtung, was den Interessen der Oblaten sehr entgegen kam.

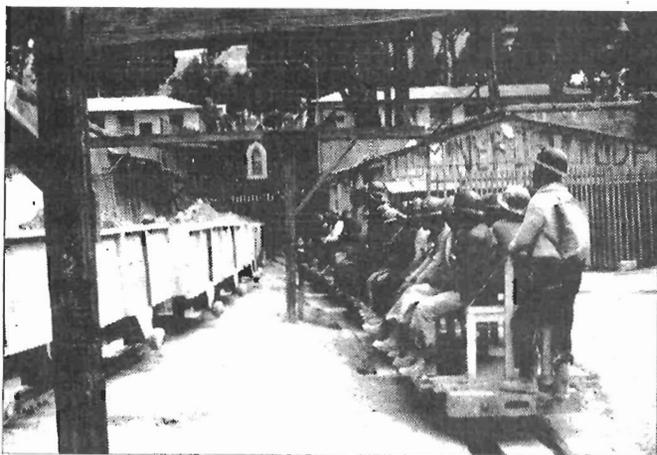
Auf jeden Fall kam der neue Sender gut an und entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einem nationalen Ausbildungszentrum für Radiojournalisten aus dem ganzen Lande. Die bedeutenden Journalisten, die heute in den Radio- und Fernsehanstalten von La Paz arbeiten, haben fast alle hier in Pio XII angefangen. Pio XII stand in keinem Fall in Konkurrenz zu den anderen Sendern. Viele Arbeiter - insbesondere trotz kommunistischer oder kommunistischer Ausrichtung - waren damals der Ansicht, der neue Sender sei gegründet worden, um den Kommunismus zu bekämpfen. Deshalb gab es in den ersten Jahren - bis ungefähr 1964 - Angriffe von Seiten der Bergleute. Diese benutzten sogar Dynamit und richteten Morddrohungen gegen einige Mitarbeiter.

Maulwurf-Menschen

Jedoch waren es nicht diese Angriffe, die zu einem Wandel innerhalb des Senders führten, sondern vielmehr war dies auf die alltäglichen Erfahrungen der Oblaten zurückzuführen. Die Bergleute hier - und das bestätigen auch die Ausländer - arbeiten unter unmenschlichen Bedingungen. Und wir, die wir hier arbeiten, können doch daran nicht vorbeisehen. Der Bergmann ist wenig mehr als ein menschlicher Maulwurf. Abgesehen davon, ein Maulwurf-Mensch zu sein, der unter krankmachenden und unwürdigen Bedingungen arbeitet, unter ständiger Lebensgefahr steht wegen der alten abgenutzten Maschinen - abgesehen von alledem wird er obendrein noch schlecht bezahlt. Ihre Situation ist beschissen. Im Moment erhält der Bergmann einen Tageslohn von weniger als 4 DM, was natürlich überhaupt nicht dem Wert seiner Arbeit entspricht. Dazu muß man noch in Betracht ziehen, daß es doch der Bergbau ist, von dem die bolivianische Wirtschaft lebt. Diese ganzen Umstände haben dazu beigetragen, daß die Oblaten schließlich die Realität der Bergleute sehen lernten. Mit ihren eigenen Augen waren sie Zeugen in was für Löchern die Bergleute wohnen müssen. Es gibt nur zwei kleine Zimmer für eine Familie von 7 bis 9 Leuten. Die direkte Erfahrung mit dem unglaublichen Ausbeutungssystem dem die Bergarbeiter unterworfen sind, hat die Meinung der Leute verändert, die im Sender gearbeitet haben. Sie sahen, daß sich die Bergleute nicht umsonst beschwerten und daß ihre Forderungen gerecht waren. Und ich glaube, daß für ihre Veränderung ein Ereignis noch ausschlaggebender war: Die Halbierung der Löhne auf Anordnung der Regierung Barrientos im Jahre 1965. Weil sich die Bergleute dieser Maß-

nahme natürlich widersetzten, entsandte die Regierung das Heer und es kam zu einem Massaker, bei dem viele Berleute ermordet wurden. Die Oblaten waren Zeugen. Bei der gleichen Gelegenheit wurden Hunderte verhaftet, exiliert oder verbannt. Viele Familien wurden auseinandergerissen, verloren ihre Arbeit und viele Kumpels wurden in unbedeutende Minen versetzt.

"Maulwurfmenschen" vor der Einfahrt in den "bocamina" -den Mund des Bergwerks



Im Juni 1967 kam es unter der gleichen Regierung zu einem noch viel schlimmeren Massaker. Die Arbeiter, die sich erneut versammelt hatten, um ihre wirtschaftliche Situation zu beraten, wurden vollkommen wehrlos von den Soldaten überfallen. Es war in der Nacht von San Juan, die in ganz Bolivien ein traditionelles Fest ist. Es ist Brauch, viele kleine Feuer anzumachen und mit der Familie und Freunden zu feiern. Zu vorgerückter Stunde nutzten die Soldaten diese Gelegenheit aus, schlichen sich in die Siedlungen und überfielen die Feiernden. Wieder wurden Unzählige ermordet, verschleppt, exiliert ... und wieder wurden zahllose Familien in Armut gestürzt.

Die Wandlung

Die Mitarbeiter von Pio XII konnten angesichts dieser Ereignisse nicht länger die Augen verschliessen. Wir haben begonnen, die Situation zu analysieren und fragten uns, welchen Grund die Militärs für ihr Vorgehen hatten und welche Schuld die Kumpels traf. Wir haben alles gründlich durchdacht und sahen, daß das einzige das die Bergleute forderten Gerechtigkeit war. Sie wollten ihre gewerkschaftlichen Freiheiten und einen Lohn, der wenigstens ausreichen sollte, ihre Kinder zu ernähren.

Wir haben begriffen, daß die Forderungen der Bergarbeiter gerecht sind und immer schon gerecht waren. Und so bedeuteten diese Ereignisse einen Einschnitt in der Geschichte des Senders und gleichzeitig einen Wendepunkt. Wir wurden radikaler und begannen, die Probleme des Volkes vom sozialen Standpunkt aus zu sehen und danach haben wir dann die Konzeption des Senders ausgerichtet. Vom helehrenden Stil kamen wir ab, hin zu einem hinterfragenden: Wir fragten uns, ob denn die Gesetze nur den Regierenden und Reichen nützen; ob die Gesetze nicht auch für das Volk gemacht sind und ihm die Möglichkeit

für eine Entwicklung geben müssen; warum denn die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten ständig aufgehoben werden; warum denn die Mehrzahl der Arbeiter immer noch diese Ausbeutung erträgt; warum die Frauen all dieses aushalten; etc.

Die Angriffe der Militärs

Mit dieser ideologischen Wandlung des Radios kamen die Angriffe nun nicht mehr von Seiten der Bergleute, sondern von Seiten der Regierung. Die Bergleute wurden jetzt zu unseren Verteidigern und der Sender begann, sich im Volk zu verankern. Die erste Intervention seitens der Regierung erlitten wir 1967, als die Militärs in den Sender eindrangten, das Personal und die Pater gefangen nahm und so den Sender für einige Tage zum Schweigen brachten. In den folgenden Jahren gab es noch etliche Übergriffe. Einer der schwersten geschah im Januar 1975, als ein Kommandounternehmen alles zusammenschlug, die Ausrüstung nach La Paz schleppte und die Geistlichen gefangen nahm. Gleichzeitig wurden die anderen hiesigen Sender überfallen. Erst nach mehrmonatigem 'Zwangsschweigen' konnte auf Grund des ständigen Protestes der Bergleute und der Oblaten die Arbeit wieder aufgenommen werden. Aber nur für kurze Zeit, denn bereits im Juni 1976 hat die Regierung erneut eingegriffen und den Sender für fast 1/2 Jahr geschlossen.

Man kann sehen, dass unsere Arbeit der Regierung nicht gefällt. Sie beschimpfen uns als Extremisten und Kommunisten aus dem einfachen Grund, dass wir Bildungsarbeit machen. Und weil wir uns mit den Hoffnungen der Menschen identifizieren. Pio XII war nie ein Sender extremistischer Tendenz und wir haben auch nie Parteipolitik betrieben. Wir haben uns nur von den Interessen des Volkes leiten lassen und von der Sozial-Doktrin der Kirche sowie den Dokumenten der Bischofskonferenzen von Medellin und Puebla.

Mit Steinen und Knüppeln

Im Dezember 1976 konnten wir unsere Arbeit wieder aufnehmen, bis im Juli 1978 das Militär erneut den Sender überfiel. Sie haben herumgeschossen - man kann jetzt noch die Einschüsse in den Wänden sehen - verhafteten Mitarbeiter, darunter den Sender der Oblaten, und andere hier im Haus verprügelt. Aber diesmal merkten die Arbeiter und vor allem die Frauen sofort was geschah. Es war unglaublich, wie viele von ihnen kamen um den Sender zu verteidigen. Sie haben die Militärs rausgeschmissen und in die Flucht geschlagen. Die Frauen hatten keine Waffen, sondern nur Steine, Knüppel oder was sie gerade greifen konnten. Aber sie waren so viele! Die Soldaten flüchteten und liessen sich lange nicht mehr blicken.

Die Radioschule

Charakteristisch für unsere heutige Arbeit ist, dass wir eng mit den Bergleuten und Bauern zusammenarbeiten. Das sind die beiden großen Sektoren, die in Bolivien am meisten ausgebeutet werden. Die Campesinos leben noch heute wie in der Kolonialzeit, benutzen dieselben primitiven Geräte für die Bearbeitung des Landes. Sie leben in elenden Hütten, haben nicht genug zu essen und fast gar keine Einkünfte. Der Grossteil sind Analphabeten. Die bisherigen Regierungen haben nichts für die Campesinos getan.

In unserem Sender haben wir eine eigene Abteilung für die Probleme der Campesinos, das 'Departamento de Promocion Rural' (Abt. für

ländliche Entwicklung). Wir arbeiten hauptsächlich mit den Bauern aus der nördlichen Region von Potosi zusammen. Die wenigen Produkte die sie haben, verkaufen sie hier in den Minengebieten.

Wir haben besondere Radioprogramme für sie in ihren eigenen Sprachen - Quechua und Aymara- entwickelt. Darin geht es um Bewusstseinsbildung, Menschenrechte, um die Freiheit und Würde des Menschen. Daneben machen wir Programme für die konkreten Bedürfnisse der Bauern, die in der Verbesserung ihrer landwirtschaftlichen Kenntnisse liegen, sowie eine Orientierungshilfe zur Bildung von Genossenschaften geben. Besonders wichtig sind uns auch unsere Alphabetisierungsprogramme.

Mit den Campesinos, die unsere Programme hören, besteht ein kontinuierlicher Kontakt. Wir legen sehr viel Wert auf die Rückantworten, die wir von ihnen erhalten und auch sind unsere Programme so gestaltet, dass sie sich daran beteiligen können. Manchmal machen wir Hörspiele die von den Leuten selbst aufgenommen wurden. Auch wenn diese Sendungen technisch schlechter sind, haben wir doch herausgefunden, dass sie sehr effektiv sind. Das ist unsere Arbeitsweise, mit der wir die Basisnähe herstellen.

Zentrum für Volkserziehung PIO XII

Bis Juli 1980 arbeiteten hier 26 Leute. Seit 1978/79 sind wir hier in einem Umbruch begriffen. Um systematischer arbeiten zu können, haben wir verschiedene Abteilungen in unserem Radio eingerichtet und wir begreifen uns jetzt als "Zentrum für Volkserziehung PIO XII" (Centro de Educacion Popular PIO XII). Da ist die Abteilung für "Städtische Bildung" (Promocion Urbano), die es sich zur Aufgabe macht mit der Bevölkerung von Siglo XX und Llallagua zu arbeiten. Eine Gruppe arbeitet mit den Bewohnern der Elendsviertel (Barrios marginales), die sich organisieren, um ihre Viertel zu verbessern. Eine andere Gruppe arbeitet im Bereich der Frauenbildung (Promocion de las Mujeres), eine weitere mit den Veneristas und Pirquineros (Bergleute, die auf eigene Rechnung arbeiten). Diese stellen einen wichtigen Sektor innerhalb der Bergleute dar und sie sind in einem unglaublichen Ausbeutungssystem gefangen. Der größte Teil von ihnen sind Analphabeten und kommen vom Land, was bedeutet, daß sie sich leichter ausbeuten lassen. Eine andere Gruppe arbeitet mit den Jugendlichen, den Kindern der Bergleute. Dort fragen wir z.B. was diese von ihren Vätern, die in der Mine arbeiten, denken und wie sie deren Situation verstehen.

In dieser Abteilung arbeiten wir mit verschiedenen Methoden: z.B. kleinen Broschüren, Interviews, Podiumsdiskussionen und öffentlichen Veranstaltungen. Zum Teil arbeiten wir mit "audiencia controllada" (definierten Zielgruppen). Nehmen wir z.B. ein Programm, das den Frauen gewidmet ist.

Frauen Programme

Es gibt hier in Siglo XX das Hausfrauen-Komitee, dessen Mitglieder laufend unser Programm hören. Wir suchen dann ihr "Feedback" um zu sehen, wie sie unsere Sendung aufnehmen und umsetzen. Nehmen wir z.B. die Geldentwertung. Über die Hausfrauengruppen können wir Hunderte bis zu Tausend Frauen erreichen, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen. Wir begleiten unser Programm mit Info-Heften und Umfragebögen, um die Meinung der Frauen zur Inflation zu erfahren. Wie ist ihre Reaktion und welche Lösung schlagen sie vor? Und mit diesen Antworten arbeiten wir neue Programme aus. So lernen wir die

Meinung der Leute kennen und vermeiden, daß wir nur unsere eigenen Vorstellungen verbreiten.

Andere Sendungen zielen auf die Gleichberechtigung der Frau ab, zeigen ihre Rechte auf und aktive Beteiligungsmöglichkeiten im Entwicklungsprozess des Volkes, daß sie nicht nur in der Küche stehen, sondern sich auch an den Kämpfen ihrer Männer beteiligen.

Bis 1964 haben die Oblaten größtenteils Leute von ausserhalb in den Sender geholt, aber seit den Jahren 1964/65 hat sich diese Situation verändert. Die meisten Mitarbeiter stammen aus der Umgebung, zum Teil aus dem Sektor der Campesinos oder dem der Bergleute. Lediglich der Direktor ist ein Oblate. Wir sind Mitglied in der ERBOL (Escuela Radiofonica de Bolivia) und erhalten einen großen Teil unseres Geldes über Misereor.

Die Nachricht macht das Volk

Ohne Übertreibung glaube ich, daß die Bergleute - obwohl sie ihre eigenen Sender haben - sich mit PIO XII identifizieren. Sie sagen, daß PIO XII der Sender der Bergleute ist und das größte Vertrauen und die meisten Zuhörer hat. Nehmen wir z.B. die Nachrichtenprogramme, für die wir unser eigenes Pressesteam haben. Unser Arbeitsstil geht nach dem Motto "Die Nachricht macht das Volk" und Radio PIO XII ist ein Teil des Volkes und muß alle Informationen aufgreifen, die von dort kommen. Erst das Volk und dann die Autoritäten. Normalerweise werden die Nachrichten ja anders herangeholt, indem man die Autoritäten reden läßt und die Meinung des Volkes kaum beachtet. Wir drehen dieses Verhältnis um, weil es für uns wichtiger ist, was das Volk denkt. Diese Arbeitsweise ermöglicht es uns, im Volk verankert zu sein. PIO XII ist ein Teil der Geschichte von Siglo XX.

Der Putsch

Zuletzt konnten wir bis Juli 1980 arbeiten. Wer die Geschichte des Putsches kennt, weiß daß unsere Arbeit damit beendet war. PIO XII mußte in diesem Moment Partei ergreifen: Entweder ruhig bleiben und damit den Putsch unterstützen oder reden, wie es das Volk von uns erwartete. Das Volk hat den Putsch abgelehnt und wollte Widerstand leisten. In diesem Moment hat sich PIO XII entschlossen, sich auf die Seite des Volkes zu stellen. Wir haben uns nicht direkt an Aktionen gegen den Putsch beteiligt, aber wir haben objektiv über die Ereignisse berichtet.

Viele Sender waren bereits überfallen und geschlossen worden, die übrigen bildeten eine Kette. Gleichzeitig hatte die Putsch-Regierung etliche Sender beschlagnahmt, gleichgeschaltet und damit zu offiziellen Organen gemacht. Über diese wurden nun nur Falschmeldungen verbreitet, die sämtlich den Interessen der neuen Regierung entsprachen. Z. B. verbreitete man, daß die Bergleute den Widerstand aufgeben hätten, mit der neuen Regierung einverstanden seien und die Lage im Lande friedlich sei. In Wirklichkeit wurde ein großes Massaker von den Militärs angerichtet, in dem viele Leute ihr Leben ließen.

Es gäbe da noch viel mehr zu berichten. In diesem Moment war es unsere Aufgabe, über die tatsächlichen Geschehnisse zu informieren. Zu diesem Zweck schlossen sich die noch verbliebenen Sender zu einer Kette zusammen. Es waren ungefähr 15 aus Consejo Central Sur, Colquiri, Corocoro, Huanuni und Siglo XX. Schritt für Schritt besetzte das Militär die verschiedenen Bergbauzentren. Zuerst den Consejo Central Sur, dann Colquiri, dann Huanuni.

Das Ultimatum

Am 23. Juli stellten die Militärs Siglo XX ein Ultimatum. Eine der Forderungen seitens der Militärs war die Schließung der Sender und die Übergabe der Sendeausrüstung. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, beschlossen die Oblaten darauf einzugehen, denn Apparate kann man kaufen, Menschenleben aber nicht. Angesichts dieser Situation haben wir unsere Sendungen eingestellt. Am 24. Juli gaben wir als letzte Nachricht bekannt, daß PIO XII es vorzieht zu schweigen, um ein Massaker zu vermeiden.

In dem Abkommen verpflichteten sich die Militärs, die Anlagen innerhalb von 45 Tagen zurückzugeben. Inzwischen sind aber schon 8 Monate vergangen, ohne daß wir unsere Ausrüstung zurückbekommen haben. Wir wissen nicht, wo sie geblieben ist und es sieht so aus, als ob weder wir noch die anderen Sender ihre Anlagen in naher Zukunft zurück erhalten werden. Nichts desto trotz versuchen wir alles - auch auf kirchlicher Ebene - um die Lizenz für die Wiedereröffnung zu erhalten. Aber wir haben wenig Hoffnung, weil gerade diese Region hier sehr konfliktreich und kämpferisch ist. Und für die Militärs sind wir ja Extremisten und Kommunisten. Es wurde auch darüber diskutiert, ob man weiter arbeiten könne unter der Bedingung der ständigen Anwesenheit von Militärs im Sender. Aber das können wir natürlich nicht akzeptieren - auf keinen Fall.

Zur Zeit geht die Arbeit unserer Ausbildungsteams weiter, wenn auch ohne die Unterstützung des Senders. Aber diese Arbeit ist sehr schwierig und beschränkt wegen der Bedrohungen, denen unsere Leute ausgesetzt sind. Und die Leute fürchten sich, weil das Regime uns als subversiv darstellt.

Verfolgungen

Ich möchte noch etwas anderes erzählen. Viele unserer Mitarbeiter mußten untertauchen, weil sie verfolgt wurden. Die Mitarbeiter von anderen Sendern wurden verhaftet und zum Teil exiliert. Vor kurzem noch wurde einer von uns verhaftet und nach La Paz gebracht. Zum Glück ist er wieder freigekommen. Ich muß sagen, daß unsere Mitarbeiter sehr mutig und engagiert sind. Nach einer Zeit im Untergrund sind sie an die Arbeit zurückgekehrt und machen nun weiter, wenn auch sehr eingeschränkt. Sie müssen sehr vorsichtig sein und dürfen sich nicht überall zeigen.

Gleichgeschaltete Medien

Im ganzen Land wird die Presse zensiert und die Folgen sind sehr negativ. Wenn ich auch meine, daß es besser wäre, wenn die Leute selber darüber berichten würden, möchte ich doch einiges von dem erzählen, was uns aufgefallen ist. Es gibt zur Zeit in Bolivien keine Pressefreiheit. Das Regime benutzt ein vertikales und vollkommen einseitiges Informationssystem. Es gibt den Sender "Radio Illimani". Nur die Nachrichten dieses Senders sind vom Regime autorisiert und die übrigen Sender müssen sie übernehmen. Es gibt kein einziges unzensiertes Medium.

Ein Beispiel ist der Fall von *Presencia*. *Presencia* ist eine unabhängige Tageszeitung, die der Kirche gehört. Am 29. Dezember 1980 hat *Presencia* eine Mitteilung veröffentlicht, die offensichtlich dem Zensor entgangen war. Es ging darin um die Neubesetzung von mi-

litärischen Ämtern. Das Regime forderte den Chefredakteur auf, den Namen des Informanten preiszugeben, was dieser natürlich verweigerte - trotz der Bedrohung seitens des Innenministeriums. *Presencia* wurde daraufhin am nächsten Tag geschlossen, aber unter einem anderen Vorwand. Der Zeitung wurde vorgeworfen, die Würde der Frau von Sta. Cruz verletzt zu haben. Aber das war natürlich vollkommen idiotisch. So verzerrt man die Wahrheit und belügt das Volk.

Deutsche Welle im Siglo XX

Angesichts dieser Situation entsteht eine interessante Geschichte. Die Leute sind doch nicht dumm. Bevor sie diese gleichgeschalteten bolivianischen Sender hören, ziehen sie es vor, sich über internationale Radioprogramme zu informieren. Sie hören die Deutsche Welle, Schweden International, Radio Exterior de España, die Stimme der USA, und Radio San Francisco. Der Empfang ist gut und sie sind gut darüber unterrichtet, was in Bolivien passiert. Du könntest irgendetwas fragen, "Was hörst du für ein Radio?" und er wird dir ganz selbstverständlich die obigen Sender nennen. Sie sind unentbehrlich für uns.

Es gibt viele Leute die uns helfen. Sie kommen und erzählen, was sie in diesem oder jenem Sender gehört haben. Z.B. die Sache, daß Regierungsmitglieder sich am internationalen Drogenhandel beteiligen. Z.B. der Absturz eines Flugzeugs des Innenministers Arce Gomez in Kolumbien: Vollbeladen mit Kokain. Jemand hat nun diese Sendung aufgenommen und bringt sie uns. Da sieht man, wie wichtig die ausländischen Nachrichten für uns sind.

Zum Schluß noch eins: Ich meine es gibt viele Möglichkeiten wie Journalisten aus Europa uns und den übrigen Sendern helfen könnten. Sie können sich mit uns solidarisieren und uns helfen die Pressefreiheit in Bolivien zurückzugewinnen. In diesem Moment ist die Informationslage sehr schlecht, was uns als Bolivianer sehr schmerzt. Wenn die Journalisten aus anderen Ländern uns helfen, die Pressefreiheit in Bolivien wiederzugewinnen, so wären wir ihnen sehr dankbar und würdesten auch zu schätzen, denn im umgekehrten Falle würden auch wir Bolivianer solidarisch sein.



Wandparole in Lallagua: "Töte nicht! Lass leben!"

BRASILIEN

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus

Das mißglückte Bombenattentat auf das Riocentro in Rio de Janeiro, wo in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai dieses Jahres zwischen 15- und 20.000 Menschen einer Kulturveranstaltung beiwohnten (wir berichteten darüber in den LN 94), ist den meisten Lesern wohl noch in Erinnerung. Es hat erstmals die Verwicklung von Militärs in die 41 Bombenanschläge seit dem 28.8.79 (dem Tag, an dem Präsident Figueiredo sein Amnestiegesetz bekanntgab) bis zum Riocentro-Attentat erwiesen: eine Explosion in einem Sportwagen zerfetzte den Feldwebel Guilherme Pereira do Rosário; der Fahrer, Hauptmann Wilson Luis Chaves Machado, wurde lebensgefährlich verletzt. Zwei weitere Bomben im Wagen waren nicht explodiert. Die beiden sich im Dienst befindenden Militärs arbeiteten für den Geheimdienst (Nachrichtendienst) der Armee, den CODI-DOI, der jahrelang für die Folter- und Repressionsmechanismen verantwortlich war.

Auszug aus dem Hilferuf eines Teilnehmers an der Kulturveranstaltung des CEBRADE (Brasilianisches Demokratisches Zentrum):

(Dies ist) "eine öffentliche Anklage und ein Appell. Die politische Situation hier in Brasilien ist dabei, sich zu überschlagen, und wir erleben hier Augenblicke sehr gespannter Erwartung angesichts ernstster Möglichkeiten, daß unser Demokratisierungsprozeß Rückschritte nimmt. ... Das Erste Armeekorps übernahm die Ermittlungen und erklärte sie zu 'geheimen' Ermittlungen, womit es die Möglichkeit eines gesetzlichen Vorgehens ausschloß. Alle demokratischen Kräfte des Landes sind außer sich und verlangen eine Bestrafung. Alle Leute fordern die Wahrheit und wollen, daß die Regierung ein für alle Mal die noch verbliebenen Repressionskräfte auflöst. Der Nationalkongreß hat über die politischen Oppositionsparteien nach der Wahrheit verlangt und eine Kommission gegründet, bestehend aus einem Senator und zwei Abgeordneten, die die Ermittlungen verfolgen sollen. Bis zum jetzigen Augenblick war das wegen der absoluten Hinderung, an offizielle Informationen heranzukommen, nicht möglich. Die demokratischen Institutionen der Zivilgesellschaft, die im Laufe eines langen Kampfes für die Demokratie entstanden sind, rufen ebenfalls nach einer offiziellen Antwort. Wir bzw. das CEBRADE haben neben unserem Kampf gegen diese Situation zusammen mit der Rechtsanwaltskammer Brasiliens (OAB - Ordem dos Advogados do Brasil) eine Anwaltskommission gegründet, um zu versuchen, dem Verlauf der Ermittlungen zu folgen. Doch die Atmosphäre ist geprägt von Spannung und Angst. Wir befürchten, daß von Neuem die Kräfte der Finsternis über uns kommen könnten, indem sie einen neuen Staatsstreich versuchen, der mit Sicherheit brutaler und grausamer ausfallen würde als die vorangegangenen. ... Der Kampf gegen die aufstrebenden Gruppen aus der Zeit der Diktatur befindet sich nun an einem entscheidenden Punkt. ... Was wir wollen ist, daß alles aufgeklärt wird und die wirklich Verantwortlichen bestraft und ihre Namen der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Wir wollen, daß diese Leute aus Machtpositionen ausgeschaltet werden. Wir wollen die Beseitigung der noch existierenden Folter- und Repressionsapparate. ...

(Wir hoffen), diese Schlacht zu gewinnen. Wenn wir sie verlieren, läuft unser Land Gefahr, in schwarzer Nacht zu versinken, was nur eine Wiederholung all dessen bedeuten würde, was wir in den letzten 15 Jahren erlebt haben und das noch nicht ganz verschwunden ist."

Dieser Brief stammt vom 7. Mai 1981. Spätestens jetzt, einige Monate später ist klar, daß die Kommission des Kongresses die demokratischen Institutionen der zivilen Gesellschaft, die Anwaltskommission und alle Menschen, "die eine Regierung wollen und für sie kämpfen, unter der es möglich ist, einsicheres Leben zu führen und unter der dem menschlichen Leben Respekt gezollt wird" (Zitat Brief) diese Schlacht nicht gewonnen haben, die Schlacht, die der Feind mit der hinterlistigsten und haarsträubensten Strategie geführt hat. Und dies, obwohl er untereinander zerstritten ist, wie später noch berichtet wird. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß das Land in die finsternen Jahre der Militärdiktatur zurückfällt. Die militärpolizeiliche Untersuchung ist beendet. Ihr Ergebnis sorgte allerdings noch für einigen Nachhall in den Reihen des Militärs.

Die Militärpolizei war fleißig—im Manipulieren

"Die brasilianische Regierung hat sich der vollen Verwirklichung der Demokratie verpflichtet. Wenn sie einerseits gegen den Widerstand kleiner, aber mächtiger Gruppen von Extremisten zu kämpfen hat, dann wächst andererseits ihre Autorität zur Redemokratisierung des Landes in dem Maß, in dem sie das brasilianische Volk wirklich ernstnimmt. Eine solche Autorität hat das ausschließliche Recht, die Staatsgewalt zu kontrollieren. Sie darf nicht zulassen, daß Einzelgruppen auf eigene Faust Gewaltaktionen unternehmen, um politische Entscheidungen und Interessen einzelner gegen das Wohl der Gesamtnation zu verteidigen" (Punkt 17 der "Christlichen Reflexion über die politische Lage Brasiliens", verabschiedet vom Ständigen Rat der Brasilianischen Bischofskonferenz -CNBB- am 29.8.81).

Der IPM (Inquérito policial-militar - militärpolizeiliche Untersuchung) hat es geschafft, die Untersuchung über die Explosionen des Riocentros unter dem Vorwand der Aufklärung "abzuschließen". Das Ergebnis: die Militärs fielen einem Attentat zum Opfer, und die Verantwortlichen dieser Falle sind nicht aufzuspüren. Das ist zumindest die Auffassung der Generäle Gentil Marcondes Filho und Waldyr Muniz sowie des Obersten Job Lorena, Präsident des IPM.

Der Staatsanwalt Jorge Luiz Dodaro war von der fast 700 Seiten umfassenden "perfekten Untersuchung" und der Urteilsfähigkeit des Berichts so beeindruckt, daß er keine andere Alternative als dessen Archivierung sah.

Nicht eine Spur wurde außer acht gelassen, hieß es.

Dabei wurde verschwiegen, daß zwei wichtige Zeugen nicht erschienen.

Dabei wurde kein Wort verloren und keine Untersuchung gemacht über die weiteren, nicht detonierten Bomben, die Verheerendes angerichtet hätten.

Dabei hielt der Oberst Luis Antônio Prado Ribeiro keine genaueren Untersuchungen für nötig, auch nicht, den beim Anschlag verletzten Hauptmann zu verhören.

Dabei wurde die wahrscheinliche Version, daß der eine Sprengsatz in den Händen des Feldwebels explodierte, durch eine andere ersetzt: der Sprengsatz hätte sich zwischen Sitz und rechter Tür in einer Tasche befunden (vielleicht von Linksextremisten dort deponiert) und wäre "übersehen" worden.

Dabei war man nicht daran interessiert, die Aussage eines Beschäftigten des Riocentros machen zu lassen, der drei Autos auf dem Gelände des Riocentros beobachtet hatte. Mit Sicherheit waren zwei dieser Autos mit Agenten des DOI besetzt: ein Käfer, dessen Insassen bekannt sind und "im Dienst" waren, und ein Fiat, in dem "Freunde" von ihnen saßen, wie der Pechvogel Hauptmann Wilson Luiz angab. Der Fiat raste nach der Explosion der Bombe davon. Warum kamen dessen Insassen dem Hauptmann nicht zu Hilfe?

Dabei wurde nicht aufgeklärt, warum der Wagen des Hauptmanns - auf einer Tankstelle abgestellt - bis zu dessen Haustür von Militärs abgeschleppt worden war.

Dabei wurden den Aussagen der Militärpolizei wie mindestens einer Beschäftigten des Riocentros keine Beachtung geschenkt. Der Oberst Milton Cerqueira gab wenige Tage vor der Show Order, keine Polizeiaufsicht mehr für private Veranstaltungen einzusetzen. Keiner wußte davon, er telefonierte am Tag der Show von Brasília, um die für die Aufsicht des Riocentros abgestellte Polizeitruppe zurückzupfeifen.

Dabei hätte noch ein Leutnant da sein müssen, um für die Sicherheitsvorkehrungen des Riocentros zu sorgen. Stattdessen ersetzte ihn eine Angestellte des Centros durch einen Bürokraten und hielt alle Ausgänge verschlossen.

Alles Verkettungen unglücklicher Umstände, "nur" Schlamperei?

Schlußfolgerung des IPM: "Der gute Ruf der Militärs wurde ein weiteres Mal gefestigt".

Turbulenz in der politischen Szene

"In dieser Zeit der Veränderung - wir erinnern an die bevorstehende Wahl -, in der sich das Gleichgewicht der sozialen und politischen Kräfte verändern kann, ... fürchten Personen und Gruppen, die unmittelbar mit den Machtzentren zu tun haben, sie könnten gewisse Vorteile verlieren, an die sie so sehr gewöhnt waren" (aus Punkt 26 der "Christlichen Reflexion...", op. cit.)

Wie eine weitere Bombe schlug der am 6. August erklärte Rücktrittsgesuch der grauen Eminenz General Golbery ein.

Der Hauptstratege des "Redemokratisierungsprozesses", schon mit der "Palastgruppe" in Konflikt gekommen, die als demokratiefremde Vormundschaft hauptsächlich mit Militärs besetzt ist und deren Leitung Golbery innehatte, wurde von Joao Leitao de Abreu abgelöst, der in der repressivsten Phase der Militärdiktatur unter Präsident Médici schon dieses Amt bekleidet hatte.

An den Schalthebeln der Macht sitzt neben Joao de Abreu und dem Präsidenten selbst der General Octávio Medeiros, Geheimdienstchef. Zumindest durch ihn dürfte die Verbindung zu den für das Riocentro-Attentat verantwortlichen Militärchefs bestehen. Damit war die Möglichkeit, die Schuldigen zu finden und das Verbrechen aufzuklären, vollends verbaut.

Das "Untersuchungsergebnis" der "Riocentro-Affäre" trug - neben den Machtkämpfen unter führenden Regierungsmitgliedern - nicht unwesentlich zum Rücktritt Golberys bei.

Der General hatte von Anfang an das Attentat als regierungsfeindlichen Sabotageakt von ultrarechts angesehen, der den "Redemokratisierungsbestrebungen" ein Ende setzen sollte.

Das "Untersuchungsergebnis", so lauten Vermutungen, sei mit dem Zugeständnis der "linha-dura-Leute" (harte Linie) erkaufte worden, dafür weitere "Störungen" des politischen Prozesses zu unterlassen.

In der folgenden Zeit folgten weitere harte Auseinandersetzungen um die "Riocentro-Affäre" auf der politischen Ebene. Wir bringen nur einige Beispiele:

Im Oktober kam es zu ernststen Reibereien zwischen Heer und Marine, dazu kam die Mitwirkung der Exekutive durch den Heeresminister neben der des Superior Tribunal Militar - STM (Militärischer Obergerichtshof). Das ganze begann mit der Ablehnung des Untersuchungsberichts des IPM, verfaßt durch das I. Armeekorps, durch den Admiral Júlio de Sá Bierrenbach, Minister des STM und sonst als Mann der "harten Linie" bekannt. Er forderte die Wiederaufnahme der Untersuchung und die Anklage des Hauptmanns Wilson Machado.

Zwei Offiziere gaben ebenfalls öffentlich Protestnoten ab. Trotz 4 : 10 Stimmen konnte der IPM aber ad acta gelegt werden.

Zwei weitere Mitglieder der "linha dura" des STM griffen den Admiral schärfstens an wegen dessen am 2. Oktober gemachten öffentlichen Attacken gegen die "Schwäche, Unterlassungen, Gegensätze und dunklen Punkte" der Untersuchung. Bierrenbach klagte den Präsidenten des IPM an, eine "extrem fruchtbare Phantasie" zu haben und die Nachforschungen so zu manipulieren, daß es unmöglich sei, den Verantwortlichen des Bombenattentats zu entdecken.

Ein General sah dies als einen "Angriff auf die Armee und das Justizministerium" an und forderte, den Rest der Verhandlung im geheimen zu halten.

Der öffentliche Streit im IPM erreichte seinen Höhepunkt nach einer feurigen Rede des Heeresministers Walter Pires, ebenfalls ein Mann der "linha dura". Er nahm so bedrohliche Ausmaße an, daß sich der noch nicht ganz genesene Präsident Figueiredo zur Intervention gezwungen sah.

Der unterschwellige Konflikt zwischen den Anhängern der "abertura" und der "Informationsgemeinschaft" (deren Herz der Geheimdienst ist) ist noch nicht beigelegt. Er sprang in den Kongreß über.

Ein PDT-Abgeordneter gab die Meinung vieler Oppositioneller wieder: "Hiernach wird es für die Regierung unmöglich sein, über die unteilbare Einheit der Streitkräfte zu sprechen".

Aus Furcht vor den politischen Konsequenzen der Spaltung zwischen Marine und Heer knöpfte sich Figueiredo besonders den General Pires vor, der daraufhin von seinem Statement etwas abrückte. Seitdem scheint etwas Ruhe eingekehrt zu sein und das Kapitel Riocentro zumindest für diese Kreise offiziell der Vergangenheit anzugehören.

NICARAGUA

Wirtschaftskrise und Disziplinierung der KP/CAUS

Die Verurteilung der führenden Leute der PCN (Partido Comunista de Nicaragua) und derjenigen an der PCN ausgerichteten Gewerkschaft CAUS sowie die Verhaftung von ca. 40 CAUS-Aktivisten hat in Teilen der westdeutschen Linken erhebliche Verunsicherungen ausgelöst (1). Schlägt die FSLN jetzt doch auf den linken, "revolutionären" Teil der Basis? diese Frage schwappt bis in die Unterstützerbewegung und hinterläßt dort neben Ratlosigkeit ob der nicht vorhandenen Begründungen seitens der FSLN einen schalen Geschmack.

Die Vorgeschichte der Verhaftungen bzw. der Verurteilung der PCN- und CAUS-Mitglieder beginnt spätestens am 10. September 1981. An diesem Tag sieht sich die regierende Junta gezwungen aufgrund der anhaltenden und sich verschärfenden wirtschaftlichen Situation das "ökonomische und gesellschaftliche Notprogramm" zu verkünden. Neben einem vorsichtigen Anziehen der Schraube gegenüber dem Privatsektor (der schon durch die neuen Maßnahmen und Gesetze von 19. Juli 1981 in seine "patriotische" Verpflichtung genommen werden sollte) sieht das Notprogramm als wesentliche Neuerung ein Verbot der Streiks und der Betriebsbesetzungen vor.

Dieses Notprogramm nun muß - mit dem am 20. Juli 1979 in Kraft getretenen "Gesetz zur Aufrechterhaltung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit" - als gesetzliche Grundlage erhalten, um die am 21. Oktober stattfindende gleichzeitige Verhaftung und spätere Verurteilung zu Haftstrafen von KP- und COSEP-Führern (Unternehmerverband) zu rechtfertigen. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Anklage in einigen Punkten gegen die COSEP und die KP/CAUS gleich lautet, wenn gleich sie gegen Letztere weitreichender ist. Die Verurteilung dreier COSEP-Führer (einer wurde freigesprochen) hat naturgemäß kaum kritische Stimmen in der westdeutschen Linken ausgelöst. Der COSEP-Vorband fährt nicht erst seit heute einen gefährlichen Kurs gegen die Revolution.

Anders sieht es aus mit den Maßnahmen gegen die KP/CAUS. Die im Staatsrat (2) geführte Diskussion zeigte deutlich, daß hinter der Anklageerhebung andere als rein rechtliche Überlegungen stecken.

(1) Die PCN hat sich 1968 von der "eigentlichen" kommunistischen (prosovietischen) Partei PSN abgespalten und 1970 als eigenständige kleine Partei organisiert.

Die CAUS ist neben der FANTAS GURERO die einzige linke Gewerkschaftsopposition zur sandinistischen Industriegewerkschaft CST und noch seit gut 10 Jahren im Industriebereich eine aktive Gewerkschaftarbeit. In einigen Betrieben verfügt sie über eine relativ starke Basis.

Die genauen Angaben über die Zahl der Verhaftungen und Verurteilungen sind nicht ganz klar.

So lassen sich die der KP/CAUS politisch vorgeworfenen Punkte im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

1. In einer in der Parteizeitung "Avance" veröffentlichten und als Flugblatt verbreiteten Erklärung die Junta der Komplizenschaft mit den imperialistischen Interessen beschuldigt zu haben,
2. darauf hingewiesen zu haben, daß aufgrund von Devisenmangel möglicherweise 40 Betriebe schließen müßten und somit 15.000 Arbeiter auf der Straße stünden und
3. Streiks und Besetzungen weiterhin als Kampfmittel zu propagieren.

Der in dem rigidi den administrativen Vorgehen der FSLN enthaltene politische Kern verweist u.E. auf den realen Hintergrund der Verhaftungen und Verurteilungen: die dramatische Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise. Wir wollen damit nichts voreilig beschönigen oder entschuldigen, doch muß man sich darüber im klaren sein, daß der Rahmen der Möglichkeit einer sozial-emanzipativen Politik durch die historisch bedingte Unterentwicklung hart begrenzt bleibt.

Da dies sozusagen den Hintergrund bildet, auf dem sich das komplizierte und leicht verletzbare Beziehungsgeflecht zwischen den arbeitenden Klassen - der FSLN - dem Privatsektor abhebt, wollen wir im folgenden etwas näher auf die sandinistische Wirtschaftspolitik und ihre aktuellen Probleme eingehen (3).

Die sandinistische Wirtschaftspolitik: Auslandsverschuldung und Plan 81

Die FSLN hat seinerzeit bekanntlich die von der Somozadiktatur ererbte Auslandsverschuldung in Höhe von 1,6 Milliarden US \$ anerkannt (4).

In Umschuldungsverhandlungen mit ihren Gläubigern (in erster Linie internationale Privatbanken, zweitens internationale Finanzorgane wie Weltbank, BID usw., drittens Regierungen, insbes. USA, BRD) gelang es der Frente weichere Kreditbedingungen (d.h. lange Laufzeiten, niedrige Zinsen) herauszuholen. Gleichzeitig konnte sie die damit überlicherweise verbundene monetaristische Auflagenpolitik - die unter anderem eine Kürzung des Staatshaushaltes und eine Öffnung für ausländische Investoren bedeutet hätte - zurückweisen (5).

- (2) Der Staatsrat ist ein parlamentsähnliches Organ, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen vertreten sind.
- (3) Im folgenden wird auf die Agrarreform nicht eingegangen, da wir diese in einer der nächsten Nummern ausführlich behandeln wollen.
- (4) Wäre nicht neu verhandelt worden, hätte der Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) 1979 in Höhe von 662 Mio. US \$ die vom Plan 80 für 1979 veranschlagten Exporte um gute 70 Mio. US \$ übertroffen, (vergl. Auslandsverschuldung in Nicaragua Aktuell 11, 20.4.81)

Können wir also in dieser Hinsicht von einem Durchbruch in den Umschuldungsverhandlungen sprechen, so ist dennoch das Problem der Auslandsverschuldung nicht aus der Welt geschafft. Dies zeigt sich deutlich an dem für 1981 veranschlagten Schuldendienst von 190 Mio. US \$, der 23% der Exporte frisst und damit gefährlich hoch liegt. Das Dämonklesschwert der Auslandsverschuldung verweist uns mit der Frage, wie die Schulden zurückzahlen? auf die nationale Wirtschaftspolitik der Frente Sandinista.

Diese muß also zum einen der Auslandsschuld Rechnung tragen und - auf Basis des gemischten Wirtschaftsystems - den Anforderungen und Bedürfnissen der sozialen Träger der Revolution, d.h. den arbeitenden Klassen, gerecht werden.

Auf der Grundlage der ersten Maßnahmen nach dem Sieg der Revolution Juli 1979 (Verstaatlichung des Außenhandels, der Banken, Agrarreform, gemischte Wirtschaft) und den Ergebnissen des ersten Wirtschaftsplans 1980, der in erster Linie eine Reaktivierung zum Ziel hatte, legte das Planungsministerium Anfang 1981 den zweiten Einjahresplan ("Wirtschaftsprogramm") vor. Dieser Plan 81 sollte auf der Grundlage des schiefen Wachstums zwischen dem materiellen Sektor und dem schneller gewachsenen Dienstleistungssektor diese Richtung des ungleichmäßigen Wachstums korrigieren.

Der Logik des Plans gemäß lassen sich grob gesagt drei Stänge unterscheiden, die untereinander verwoben, die Grundlage für den Aufbau des freien Nicaragua bilden sollen.

1. Da ist zunächst einmal die Garantierung der Basisbedürfnisbefriedigung der Bevölkerung. In erster Linie läuft das über eine Preiskontrolle, den gesetzlichen Mindestlohn und des staatlichen Aufkaufs und Verkaufs von subventionierten Grundnahrungsmitteln zu garantierten Preisen - um eben über eine weitestgehende Zurückdrängung des Zwischenhandels Spekulation und Wucher auszuschalten. Zusätzlich soll die Umverteilung der Einkommen - vermittelt über ein progressives Steuersystem zugunsten der unteren Klassen - dazu beitragen. Diese Einkommensumverteilung geht mit einer entsprechenden Importbegrenzung mit Nicht-Basis-Konsumgüter (Luxusartikeln) einher. Mit dieser Importrestriktion soll einmal der Druck auf die Handelsbilanz abgefangen werden, d.h. die Devisen können für nützlichere und notwendige Dinge verwendet werden (insbes. für Investitionen). Zum anderen soll mit einem dadurch bedingten Freisetzen von Mitteln (die ja nun nicht mehr verprasst werden können) eine Steigerung der Sparquote erreicht werden. Denn durch vermehrtes Sparen erhöht sich das finanzielle Polster für Investitionen in den produktiven Sektor.

(5) Was internationale Kreditpolitik heißt, verdeutlicht z.B. H. Eberhart, Zur Politik der internationalen Währungsfonds in Jamaika, in: Prokla Nr. 72

2. Die direkte Erhöhung der Akkumulation (Kapitalbildung) durch verstärkte Investitionen in den produktiven Sektor (Industrie, Landwirtschaft, Bauwirtschaft, Forstwirtschaft) und die ökonomische Infrastruktur.

Dieser angestrebte Prozess der produktiven Verwendung von Investitionen beinhaltet:

- die schon erwähnte Eingrenzung des Luxuskonsums zugunsten der Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung insgesamt ('austeridad' als Sparsamkeit im Konsum)
- und
- die Entwicklung der Leistungsfähigkeit in der Produktion ('eficiencia')

Diese 'eficiencia' soll allgemein eine Produktivitätssteigerung (um 9%) bedeuten. Die Mittel, um dies zu erreichen sind (a) die verstärkte Mitwirkung der Arbeiter an der Geschäftsleitung und -führung sowie an Entscheidungen politischer Natur ('participación'). Auf der Betriebsebene bedeutet dies konkret die Mobilisierung der Arbeiter für die Produktionsziele zu erreichen. Dafür dienen auch materielle Anreize. (b) Die Entwicklung einer adäquaten Technologie (anstelle des Imports hochentwickelter Technologie) (6). (c) Straffung von (c) Produktionsabläufen ('rationalización'), die auch die rationelle Verwendung von (meist importierten) Roh- und Hilfsstoffen impliziert.

Die zentrale Rolle hierbei spielt der Volkssektor (APP), der durch seine Planung stabilisierende und ordnende Momente in die Reorganisierung der Wirtschaft bringen soll. Das Ziel ist hier, eine einheitliche Buchführung APP-Sektor einzuführen, das Finanzierungssystem zu verbessern, sowie die Reparatur von der Maschinerie und die Produktion von Ersatzteilen sowie die teilweise Ersetzung von Roh- und Hilfsstoffen selbst anzugehen (was ebenfalls die Handelsbilanz entlasten soll).

Die Tätigkeit von produktiven Investitionen ist natürlich im Rahmen der gemischten Wirtschaft nicht ohne den Privatsektor denkbar, der immer noch zu ca. Zweidrittel die nationale Wirtschaft beherrscht. Deshalb wird dem privaten Sektor eine garantierte Rentabilität zugesichert, damit die Investitionstätigkeit gewährleistet wird. Denn nur die Investitionen, d.h. ihre produktive Verwendung, können letzten Endes die Grundlage für eine relative Unabhängigkeit vom Weltmarkt schaffen.

3. Die Verringerung der Auslandsverschuldung und Außenabhängigkeit als längerfristiges Ziel ist denn auch der dritte Strang. Die Mittel dazu - und hier schließt sich der Kreis - sind im wesentlichen:

(6) In Bezug auf die adäquate Technologie muß man sagen, daß es sich eher um einen Normalisierungseffekt denn eine produktive Innovation handeln dürfte.

- die Steigerung und Differenzierung der Exporte (insbesondere landwirtschaftliche) und die Erschließung neuer Märkte (EG, osteuropäische Staaten)
- die ebenfalls erwähnte Importbegrenzung bei gleichzeitiger Verbesserung der Importstruktur
- das genannte Erhöhen der Sparquote, um damit die hohe Inanspruchnahme ausländischer Kredite auch von der Seite begrenzen zu können
- der rationelle Umgang mit Devisen, d.h. ihre Zuweisung zu produktiven Zwecken.

Es ist nun offenkundig, daß mit dieser Neuen Sandinistischen Ökonomie eine Menge Probleme verbunden sind, die einmal strukturell bedingt sind (das Erbe der Unterentwicklung) oder auch - damit zusammenhängend - außerhalb der Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten der Frente Sandinista liegen (Weltmarktpreisentwicklung) und zum andern von dem Wohlverhalten aller gesellschaftlicher Klassen abhängig sind. In dem letzteres durch die privaten Kapitale offen aufgekündigt wurde, verstärkt sich die ohnehin durch die schiefe Produktionsstruktur erschwerte Reorganisierung der Ökonomie ganz erheblich.

Der Plan 81 ist gescheitert

Der private Sektor, dessen antisozialistische Einstellung sich ganz eigenmächtig aus der Tatsache ableitete, daß ihn bei der Durchsetzung geregelter marktwirtschaftlicher Verhältnisse die Somoza-Mafia wie ein schwerer Sack auf den Schultern am Aufrichten eben jener Verhältnisse hinderte, verschärft heute durch seine politisch bedingte Zurückhaltung drastisch das Dilemma des chronischen Zahlungsbilanzdefizits.

Der ohnehin durch die Verschlechterung der terms of trade (7) erschwerte Kreislauf: durch Exporte Devisen reinzukriegen, die die Schuldentrückzahlung finanzieren sollen, die Importe bezahlen können und schließlich die Reorganisierung der Wirtschaftsstrukturen ermöglichen, wird durch das Privatkapital unweigerlich unterbrochen.

Die in dem Plan 80 vorgesehenen privaten Investitionen wurden schon damals nur zu 33% erfüllt, und die vorgesehene Steigerungsrate für 81 um 25% war trotz des bescheiden prognostizierten Zuwachses in der absoluten Größe der privaten Investitionen offensichtlich eine zu optimistische Schätzung. Verallgemeinert betrachtet produzieren die Unternehmen - mit Rückendeckung der USA zunehmend frecher - durch ihre "Investitionsunlust" ein Absinken der Arbeitsproduktivität, des Produktionsausstoßes und damit die Unmöglichkeit, über eine Steigerung der Exporte die Zahlungsbilanzlücke

(7) Es handelt sich hier um die Tatsache, daß Nicaragua z.B. für eine Einheit Kaffee, die es exportiert immer weniger importieren kann.

zu verringern (eine Schließung des Zahlungsbilanzlochs war realistischlicherweise noch nicht veranschlagt worden). Rechnet man noch die Kapitalflucht und die Steuerhinterziehung sowie den Mangel an Technikern hinzu, so ergibt sich für die FSLN ein problematisches Bild, das schon in der Vergangenheit viel politisches Fingerspitzengefühl verlangt hatte.

Doch kommt die sandinistische Wirtschaftspolitik noch dadurch in Schwierigkeiten, daß ausgerechnet in den Bereichen, die keine Priorität besitzen, überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt wurden. Es handelt sich hier in erster Linie um die Tabak-, Bier-, Bekleidungsindustrie (insbes. Hemden und Unterwäsche) sowie die Pharmaindustrie (Antibiotika, Malaria-tabletten) und die Druckereierzeugnisse herstellenden Betriebe. Anstatt also der Devisenzuteilung in die metallverarbeitenden Betriebe zur Stärkung der Agroindustrie vornehmen zu können, setzt die gestiegene Nachfrage nach den genannten Produkten (unter anderem ermöglicht durch ein gestiegenes Konsumniveau) Wachstumsimpulse in eine Richtung frei, die im Prinzip unproduktiv ist und von daher auch nicht zufällig im Widerspruch zu den Zielen des Plans 81 steht.

Aktuelle Probleme - Äußere Faktoren und das Notprogramm

In dem Moment, in dem sich auf dem internationalen Markt Veränderungen abzeichnen, die die Pläne und Ziele der Sandinisten auch von dieser Seite durchkreuzen, erscheint die bisherige Wirtschaftspolitik als festgefahren und zwingt die Frente, alle Kräfte, d.h. alle gesellschaftlichen Klassen, zu erhöhten Anstrengungen zu bringen.

Eine solche Situation scheint sich spätestens seit 1981 abzuzeichnen. Der Preisverfall einiger bedeutsamer Exportartikel Nicaraguas auf dem Weltmarkt führte zu einem Devisenmangel und damit zu einer Verschlechterung der terms of trade, da ja Kapital und Investitionsgüter (mehr oder minder 100%) und bestimmte Roh- und Hilfsstoffe nach wie vor importiert werden müssen (8).

Außerdem entstanden dadurch interne Finanzierungslücken, von denen man nicht weiß, in welchem Umfang sie die positiven Auswirkungen der gestiegenen Spareinlagen wieder wettmachen. Zusätzlich läßt der Devisenmangel die Rückzahlung der inzwischen auf 2,607 Mrd. US \$ gekletterten Außenverschuldungen problematisch erscheinen - womit dann neue Umschuldungsverhandlungen ins Haus stünden (mit aller Voraussicht nach härteren Ergebnissen).

In diesem Zusammenhang ist eine weitere Gefahrenquelle zu nennen: die US-amerikanische Hochzinspolitik. Deren Auswirkungen trafen bzw. treffen Nicaragua gleich mehrfach. Der durch die Hochzinspolitik gestiegene Dollarkurs verbeuerte zusätzlich das Erdöl (dieses wird auf Dollarbasis kalkuliert), er verteuert weiterhin die Rückzahlung der bereits existierenden Schulden sowie die Neuaufnahme von Krediten, die nach Schätzungen der Frente in den nächsten 5 Jahren ca. 2,5 Mrd. US \$ betragen muß, um die Produktionsziele erfüllen zu können.

(8) Diese Importe weisen größtenteils sogar noch Preissteigerungen auf.

Über das Gewicht dieser über den Weltmarkt vermittelten Probleme kann man sich ein ungefähres Bild machen, wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß mittlerweile die Ölimporte beinahe 50% aller Einfuhren ausmachen! Auf diese Situation reagierte die Junta mit dem bereits erwähnten Notprogramm (10. September 1981). Dieses ist nichts als der zugespitzte Ausdruck der vorhandenen krisenhaften Situation. Nach dem die strukturbedingten Zahlungsbilanzdefizite, der Devisenmangel, niedrige Wachstums- und Investitionsraten sowie inflationäre Prozesse für ganz Mittelamerika konstatiert werden, werden neben dem somozistischen Erbe als Gründe für die gegenwärtige harte wirtschaftliche Situation genannt:

- die Dekapitalisierung,
- der Schwarzmarkt ("Parallelmarkt", über den Kapitalflucht stattfindet),
- Steuerhinterziehungen,
- exzessive staatliche Bürokratie,
- destabilisierende ökonomische Elemente (gemeint sein dürften die gelben Gewerkschaften CUS und CTN),
- Fabrikbesetzungen, Arbeitseinstellungen und mangelnde Arbeitsdisziplin.

Von der Nennung des letzten Punktes als mitverursachend für die gegenwärtige Situation liegt allerdings nur eine kurze Strecke zum Verbot: Streiks, Arbeitseinstellungen und Fabrikbesetzungen werden als illegal erklärt.

Als wesentliche Maßnahmen werden außerdem genannt:

- hartes Vorgehen gegen Steuerhinterziehungen, Schwarzmarkt,
- Kürzung der Staatsausgaben durch Einfrieren von Stellen und Reduzierung von Subventionen (damit sollen bis zum Ende des Jahres 438 Mio. Cordobas gespart werden/1 US \$ = 10 Cordobas).
- selektive Importsteuer (auf nicht-lebensnotwendige Konsumgüter) zwischen 30% und 100%,
- rationelle Zuweisung von Devisen.

Wie unschwer zu erkennen ist wird durch dieses Notprogramm die Logik der gemischten Wirtschaft nicht gebrochen. Dies wird auch deutlich aus dem, was wir in Managua erfahren konnten: man wird für 1982 stärker als bisher versuchen, eine rationelle Zuwendung von Devisen an den produktiven Sektor bei gleichzeitiger Einfrierung des gegebenen und weiterhin garantierten Konsumniveaus zu organisieren.

Insbesondere soll offensichtlich die Verzahnung der größten metallverarbeitenden Betriebe erreicht werden (9). Diese Betriebe sollen in erster Linie Werkzeuge, Geräte, Erntemaschinen und dgl. mehr für die Landwirtschaft produzieren. Weiterhin sollen Textil-, Holz-(Türen) und chemische Industrie gefördert werden, da hier im unterschiedlichen Maße Exportmöglichkeiten bestehen.

Unmittelbarer Ausblick und Disziplinierung am Beispiel der KP/CAUS: die Angst vor dem Abbröckeln der Basis?

Daß bei der gegebenen Situation die schrille Kampagne des privaten Sektors und seiner Organe gegen die "marxistisch-leninistische Regierung" mit ausländischer (insb. ameri-

(9) Es handelt sich hierbei um die Betriebe: METASA, INCA, WMENSA, INTERCASA, IMPLSA.

kanischer) Unterstützung weiterlaufen wird, ist nach dem bisher Gesagten wenig zweifelhaft – und die Sandinisten wären die Letzten, die das nicht erwarten würden. Anders scheint es uns mit einer möglichen Unruhe in der Bevölkerung zu sein. Im Industriebereich haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die FSLN-Politik wiederholt zu Streiks und Forderungen nach Lohnerhöhungen geführt, denen die FSLN nicht stattgegeben hat. Verschärfend kommt hinzu, daß die von der CAUS behauptete Schließung von 40 Industriebetrieben in der nächsten Zeit tatsächlich möglich ist. Durch die Krise des gemeinsamen Mittelamerikanischen Markts (verminderte Ausfuhrmöglichkeiten) und durch Devisenknappheit bedingten Mangel an Rohstoffen, Ersatzteilen und Maschinen sind diese Industriebetriebe in starke wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Sollte es tatsächlich zu vermehrten Betriebsschließungen und damit Entlassungen kommen, ist eine Verschärfung der Konflikte der FSLN mit den Industriearbeitern möglich. Die gegenwärtige Situation der FSLN ist bezüglich der Reaktion auf diese Art von Konflikten in zweifacher Hinsicht problematisch.

Zum Einen ist in den arbeitenden Klassen nicht verallgemeinert das Bewußtsein und die Bereitschaft vorhanden, gesamtgesellschaftliche Konsequenzen tragen zu müssen, die im Widerspruch zu ihren unmittelbaren Bedürfnissen und Forderungen stehen. So sind z. B. die Forderungen nach Lohnerhöhungen ungeachtet sandinistischer Gegenauflärung noch immer sehr populär, obgleich die Fronte in Bezug auf die Zurückweisung dieser Forderungen die Argumente auf ihrer Seite hat, da Lohnerhöhungen sich bei der vorhandenen Angebotsstruktur tatsächlich in inflationäre Prozesse umsetzen.

Zum Anderen sitzt die in sich heterogene FSLN an den Planungs- und Behaltnebeln der zentralisierten Ministerien losgekoppelt von der Basis und neigt von daher zu administrativen Vorgehen. Sollte der von der KP befürchtete Fall der Schließung jener 40 Betriebe tatsächlich eintreten, so würden sich die beiden Probleme zu einem Widerspruch verdichten, der nicht mehr so einfach auffangbar ist. Denn die Arbeiter wären durch die Arbeitslosigkeit so stark betroffen, daß nicht so ohne weiteres zu erwarten wäre, daß sie ihre eigenen unmittelbaren Interessen zugunsten des nationalen Wiederaufbaus zurückstellen würden. Die nicht auf den sandinistischen Kurs orientierten linken (und rechten!) Gewerkschaften würden dadurch an Einflußmöglichkeiten gewinnen. Ein Vorgehen der FSLN, daß das Problem durch repressive Maßnahmen lösen will, mag zwar kurzfristig oppositionelle Aktivitäten erschweren, garantiert aber eher langfristig eine Verschärfung des Konflikts.

Ohne also die Probleme lösen zu können, würde diese Art von Politik, falls sie sich verallgemeinert, zu einem Abblocken der von der FSLN so viel beschworenen "participacion" führen und drohen, die Selbsttätigkeit der Massen in eine rigide Mobilisierungspolitik ohne Lernprozesse zu kanalisieren.

Dieser Tatbestand ist aber auch Teilen der FSLN durchaus bewußt, so daß die begründete Hoffnung besteht, daß die Selbsttätigkeit der Massen auch weiterhin Garant für die Lebendigkeit der Revolution sein wird.

Büro des Guatemala-Komitees durchsucht

Presseerklärung des Guatemalakomitees Zürich

In der Nacht vom 11. auf den 12. November 1981 drangen mehrere Beamte der Bundesanwaltschaft in Zivil in Abwesenheit der Mieter in eine Wohnung an der Albisstraße in Zürich ein und durchsuchten stundenlang sämtliche Räume. Die Eindringlinge profitierten davon, daß die Untermieter gerade ins Ausland verreist waren und die Wohnung - wegen einer Auswechslung des Boilers - nicht abgeschlossen war. Dem Mieter der Wohnung, der den Vorfall gegen 22 Uhr zufällig entdeckte, verwehrten die Beamten den Zugang.

In der durchsuchten Wohnung befindet sich das Büro und Archiv des Guatemala-Komitees Zürich. Es wurden Dokumente, Korrespondenz und Diapositive des Komitees mitgenommen. Weder der Mieter noch das Guatemala-Komitee wurden von der Durchsuchung benachrichtigt. Bis heute, 13 Tage nach dem Vorfall, liegt weder ein Hausdurchsuchungsbefehl noch ein Protokoll der beschlagnahmten Gegenstände und Dokumente vor.

Trotz mehreren Anfragen hielt es die Bundesanwaltschaft nicht für nötig, zur Aktion Stellung zu nehmen. Die Durchsuchung wurde weder bestätigt noch dementiert. Darauf sah sich das Guatemala-Komitee gezwungen, einen Anwalt beizuziehen. Am 19. November haben wir die Herausgabe und ein Verzeichnis der beschlagnahmten Gegenstände und Dokumente beantragt. Den Anträgen wurde bis jetzt nicht stattgegeben, doch wurde uns am 21. November die Versiegelung der Dokumente mitgeteilt. Damit können wir erstmals indirekt über die Täterschaft wie über den Verbleib der Dokumente unsere Schlüsse ziehen.

Das Guatemala-Komitee verurteilt die illegale Art der Hausdurchsuchung und verlangt die sofortige Herausgabe der beschlagnahmten Dokumente. Das Komitee fordert eine Untersuchung der gesetzeswidrigen Handlungen der Bundesanwaltschaft.

Das Guatemala-Komitee Zürich, ein an keine Partei oder Interessengruppe gebundener Verein, sieht es als seine Aufgabe, unsere Solidarität und Unterstützung mit den unterdrückten Menschen von Guatemala zu bekunden, die Repression des guatemaltekischen Militärregimes gegen das eigene Volk anzuprangern und die schweizerische Öffentlichkeit über die wahren Zustände in Guatemala zu informieren. Zu diesem Zweck sammeln wir Nachrichten aus und über Guatemala, halten Vorträge und verfassen oder vertreiben Broschüren, Übersetzungen und Artikel im CORREOS DE CENTROAMERICA, der von allen Zentralamerika-Komitees gemeinsam herausgegebenen Zeitung. Zudem sammeln wir Spenden für die oppositionellen Kräfte Guatemalas, aber auch für die verfolgte Kirche im Norden des Landes. Zu unserer Solidaritätsarbeit gehört auch, die Mitverantwortung der Industrieländer an der repressiven Situation in Guatemala aufzuzeigen. Es scheint uns kein Zufall, daß gerade solche Dokumente entwendet wurden, welche auf die Tätigkeit schweizer Firmen oder solcher unter schweizerischem Einfluß in Guatemala beziehen.

Es ist unser Anliegen, die Menschenrechte in Guatemala zu verteidigen. Wir glauben, dies im Rechtsstaat Schweiz tun zu können. Jetzt sehen wir uns in die Lage versetzt, unsere eigenen Rechte verteidigen zu müssen. Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung der Solidaritätsarbeit!

Guatemala-Komitee Zürich

Zürich, 24. November 1981

Rezensionen

Paulo Freire

In einem kürzlich erschienenen Band sind Texte von Paulo Freire aus den letzten zehn Jahren zusammengestellt: theoretische Aufsätze, Gespräche, Dokumente seiner praktischen Arbeit in Afrika und Reflexionen und Material über seinen Neubeginn in Brasilien, wo er sich seit etwa einem Jahr wieder aufhält und in den Basisgemeinden arbeitet.

Nach Freire gibt es keine wirkliche Erkenntnis der gesellschaftlichen Situation ohne eine entsprechende revolutionäre Praxis. Von einer "Bewußtseinsbildung", die meint, wir könnten Menschen werden und dabei die Welt so lassen, wie sie ist, sagt er, sie sei schlimmer als eine Droge. In dieser Hinsicht versucht Freire, seine früheren "Nai-vitäten" und "Ungenauigkeiten", vor allem, was die Tatsache von Klassenherrschaft und Klassenkampf in den kapitalistischen Gesellschaften angeht, zu überwinden.

Daß die politischen und pädagogischen Überlegungen eines revolutionären Lateinamerikaners selbst für moderne Lehrer und progressive Christen in der BRD ärgernlich werden können, ist verständlich, sie werden aber auch ein Stachel im Fleisch orthodoxer und sogar undogmatischer Linker sein.

Kritisch gegen große Teile der Linken, die die Volksmassen wie Objekte behandeln, die von der Avantgarde mit dem richtigen Bewußtsein vollgestopft werden müssen, hält Freire an der aus seiner pädagogischen Praxis gewonnenen Erkenntnis fest, daß der Lehrer ständig vom Volk lernen, d.h. ein Lehrer/Schüler werden müsse. Dabei will er aber keineswegs auf den Lehrer, die linke Avantgarde bzw. die revolutionäre Partei verzichten. Auch wer das laissez-faire in der Bildungsarbeit, das Lustprinzip als Handlungsmaxime in politischen Gruppen oder die Heiligsprechung des Arbeiterbewußtseins, so, wie es nun mal aufgrund massiver ideologischer Manipulation ist, verkündet und praktiziert, kann sich dabei keineswegs auf Freire berufen.

Wenn das Wort "Lehrer" in diesen Texten auftaucht, ist nicht nur der Lehrer in der Schule gemeint. Aber auch er könnte sich durch dieses Buch kritisieren und ermutigen lassen. Die Schule im Kapitalismus ist zunächst einmal der Ort, wo es Menschen abgewöhnt wird, zu suchen, zu forschen, zu lernen. Sie ist nicht dazu da, die beherrschte Klasse ihre Unterdrückung erkennen zu lassen und sie den Kampf für eine andere Gesellschaft zu lehren. Andererseits ist die Schule eine so widersprüchliche Institution, daß sich Freiräume in ihr finden, die vom Lehrer genutzt werden können. Dem linken Lehrer wird daher der bequeme Hinweis auf den repressiven Charakter der Institution Schule weggenommen, der häufig als Entschuldigung für allerlei Fluchtversuche herhalten muß.

Paulo Freire sagt von sich selbst, er möchte gern Marxist und zugleich Christ werden. Seit er wieder in Brasilien ist, arbeitet er dort mit den Basisgemeinden zusammen. Im Buch wird auch das ausführlich und sehr konkret dokumentiert.

Paulo Freire, Der Lehrer ist Politiker und Künstler. Neue Texte zur befreienden Bildungsarbeit. Rororo Nr. 7446,

Veröffentlichungen zu Basisgemeinden

Unter den Christen in Lateinamerika geschieht etwas; verkrustete kirchliche Strukturen brechen auf, die Amtskirche wird - zumindest teilweise - zur Kirche des Volkes, d.h. zur Kirche der Armen, denn: "Die Armen sagen uns, was die Welt und welches der kirchliche Dienst an der Welt ist" (O.A. Romero). Die kirchliche Basisgemeindenbewegung - von Europa aus mit einiger Faszination beobachtet - "müßte mit der Achtung, die Heilsergebnissen gebührt, betrachtet, angenommen und begleitet werden", schreibt der brasilianische Theologe Leonardo Boff. Mit eben dieser Basisgemeindenbewegung beschäftigen sich zwei Neuerscheinungen.

Johannes Meier beschreibt in seinem Buch SELIG, DIE HUNGERN NACH GERECHTIGKEIT (Echter Verlag, Würzburg) den Alltag einer Kirche, die in recht verstandener Nachfolge Christi nicht nur für die Armen dasein will, sondern selbst arm ist. Je ein Kapitel ist Guatemala, El Salvador und Honduras gewidmet. Die gut lesbaren und mit innerer Betroffenheit geschriebenen Berichte reden von der alltäglichen Gewalt, der die Mehrheit der Bevölkerung - vor allem die Campesinos - in Mittelamerika ausgesetzt ist. Sie reden zugleich von einem Volk, das sich nicht mehr dumpf und resigniert unter die Gewaltstrukturen beugt, sondern das aufbricht, um seine Rechte zu kämpfen und seine Geschichte selbst zu schreiben. Sie reden schließlich von einer Kirche, die sich an diesem Kampf beteiligt und die - trotz Verfolgung, Folter und Mord an Laien und Priestern - täglich lebendiger wird. Eindrucksvolle Selbstzeugnisse wie die Vaterunser-Paraphrase aus Guatemala und eine Gottesdienst-liturgie ergänzen die Berichte.

Ein viertes Kapitel beschäftigt sich mit der Kirche in Nicaragua. Ihre Beteiligung am Befreiungskampf des Volkes wird geschildert, aber auch die Aufspaltung der Kirche in zwei Lager nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution.

Man liest dieses spannend und gut informierende Büchlein in einem Zuge und vermerkt dabei dankbar, daß hier Position bezogen aber nicht agitiert wird.

Ganz anders ist das von Antonio Reiser und Paul-Gerhard Schoenborn unter dem Titel BASISGEMEINDE UND BEFREIUNG herausgegebene Lesebuch zur Theologie und christlichen Praxis in Lateinamerika (Jugenddienst-Verlag, Wuppertal) aufgebaut. Es bietet eine Fülle von Selbstdarstellungen und Berichten, Gebeten und Liedern aus den Basisgemeinden, die auf den ersten Blick verwirrend ist. Deshalb ist man dankbar, daß die Herausgeber ihrem Werk ein ausführliches Inhaltsverzeichnis vorangestellt haben, das zu den jeweiligen Texten kurze Anmerkungen über Herkunft, Inhalt und angesprochene Themen bietet. Das Buch ist nicht darauf angelegt, daß man sich allein damit beschäftigt, sondern daß man damit arbeitet - im Unterricht, in Gottesdiensten oder Gesprächsrunden, in Gemeindekreisen oder Solidaritätsgruppen. Es ist ein Verdienst der Herausgeber, daß sie das Volk, das auf dem Weg ist, das nachdenkt, das Theologie praktiziert" zu Wort kommen lassen. Die Auswahl der Texte von Argentinien bis Guatemala daß die Basisgemeindenbewegung nicht eine nationale oder regionale Bewegung ist sondern den gesamten Subkontinent ergriffen hat. Es wird auch deutlich, daß diese Bewegung ökumenisch ist; zwar "nicht die Ökumene zwischen Kirchen, zwischen Hierarchien, Bürokratien", sondern "so wie eine Volkskirche in den Befreiungsbewegungen integriert ist, werden Barrieren zwischen Katholiken und Protestanten abgebaut." (S.67) In einem Psalm aus Paraguay heißt es: "Laßt uns singen / befreiende Lieder / denn wir spüren im Herzen / wie einen Vulkan in Eruption / seine Befreiungskraft". Die Befreiungskraft der "guten Nachricht für die Armen" ist in jedem der vorgestellten Texte zu spüren, ja, sie macht jeden Text selbst zu einem "befreienden Lied". Die Lektüre der Materialien, die zur Information dienen sollen, macht nachdenklich, betroffen und läßt fragen, warum eigentlich bei uns die Sprache der Verkündigung so blutleer ist - denn das macht dieses Buch deutlich: ein lebendiges Evangelium redet eine lebendige, kraftvolle, unverbildete Sprache.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

ILA-INFO Nr. 51 / Dezember 1981 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: El Salvador zwischen Hoffnung und Intervention
Statistik der Drohungen - Auflistung der US-Drohungen in Mittelamerika
NICARAGUA: "In einem Punkt herrscht volles Einvernehmen"

"Sobradinho"-Skandal jetzt auch in Peru

BOLIVIEN: 200. Todestag von Tupac Katari

Ländernachrichten zu: Bolivien, Brasilien, Chile, Peru, Honduras

Berichte aus der Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Aufrufe, Film- und Buchbesprechung

SAGO INFORMATIONSBLETT BOLIVIEN Nr. 33/ Nov.-Dez. 81, Fr.-Ebert-Anlage 51e
6900 Heidelberg

DIE JUNTA WIRD SALONFÄHIG - WAS NUN?

Anerkennung durch die USA / Die neue Rolle Argentiniens / Drogenbekämpfung : Damoklesschwert über Torrelío / Das Chronogramm der institutionellen Normalisierung
Siles in der BRD / Scharfe Kritik am Regime hält an

KURZNACHRICHTEN / PRESSE

GEWERKSCHAFTEN: Resolution der Federación der Campesinos von La Paz

HINTERGRUND: Frauen in Bolivien - politische und wirtschaftliche Beteiligung

BLÄTTER DES INFORMATIONSZENTRUMS 3. WELT Nr. 97 / Nov. 81

Postfach 5328 78 Freiburg

GESUNDHEIT UND ARZNEIMITTEL IN DER DRITTEN WELT:

- Krankheit und Unterentwicklung
- Die besonderen Geschäfte der Pharma-Multis
- Arzneimittelunsicherheit in der 3. Welt
- Pharma-Multis und Unterentwicklung
- Bessere, wirksame und sichere Medikamente
- Soll man Medikamente aus der 3. Welt verbannen?
- Menschliches Blut als Ware auf dem Pharma-Markt
- Die BUKO-Pharma-Kampagne

Hintergründe: MALAYSIA : SARAWAK - Vom Langhaus zum Industriezeitalter

Nachrichten und Berichte zu Ost-Timor, Gambia, Südl. Afrika

Rezension: Bücher zur Türkei

SOLIDARITÄT Nr. 62 November 1981, c/o SKAAL Postfach 2009 CH-4001 Basel

Hauptthema: AGRARPROBLEME IN LÄNDERN MIT SOZIALISTISCHER AUSRICHTUNG -
Algerien, Guinea Bissau, Vietnam

Zur US-Außenpolitik am Beispiel Zentralamerikas

Frauenhandel

Dossier Schweiz - Trikont

BRASILIAN NACHRICHTEN 5-6 /1981 CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 28 Bremen 1

DAS LATIFUNDIUM SCHLÄGT ZU: 15 Morde in 1 1/2 Jahren

Der Fall Algamar (Bundesstaat Paraíba)

Der Fall Mulungü (Bundesstaat Bahia)

Indianer und Latifundium

Großprojekt Carajás bedroht Indianer

INDIANER : FUNAI betreut mangelhaft / FUNAI mißachtet Landansprüche / Geheimdienst
untersagt FUNAI Kontakte zur Uni / Menschenrechtsorganisationen verurteilen
Regierung / Itaipu-Stausee

Brief aus Rio zum Bombenattentat

VW do Brasil - Krise durch Inkompetenz

Sobradinho - Die Kripo kam zum Fragesteller

EL PARCIAL Heft 5 (Dezember 1981)

NICARAGUA - LA GESTACION DE LA CONTRARREVOLUCION

Das Heft umfaßt 140 Seiten, davon 121 Seiten Pressedokumentation. Die Texte sind fast ausschließlich in spanischer Sprache; ausgewertet wurden vornehmlich Publikationen aus Nicaragua, anderen zentralamerikanischen Ländern und Mexiko.

Inhaltliche Gliederung: Grundzüge der sandinistischen Wirtschaftspolitik / die konterrevolutionäre Strategie des Unternehmerverbandes COSEP / die politischen Parteien der bürgerlichen Opposition / "La Prensa" - der nicaraguanische "Mercurio" / die Funktion der Hierarchie der katholischen Kirche für die Konterrevolution / die Instrumentalisierung der authentischen Probleme der Atlantikküste durch die Konterrevolution / die Organisation von Exilnicaraguanern in den USA und Honduras, die Bedrohung Nicaraguas durch die Militärregimes des "Eisernen Dreiecks" / die politische, wirtschaftliche und militärische Aggression der USA gegen Nicaragua.

Das Heft kostet DM 8,- und ist über die Lateinamerika Nachrichten zu bestellen

DIE MENSCHENRECHTE IN LATEINAMERIKA

Unter diesem Titel hat das Zürcher KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER CHILENISCHEN KULTUR kürzlich eine Zusammenstellung von Materialien zum Thema Menschenrechte in Lateinamerika herausgegeben. Die Broschüre umfaßt 170 Seiten, und kann für 9 s.Fr. bei folgender Adresse bezogen werden: Komitee zur Verteidigung der chilenischen Kultur, Postfach 154, CH - 8030 Zürich

Christliche Initiative El Salvador e.V.



Brennpunkt Mittelamerika

* El Salvador heute

Informations- und Aktionszeitung für Gemeinden, Jugend- und 3. Welt-Gruppen
Themen: Flüchtlinge, Interview mit einem salvadorianischen Priester, Interventionspolitik, Aktionsvorschläge, Soforthilfe.
Kostenlos (auch zum weiterverteilen)

* El Salvador - Christen im Widerstand
60 S. DIN A 4, DM 3,50

* Dokumentation des Rechtshilfebüros
der Erzdiözese San Salvador, 46 Seiten, DM 2,50

* Guatemala: Exodus zu einem neuen Anfang
Christen im Kampf gegen Unterdrückung und Verfolgung, 72 Seiten, DM 3,00

Spendenkonto: Darlehnskasse im Bistum Münster e. G.
Konto-Nr. 3 11 22 00, BLZ 400 602 65
Christliche Initiative El Salvador e. V.
Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster

"Wissen Sie, Deutschland ist so reglementiert - ich glaube, das spürt jeder von uns. Und nach Guatemala zu fahren, ist ein Teil der Suche nach etwas mehr Freiheit, etwas mehr Weite." Wenn ein deutscher Tourist in Guatemala so vor der Kamera spricht..., er meint es sicher ernst. Wie ernst zeigt der Film "Ferien bei den Indianern". Wir sind Zeugen einer solchen Suche nach etwas mehr Freiheit, ausgerüstet mit allen technischen Requisiten der modernen Zivilisation: Photoapparat, Telesobjektiv, Tonband, Super 8 und vieles mehr. Daher kommt es auch, daß exotische Objekte, die Indianer in Guatemala, schon dazu übergegangen sind, fürs Fotografieren "Gebühren" zu verlangen. Ganze Ortschaften werden von den Touristen zu Photo-Jagdgründen umgewandelt - ärgerlich werden denn die Urlauber auch noch, wenn vor der Linse nicht mehr die vorgestellte, erwünschte Ursprünglichkeit zu finden ist. Ein anderes Zitat aus dem Film: "Das ist eigentlich das Paradies der Indianer. Ich war selbst überrascht, daß hier der Indianer noch frei und unverfälscht lebt. Aber lange wird das nicht mehr andauern. Der Fremdenverkehr zeichnet schon seine Spuren. Die Einflüsse des Fremdenverkehrs sind ein bißchen deprimierend."

Durch das Ereignis, durch die Industrie Ferntourismus hindurch vermittelt der Film einen Eindruck der aktuellen Situation in Guatemala. Er zeigt, welche Folgen die Suche der "Gäste" aus den westlichen Industriestaaten nach Freiheit und Welte für die einheimische indiansche Bevölkerung hat. Ferien bei den Indianern gehen auf Kosten der Freiheit und Selbstbestimmung der Indianer. Die Militärregierung unterstützt und schützt dieses für sie devisabringende Geschäft. Ihre Politik gegen die indiansche Bevölkerung muß auch in Santiago Atitlan von Spezialeinheiten des Heeres geschützt werden.

Radionmeldung: "Wir präsentieren Ihnen jetzt die Sendung GUATEMALA FLASH, die unabhängigen Tagesnachrichten, die das Herz eines jeden Guatemalteken höher schlagen lassen. Mit seinem schnellen Nachrichten-Service, verbunden mit allen Sendern Guatemalas - dem Land der Sonne, der schönen Frauen und der Merimba. Bewaffneter Aufstand in San Juan Cozal. Vier Aufständische fanden den Tod. Heute gegen 13.30 Uhr kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militärs und einer Gruppe Aufständischer in der Nähe der Finca San Francisco, bei dem vier den Tod fanden. Auf Seiten der Militärs gab es keine Verluste."

Geeignet ist dieser Film sowohl für die Diskussion über Ferntourismus, als auch für die Informationsarbeit zu Guatemala.

FERIEN BEI DEN INDIANERN (Guatemala)

Bundesrepublik 1981

von Johannes Pepper,
John Redeye, T. Mascall

16 mm, 44 Min., Farbe,
Lichtton

CON-Filmverleih, 2800 Bramen, Postfach 10 65 45

Weitere Informationen:

- Informationsstelle Guatemala München,
- Guatemala Komitee Bonn,
- Lateinamerika-Nachrichten und ILA

Weitere Medien:

- Guatemala - Bild einer Diktatur (Film von Paolo Mercadini),
- Tierra y Libertad (Film von Marie Trebe/ Peter Palma)

neu aus dem rotpunktverlag Zürich



Francis Pisani
MUCHACHOS

Tagebuch der sandinistischen Revolution in Nicaragua
übersetzt aus dem Französischen von Peter Lendi
384 Seiten, mit vielen Fotos und Illustrationen, Fr. 24.80/DM 27.80
ISBN 3 85869 017 1
in allen Buchhandlungen
oder beim BRD-Vertrieb
ProMedia GmbH, Berlin

LINKS Januar 1982

Inhalt: Startbahn wohin?

Was wollen die Volksmodjahedin? -
Ein Gespräch mit Massud Radjawi
Folgen einer Winterreise -
Gespräch mit Brigitte Heinrich
Hegel Heute

Mit Beiträgen von M. Brumlik, D. Claussen
J. Hirsch, W. Kessel, P. Grottian,
B. Schoch
Preis DM 2,- /Jahresabo 23,- DM (+DM 7,-
Versandkosten). Bestellungen an:
Verlag 2 000 GmbH, 6050 Offenbach 4
Postfach 591